

6

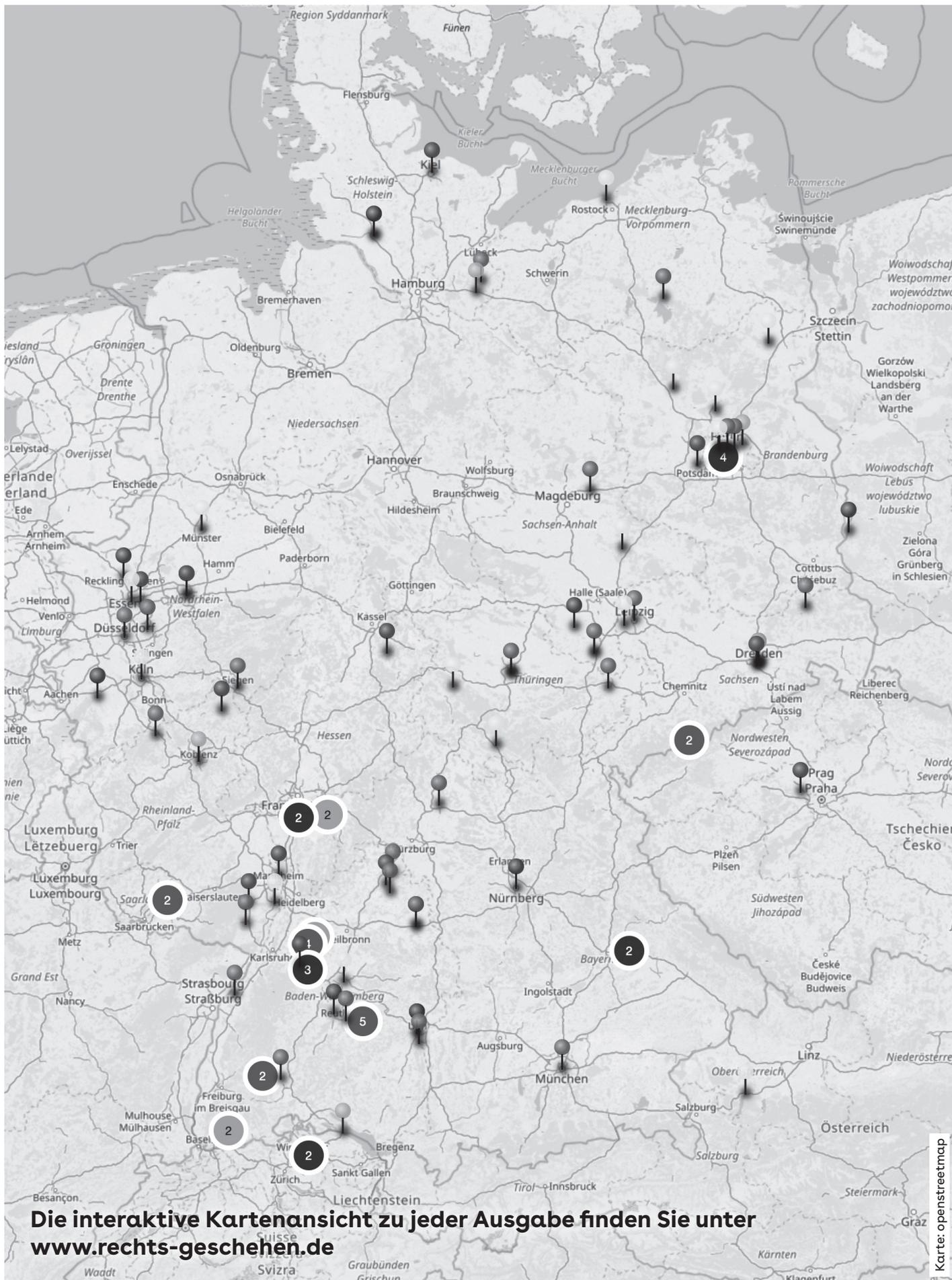


Oktober bis Dezember 2022

RECHTS.GESCHEHEN



**Landesarchiv
Baden-Württemberg**
Dokumentationsstelle
Rechtsextremismus



Die interaktive Kartenansicht zu jeder Ausgabe finden Sie unter www.rechts-geschehen.de

Editorial

Nun steht fest: Die geplante Forschungsstelle Rechtsextremismus wird in Tübingen entstehen. Eine unabhängige Gutachterkommission aus neun renommierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern entschied sich Anfang März einstimmig für die Universität Tübingen.

Das „schlüssige Konzept“ der Universität habe die Kommission überzeugt, so der Kommissionsvorsitzende Prof. Dr. Gideon Botsch (Leiter der Emil Julius Gumbel Forschungsstelle Antisemitismus und Rechtsextremismus am Moses Mendelssohn Zentrum der Universität Potsdam). „Vielversprechend“ sei „die Verbindung von Forschung, Lehre und dem Austausch mit staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren“.

Wie Prof. Dr. Ansgar Thiel (Dekan der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Tübingen) erläuterte, sollen sich die drei Professorinnen und Professoren der Forschungsstelle „aus politikwissenschaftlicher, medienwissenschaftlicher und erziehungswissenschaftlicher Perspektive“ mit dem Thema Rechtsextremismus auseinandersetzen. Darüber hinaus finanziert die Universität eine Juniorprofessur zur Erforschung von Antisemitismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Die Professuren – darunter der bundesweit erste Lehrstuhl für Rechtsextremismusforschung – sollen demnächst ausgeschrieben werden.

Das Land Baden-Württemberg wird die Forschungsstelle mit 1,2 Millionen Euro pro Jahr finanzieren; darüber hinaus sollen Drittmittel eingeworben werden. Eine enge Zusammenarbeit mit der Dokumentationsstelle Rechtsextremismus ist geplant. „Ein starkes Signal!“, so Wolfgang Zimmermann, der Leiter des Generallandesarchivs, „herzlichen Glückwunsch nach Tübingen. Gemeinsam können wir einiges bewegen! Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit!“

Schwerpunktthema der vorliegenden Ausgabe ist die heterogene Szene der „Reichsbürger“. Anlass: Am 7. Dezember 2022 fand eine der größten Anti-Terror-Razzien seit Bestehen der Bundesrepublik statt. Wochenlang liefen die Vorbereitungen für die Beweissicherung und Festnahme der mutmaßlichen Verschwörer. Intern trug die Operation den Namen „Schatten“. Im Visier: sogenannte Reichsbürger, Menschen, die aus unterschiedlichen Motiven und mit unterschiedlichen Begründungen die Bundesrepublik und ihre demokratischen Strukturen nicht anerkennen.

Dabei berufen sie sich unter anderem auf das historische Deutsche Reich, verschwörungstheoretische Pseudo-Argumentationsmuster oder ein selbst definiertes Naturrecht. Zur Verwirklichung ihrer Ziele treten „Reichsbürger“ zum Teil aggressiv und militant gegenüber den Gerichten und Behörden der Bundesrepublik Deutschland auf. Gegen einen mutmaßlichen „Reichsbürger“ aus Boxberg-Bobstadt (Main-Tauber-Kreis) hat am 5. April in Stuttgart die Hauptverhandlung begonnen. Der Mann soll versucht haben, in Boxberg Polizisten mit einem Schnellfeuerwaffe zu töten. In der Wohnung wurden unter anderem drei Schnellfeuerwaffen und über 5.000 Schuss Munition gefunden. Laut Generalbundesanwalt vertritt der Angeklagte eine „Reichsbürger“-Ideologie.

Wir dokumentieren, dass die Akteure der „Reichsbürgerbewegung“ teilweise tief in die rechtsextreme Szene verstrickt sind und deren Ideologieelemente ihren Ursprung im Rechtsextremismus haben. So war der Rechtsextremist, NPD-Politiker, Holocaust-Leugner und spätere Rechtsterrorist Manfred Roeder einer der ersten, der die Fortexistenz des Deutschen Reiches propagierte.

In der Bundesrepublik Deutschland gibt es 212 offene Haftbefehle gegen 155 „Reichsbürger“ (Stichtag: 30. September 2022). Das Bundeskriminalamt (BKA) ordnet von den 155 „Reichsbürgern“, gegen die es offene Haftbefehle gibt, 43 Personen eindeutig dem Phänomenbereich „Politisch motivierte Kriminalität rechts“ zu.

Der Kreis der Leser und Leserinnen von RECHTS.GESCHEHEN steigt von Ausgabe zu Ausgabe. Wir nehmen dies zum Anlass, ab der kommenden Ausgabe unseren Blick nicht mehr ausschließlich auf die rechte bis rechtsextreme Szene in der Bundesrepublik zu richten, sondern verstärkt auch deren Treiben im europäischen Kontext zu beobachten und zu analysieren, um darüber zu berichten. Rechtsextremismus ist zwar nationalistisch und chauvinistisch ausgerichtet, kennt jedoch keine Staatsgrenzen.

Karlsruhe, im April 2023

Das Redaktionsteam aus der Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Themenschwerpunkt

Reichsbürger: Skurril und rechtsextrem

Patriotische Union und Vereinte Patrioten

Am 7. Dezember fand eine der größten Anti-Terror-Razzien seit Bestehen der Bundesrepublik statt. Wochenlang liefen die Vorbereitungen für die Beweissicherung und Festnahme der mutmaßlichen Verschwörer. Intern trug die Operation den Namen „Schatten“. Im Visier: sogenannte Reichsbürger, Menschen, die die Bundesrepublik und ihre demokratischen Strukturen nicht anerkennen. Gehuldigt wird in diesen Kreisen einer Ideologie aus Verschwörungsbildern und Gewaltfantasien gegen staatliche Repräsentanz, die heute freier als früher geäußert werden. Größere Teile dieser Szene sind zu aktiver Gewalt bereit. Reichsbürger behaupten, dass die Bundesrepublik Deutschland illegal sei und deshalb nicht existiere. Reichsbürger sehen die Bundesrepublik Deutschland als reine GmbH an und leugnen deren Souveränität. Sie weigern sich deshalb, Steuern, Sozialabgaben und Bußgelder zu zahlen. Der deutsche Staat wird als „Besatzungskonstrukt“ beschimpft, die Bundesregierung als von „den westlichen Siegermächten aufgezwungenes Statut der Fremdherrschaft über das Deutsche Volk“ diffamiert und das Grundgesetz als eine „Fortsetzung des Krieges gegen das Reich“ dargestellt. Reichsbürger behaupten, dass das 1871 gegründete Deutsche Reich beispielsweise in den Grenzen vom 31. Dezember 1937 (oder dem 31. Dezember 1899) fortbestehe. Sie vertreten die Auffassung, das Deutsche Reich sei juristisch nicht untergegangen, besitze nach wie vor Rechtsfähigkeit, sei allerdings als Gesamtstaat mangels Organisation, insbesondere mangels institutionalisierter Organe, selbst nicht handlungsfähig. Damit negieren die Reichsbürger die Staatlichkeit der Bundesrepublik. Bis zur Wiedereinsetzung einer regulären Reichsregierung nehmen sie ihrem Verständnis nach vorübergehend deren Amtsgeschäfte wahr.

Eine homogene Reichsbürger-Szene existiert nicht. Diese sehr heterogen aufgestellte Szene setzt sich aus einer Reihe der unterschiedlichsten Personen und Vereinigungen zusammen. Unter Berufung auf das / ein Deutsche(s) Reich – mit im Einzelnen unterschiedlichsten Begründungen – leugnen Reichsbürger die Existenz und Legitimität der Bundesrepublik Deutschland. Hierbei kann es sich um Einzelaktivisten handeln, die lediglich im Kleinen, auf lokaler oder regionaler Ebene, auftreten oder um größere Netzwerke, die bundesweit agieren. An deren Spitze stehen häufig Gralsgestalten, Guru-artige Personen, umgeben von einer Art ergebenem Hofstaat. Man spielt Mini-Staat, ruft Fürsten- oder Königreiche aus, kürt Richter des Reichsgerichtshofes, veranstaltet bizarre Krönungszeremonien, ernennt Reichskanzler, Reichspräsidenten, Minister, Staatssekretäre sowie Richter und maßt sich hoheitliche Befugnisse an. Zur Finanzierung dieser sektenhaften Gebilde, die untereinander in Konkurrenz stehen, werden Fantasiepapiere wie Führerscheine, PKW-Kennzeichen, Personalausweise, Reisepässe, Gewerbescheine und Dienstaussweise verkauft. In regelmäßiger Wiederkehr zeigen Reichsbürger bei Verkehrskontrollen derartige Pseudodokumente vor. Im Regelfall zerstreiten sich die Führerfiguren nebst Anhängerschaft untereinander und gründen wiederum eigene „Reichsregierungen“. Das zersplitterte Reichsbürger-Milieu eint die Ablehnung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und der demokratischen Verfassungsorgane. Gehuldigt wird diversen Verschwörungsnarrativen, völkischen, esoterischen, okkultistischen und / oder antisemitischen Ideologien sowie einem geschichts- und gebietsrevisionistischen Fundament.

Die Akteure der Reichsbürger-Szene sind teilweise tief in die rechtsextreme Szene verstrickt, sind oder waren in rechtsextremen Gruppierungen organisiert, rufen zur Wahl rechtsextremer Parteien auf oder haben selbst für diese kandidiert. Nicht jeder Reichsbürger ist ein Rechtsextremist. Das ideologische Grundgerüst der Reichsbürger jedoch hat seinen Ursprung im Rechtsextremismus. Der Rechtsextremist, NPD-Bundestagskandidat, Holocaust-Leugner und spätere Rechtsterrorist Manfred Roeder war einer der ersten, der die Fortexistenz des Deutschen Reiches propagierte. Auch der Antisemit und Holocaust-Leugner Horst Mahler gilt als Vordenker in der Reichsbürger-Szene. Organisierte Strukturen der Reichsbürger entstanden erstmals Mitte der 1970er-Jahre, seit etwa einem Jahrzehnt radikalisiert sich die Szene.

Der Verfassungsschutz konstatiert, dass sich die Narrative von Rechtsextremisten einerseits und die des Reichsbürger-Milieus andererseits, oftmals überschneiden. In beiden Bereichen sei auch der Antisemitismus immer wieder auszumachen. Dennoch geht der Verfassungsschutz davon aus, dass sich der ideologische Wesenskern von Rechtsextremisten „deutlich“ von jenem der Reichsbürger

unterscheidet; was an dieser Stelle nicht diskutiert werden soll. (Siehe dazu: www.verfassungsschutz-bw.de/Lde/Unterschiede+Reichsbuerger_+und+Rechtsextremisten).

Bei der bundesweiten Razzia und den Verhaftungen im Ausland mit insgesamt 150 Einsätzen hat die Polizei 25 mutmaßliche Mitglieder des militanten Verschwörer-Netzwerks festgenommen. Die Verschwörer der terroristisch angelegten Vereinigung entstammen der Mitte der bundesdeutschen Gesellschaft, darunter ein Adeliger, eine Ärztin, ehemalige Mitglieder der Eliteeinheit KSK, ein aktiver Elitesoldat, ein ehemaliger Fallschirmjäger, ein Polizist, ein Gourmetkoch, eine Hellseherin und ein Tenorsänger.

Unter den Verhafteten sind auch mehrere ehemalige und aktuelle AfD-Mitglieder. In deren Planung vorgesehen: der gewaltsame Umsturz in Deutschland. Am Tag X sollten im Parlament Bundestagsabgeordnete festgesetzt und bundesweit die Stromversorgungen unterbrochen werden. Ihr Ziel: die Beseitigung der bestehenden staatlichen Ordnung mittels Gewalt und militärischer Mittel, die Bildung einer neuen Regierung und die Wiedereinführung des „Deutschen Reiches“.

Dafür hätte die Gruppierung auch Tote in Kauf genommen, wie es von behördlicher Seite heißt. Als Rädelsführer der Vereinigung, die sich Patriotische Union nennt, gilt der Frankfurter Geschäftsmann Heinrich XIII. Prinz Reuß, ein Immobilienhändler und Sektproduzent. Zur Seite standen ihm unter anderem der ehemalige Oberstleutnant der Bundeswehr Rüdiger von Pescatore sowie die frühere AfD-Bundestagsabgeordnete und Richterin Birgit Malsack-Winkemann,

Es soll geplant gewesen sein, den 71-jährigen Reuß an die Spitze einer neuen Regierung zu stellen. Die Pläne gingen so weit, dass sogar schon Ministerposten vergeben waren. Am 23. Januar 2023 erhob die Bundesanwaltschaft Anklage gegen fünf Verdächtige dieser mutmaßlichen Terrorgruppe. „Die Mitglieder der Gruppierung folgen einem Konglomerat aus Verschwörungsmethoden bestehend aus Narrativen der sogenannten Reichsbürger- sowie QAnon-Ideologie. Sie sind der festen Überzeugung, dass Deutschland derzeit von Angehörigen eines sogenannten ‚Deep State‘ regiert wird“, so die Bundesanwaltschaft.

Die Patriotische Union verfügte über einen politischen Flügel, den sogenannten Rat, und einen militärischen Flügel um einstige KSK-Elitekämpfer, der den gewaltsamen Umsturz herbeiführen sollte. „Deshalb sehen wir übrigens auch den Verdacht der Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens“, so Generalbundesanwalt Peter Frank im Februar 2023. Geplant war der Aufbau einer „Neuen deutschen Armee“ samt 286 Heimatschutzkompanien. Dazu sollten aktive Personen aus Bundeswehr und Polizei angeworben werden.

Auch ein Schattenkabinett für die Zeit nach dem gewaltsamen Sturz des politischen Systems in der Bundesrepublik Deutschland stand bereits fest. Vergleichbar mit den Ministern der Bundesregierung plante die Terrorzelle, nach dem Sturz Räte für verschiedene Ressorts aufzustellen. Ziel sei die Errichtung eines Kaiserreiches nach Vorbild von 1871 gewesen. Die Gruppierung ist eine Melange aus Reichsbürgern, Preppern, Delegitimierern, Querdenkern, Corona-Leugnern, Impfgegnern und AfD-Aktivisten. Mehrere der Verhafteten haben eine Verbindung zum Kommando Spezialkräfte (KSK) der Bundeswehr in der Schwarzwaldstadt Calw. Der Präsident des Bundeskriminalamts (BKA) Holger Münch bezeichnete die Vereinigung als „eine gefährliche Mischung von Menschen, die irrationalen Überzeugungen folgen“. Die bundesweite Razzia hat offengelegt, dass Rechtsextremismus in Teilen der Mitte der Gesellschaft en vogue ist.

Die Umsturzpläne waren ernsthaft und fortgeschritten – davon sind die Sicherheitsbehörden überzeugt. Die Präsidenten von Verfassungsschutz und BKA sowie der Generalbundesanwalt zeigten sich in Interviews überzeugt von der Ernsthaftigkeit der Umsturzpläne. Bei rund 50 Objekten wurden Waffen festgestellt. Demnach wurden insgesamt 93 Waffen, darunter 19 Faustfeuerwaffen sowie 25 Langwaffen, beschlagnahmt.

In elf Bundesländern sowie in Italien (Perugia) und Österreich (Kitzbühel) wurden 25 Personen festgenommen. 22 von ihnen wirft die Bundesanwaltschaft vor, Mitglied einer terroristischen Vereinigung zu sein, die das politische System stürzen wolle. Bei den drei anderen geht es um Unterstützung. Bis auf die Russin Vitalia B. (Lebensgefährtin des Fürsten) haben alle Personen eine deutsche Staatsbürgerschaft.

Die Festnahmen in der Bundesrepublik erfolgten an verschiedenen Orten in Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Hessen, Niedersachsen, Sachsen und Thüringen. Zeitgleich wurden dort und in anderen Bundesländern (Brandenburg, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland) richterlich angeordnete Durchsuchungsmaßnahmen in bislang über 130 Objekten durchgeführt. Der Südwesten war Schwerpunkt der Durchsuchungen. In 15 Landkreisen in Baden-Württemberg wurden Maßnahmen durchgeführt.

Bei den Ermittlungen gegen die Reichsbürger-Gruppierung hat die Bundesanwaltschaft Bargeld in Höhe von mehr als 420.000,- Euro und ca. 50 Kilogramm Gold und Edelmetalle sichergestellt.

Mit Stand Februar richtet sich das Verfahren gegen 55 Personen, die im Verdacht stehen, Mitglieder oder Unterstützer einer terroristischen Vereinigung gewesen zu sein.

Bei den Durchsuchungen sind die Fahnder auf eine dreistellige Anzahl schriftlicher Erklärungen gestoßen, in denen sich potenzielle Mitstreiter zur Verschwiegenheit verpflichteten. Darin soll es teilweise heißen, dass auf einen Verstoß gegen die Verschwiegenheitsverpflichtung die Todesstrafe stehe.

Alle Festgenommenen kamen in Untersuchungshaft; zuletzt wurde der in Italien einsitzende Oberst a.D. Maximilian Eder im Februar den deutschen Behörden überstellt. Bei einigen der Verdächtigen gibt es auffallende Überschneidungen mit der Szene der radikalen Gegner der Anti-Corona-Maßnahmen.

In Erinnerung gerufen werden soll an dieser Stelle die große Querdenker-Demonstration am 29. August 2020 in Berlin, die sich gegen die Corona-Schutz-Maßnahmen richtete. Es kamen mehr als 100.000 Menschen zusammen. Höhepunkt des Tages war der gescheiterte Sturm von einigen Hundert Demonstranten mit schwarz-weiß-roten Reichsflaggen auf das Reichstagsgebäude, den Hort der Demokratie.

Hinzuweisen ist auf den neuen Phänomenbereich „Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“, der im April 2021 bundesweit eingerichtet wurde. Die Bezeichnung umfasst Personen und Gruppierungen, die eine kontinuierlich verfassungsfeindliche Agitation gegen demokratisch legitimierte Repräsentanten und Verantwortungsträger des Staates betreiben und somit einer grundsätzlichen Staatsfeindlichkeit huldigen. „Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“ ist eine neue Form des Extremismus, die nicht zwingend auf bekannte extremistische Narrative zurückgreift. Ein Teil dieser Szene sind die Querdenker, deren Initiator der Stuttgarter IT-Fachmann Michael Ballweg war. Höhepunkt dieser Bewegung in Baden-Württemberg war die Querdenken-Großdemonstration am 3. April 2021 auf dem Cannstatter Wasen in Stuttgart. Querdenken-Gründer Ballweg wurde Ende Juni 2022 verhaftet. Die Staatsanwaltschaft wirft ihm versuchten gewerbsmäßigen Betrug und Geldwäsche vor. Er soll 640.000,- Euro Spenden veruntreut haben. Der in der JVA Stuttgart-Stammheim einsitzende Ballweg meldete sich in der Februar-Ausgabe 2023 der rechtsextremen Monatszeitschrift Compact mit „Gefängnispost“ zu Wort. Ausgerechnet der Corona-Schwurbler betont in seinen Zeilen, dass „Information und Aufklärung“ wichtig seien.

UN-Generalsekretär António Guterres nahm in einer Rede im Dezember 2022 die Putschpläne der bundesdeutschen Reichsbürger-Szene zum Anlass, um vor rechtsextremem Terror weltweit zu warnen: „Es hat sich gezeigt, dass heutzutage die größte terroristische Gefahr in westlichen Nationen von extremen Rechten ausgeht, von Neonazis und jenen, die an die Überlegenheit von Weißen glauben“, sagte Guterres in New York. Jeglicher Form von Neonazismus, Antisemitismus und antimuslimischem Hass müsse klar und entschieden begegnet werden. „Das ist eindeutig eine Bedrohung, und wir müssen diese Bedrohung mit großer Entschlossenheit bekämpfen“, sagte Guterres weiter. Die Ereignisse in der Bundesrepublik Deutschland seien nur ein Beispiel für die Bedrohung demokratischer Gesellschaften überall auf der Welt.

Ausgelöst wurden die Ermittlungen gegen die Patriotische Union, weil Mitglieder des Netzwerks Verbindungen zu der reichsideologischen Gruppe Vereinte Patrioten pflegte. Diese mutmaßlich terroristische Vereinigung besteht aus fünf Mitgliedern. Sie sollen geplant haben, Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) zu entführen und seinen Personenschutz zu erschießen. Als Kopf der Gruppierung gilt die promovierte 75-jährige ehemalige Lehrerin und antisemitische Theologin Elisabeth Roth (Flöha bei Chemnitz). Ziel der Gruppe, der neben Roth Sven B., Michael H., Thomas K. und Thomas O. angehörten, so die Ermittler: zumindest unter Inkaufnahme von Todesopfern in Deutschland bürgerkriegsähnliche Zustände auszulösen und damit den Sturz der Bundesregierung und der parlamentarischen Demokratie herbeizuführen. Dafür sollten zunächst Stromtrassen und Umspannwerke gesprengt werden, um einen deutschlandweiten Blackout auszulösen. Die Beschuldigten folgten hierbei einer – maßgeblich durch Roth geprägten – Ideologie, nach der die auf dem Grundgesetz beruhende staatliche Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland keine Geltung beanspruchen könne. Vielmehr existiere das Deutsche Reich auf Grundlage der Verfassung von 1871 weiter. Daher müsse hier wieder ein autoritär geprägtes Regierungssystem nach dem Vorbild des Deutschen Kaiserreichs etabliert werden. Roth wurde am 13. Oktober 2022 festgenommen. Sven B., Michael H., Thomas O. und Thomas K. wurden am 13. April 2022 festgenommen. Die im April Festgenommenen stammen aus Neustadt an der Weinstraße (Rheinland-Pfalz), Falkensee bei Berlin sowie aus den Kreisen Landshut (Bayern) und Ammerland (Niedersachsen). Die gesamte Gruppe befindet sich in Untersuchungshaft. Die Bundesanwaltschaft hat am 16. Januar 2023 vor dem Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts Koblenz Anklage erhoben. Demnach sind die An-

geschuldigten hinreichend verdächtig, eine inländische terroristische Vereinigung gegründet oder sich darin mitgliedschaftlich betätigt zu haben (§ 129a Abs. 1 Nr. 1 Abs. 2 Nr. 2 StGB).

Roth lieferte schon vor einem Jahr bundesweite Schlagzeilen. Im März 2022 urteilte das Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz, dass Roth, die die Verfassungsordnung als „ungültig“ ablehne, von der Bundesrepublik Deutschland als einem „Scheinstaat“ oder „Nichtstaat“ spreche, den ehemaligen Bundespräsidenten als „Geschäftsführer“ und das demokratische Wahlsystem als „Partei-Wahldiktatur“ bezeichne, keinen Anspruch auf staatliche Pensionsansprüche mehr habe. Die Aussage von Roth, sie habe die Äußerungen als Wissenschaftlerin und „kritische Demokratin“ getätigt, wies das Gericht zurück (Az.: 3A 10615/21.OVG).

Reichsbürger sprechen Politikern und Staatsbediensteten wie Polizisten, Steuerfahndern, Gerichtsvollziehern, Richtern und Staatsanwälten die Legitimation ab. Regelmäßig äußern sie Gewaltfantasien gegen den Staat und seine Repräsentanten. Körperliche Angriffe auf Staatsbedienstete sind nicht selten. Im Jahr 2020 wurde erstmals eine Reichsbürger-Vereinigung verboten und aufgelöst: der Verein Geeinte deutsche Völker und Stämme (GdStV) und die Teilorganisation Osnabrücker Landmark.

Reichsbürger wurden lange Zeit von den Sicherheitsbehörden als Spinner, Querulanten und Esoteriker verharmlost – bis am 19. Oktober 2016 der Reichsbürger Wolfgang P. im fränkischen Georgensgmünd (Landkreis Roth), dessen Jagd- und Sportwaffen wegen seiner Unzuverlässigkeit als Waffenbesitzer sichergestellt werden sollten, einen 32-jährigen SEK-Polizisten erschoss und mehrere SEK-Beamte verletzte. P., Sympathisant des Pseudo-Staates „Ur“ des mutmaßlichen Reichsbürgers Adrian Ursache im sachsen-anhaltinischen Reuden, eröffnete bei der gerichtlich angeordneten Durchsuchungsaktion des Landratsamtes Roth sofort das Feuer auf die Polizisten. Zuvor hatte P. auf Facebook eine Fotomontage geteilt, die unter anderem Bundeskanzlerin Angela Merkel, Bundesjustizminister Heiko Maas und SPD-Chef Sigmar Gabriel auf der Anklagebank des Nürnberger Kriegsverbrechertribunals zeigte. Das Urteil stand schon fest: „Schuldig – hängen!“ stand über dem Bild. Am 24. Oktober 2016 entdeckte ein Passant zwischen den Ortschaften Rednitzhembach und Schwanstetten mehrere Kisten mit Munition sowie mehrere Waffen des Reichsbürgers P. Erst seit dieser Terrortat nehmen die Sicherheitsbehörden die Gefahr ernst. Erstmals wurden im Bundesverfassungsschutzbericht 2016 Reichsbürger als eigenständiger Phänomenbereich in den Verfassungsschutzbericht aufgenommen. Vorgestellt wurde der Bericht im Juli 2017.

Im April 2018 veranlasste die Bundesanwaltschaft Durchsuchungen bei acht Personen in Berlin, Brandenburg und Thüringen, die der Reichsbürger-Szene angehörten, wegen des Verdachts der Gründung einer rechtsterroristischen Vereinigung. Die Personen planten, Waffendepots anzulegen, um damit eine Partisanenarmee aufzubauen bzw. auszurüsten und hätten auch vor Mord nicht zurückgeschreckt.

Im Mai 2020 wurde der frühere Mister Germany Adrian Ursache rechtskräftig vom Bundesgerichtshof (BGH) zu einer siebenjährigen Haftstrafe verurteilt. Die Sicherheitsbehörden rechnen Adrian Ursache der Reichsbürger-Bewegung zu. Der 1974 geborene Ursache war im April 2019 vom Landgericht Halle an der Saale unter anderem des versuchten Mordes an einem SEK-Beamten für schuldig befunden worden. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass Ursache bei der Zwangsräumung seines Grundstückes im August 2016 in Reuden (Burgenlandkreis) auf einen Polizisten geschossen hat. Nur dank seiner Schutzkleidung sei der Polizist nicht getötet worden, hieß es zur Begründung. Das SEK war bei der Zwangsräumung zum Schutz der Gerichtsvollzieher angefordert worden. Sowohl das sachsen-anhaltinische Landes- als auch das Bundeskriminalamt werten den Vorfall als Tötungsversuch mit rechtsextremen Motiven.

Es gibt es in der Bundesrepublik Deutschland derzeit (Februar 2023) ca. 23.000 Menschen, die dem Reichsbürger-Milieu zugerechnet werden – ein Anstieg um rund 9,5 Prozent (rund 2.000 Menschen) im Vergleich zum Vorjahr. Viele von ihnen sind über den Messengerdienst Telegram vernetzt. Zehn Prozent der Reichsbürger gelten als gewaltbereit, allein 2021 wurden 239 Gewalttaten von Reichsbürgern registriert. Der Anteil derer, die vom Verfassungsschutz als rechtsextrem eingestuft werden, liegt offiziell bei mehr als fünf Prozent (wobei nur der Verfassungsschutz erklären kann, wie er zu dieser detaillierten Einschätzung kommen will).

In Baden-Württemberg werden von der Sicherheitsarchitektur ca. 3.800 Reichsbürger gezählt. Reichsbürger gelten als waffenaffin. Die meisten Reichsbürger sind sogenannte Einzelkämpfer, jedoch befinden sich bundesweit bis zu 30 Organisationen unter Beobachtung der Sicherheitsarchitektur. Das Durchschnittsalter der Reichsbürger liegt zwischen 40 und 60 Jahren. Immer wieder wird deshalb auch von einer Radikalisierung im Erwachsenenalter gesprochen. Die Szene ist mit einem Anteil von ungefähr drei Vierteln männlich dominiert. Der Frauenanteil von rund 25 Prozent ist im

Vergleich zur rechtsextremen Szene (20 Prozent) etwas höher. Frauen sind im Spektrum der diversen Reichsbürger-Gruppierungen teilweise in wichtigen Funktionen in der Szene aktiv. Berührungspunkte haben Reichsbürger mit anderen rechtsextremen Milieus, darunter die Prepper-Bewegung, politische Apokalyptiker und völkische Siedler der Anastasia-Bewegung. Auffällig ist die Nähe zu Themen wie alternative Medizin, Impfung/Corona, Wissenschaftsleugnung, Esoterik, Umwelt und Natur sowie ein allgemeiner Hang zu Verschwörungserzählungen – oftmals mit antisemitischem Kern. Zur Reichsbürger-Szene zählen weiter Querulanten, zahlungsunwillige Finanzextremisten, Verhaltensauffällige und vielfach Personen in prekären sozialen Lagen. Die krude Melange aus rechtsextremem Gedankengut, gepaart mit wahnhafter Esoterik, Spinnerei, Verfolgungswahn und Missionierungseifer kann sich jederzeit in Gewalt entladen und Unschuldige treffen.

Militante Reichsbürger in Baden-Württemberg

Karl Burghard Bangert

Der 71-jährige Antisemit und selbst ernannte „Druide Burgos von Buchonia“ Karl Burghard Bangert aus der Szene der Reichsbürger wurde am 4. Februar 2022 vom Landgericht Mannheim zu einer Bewährungsstrafe von einem Jahr und neun Monaten verurteilt. Zudem muss der aus dem nordhessischen Grebenstein stammende Rechtsextremist wegen Volksverhetzung 130 Tagessätze à 10,- Euro zahlen. B., der eine Vorliebe für „Kraftorte“ im Pfälzerwald hat, lebte zeitweise im Rhein-Neckar-Kreis. Er hatte laut Staatsanwaltschaft Mannheim (4 KLS 530 Js 30566/17) in einem sozialen Netzwerk den Holocaust geleugnet, zum Mord an Juden aufgerufen, gegen Flüchtlinge gehetzt sowie ein riesiges Waffenarsenal angelegt. Seine zwischen Ende 2015 und April 2016 veröffentlichten Beiträge seien geeignet gewesen, so die Anklagebehörde, das Vertrauen der Menschen in die Rechtssicherheit zu erschüttern und das gesellschaftliche Klima zu vergiften. Gemeinsam mit Gesinnungskameraden hat B. ein riesiges Waffenarsenal aus Wühlmausfallen, selbst hergestellten Schussapparaten, Schießkugelschreiber, einem Flammenwerfer, diversen Schusswaffen wie einer halbautomatische Selbstladepistole, einer großen Menge Patronen unterschiedlichen Kalibers und 1,4 Kilogramm Schwarzpulver angelegt. Drei Mitstreiter (Thiemo B., Klaus D., Frank E.) hatte das Gericht bereits im Januar zu Bewährungsstrafen verurteilt. Die Ermittler waren anfangs davon ausgegangen, dass sich um den „Druiden“ eine terroristische Vereinigung gebildet hatte. Der Verdacht wurde später fallengelassen.

Manfred J.

Der 62-jährige Reichsbürger Manfred J. (Wintersweiler) muss sich vor dem Stuttgarter Oberlandesgericht verantworten, weil er im Kreis Lörrach einen Polizisten bewusst angefahren haben soll. Dem Mann wird unter anderem versuchter Mord vorgeworfen. Der angeklagte Schreiner ist der erste Reichsbürger, der von der Bundesanwaltschaft vor Gericht angeklagt worden ist. Am Abend des 7. Februar 2022 verfolgten Polizisten im Kreis Lörrach einen weißen Mercedes (s. RECHTS.GESCHEHEN 3, S. 29f). Rund eine Stunde zuvor hatte sich der alkoholisierte Fahrer bereits einer ersten Polizeikontrolle entzogen und dann rund eine Stunde in einem Waldgebiet geparkt. Als der Mann auf Umwegen wieder in Richtung seiner Wohnadresse fahren will, geht er den Beamten auf der Bundesstraße 3 bei Efringen-Kirchen ins Netz. Doch dann eskalierte die Situation. Statt aufzugeben, versuchte der Mann erneut zu fliehen. Es fielen Schüsse, ein Polizeihauptkommissar wurde von dem damals 61-jährigen angefahren und schwer verletzt. Der 39-jährige Polizist vom Polizeirevier Weil am Rhein wurde nach der Tat mit dem Rettungshubschrauber in eine Klinik gebracht. „Schlagt ihre Buden mit der Abrissbirne ein“ und „Zermalmt ihre Fahrzeuge“ wird in einem Reichsbürger-Flyer, der im Wagen des Täters gefunden wurde, aufgefordert. Im russischen Netzwerk VK hat der Täter unter seinem Eigennamen ein Konto und setzte im Januar dort als Profilbild eine Texttafel einer Vereinigung namens Ewiger Bund ein: „Wer seine Rechte nicht kennt, hat keine“, heißt es da. Und: „Wusstest du, dass wir Badener bis zum heutigen Tage eine rechtsgültige Verfassung und einen rechtmäßigen Großherzog haben?“ Der Mann ist der Polizei bereits einschlägig wegen Taten mit politischem Hintergrund bekannt. Von Anfang bis Mitte des Jahres 2021 fiel er durch entsprechende Beleidigungen politischen Inhalts auf im Zusammenhang mit Polizeikontrollen zur Einhaltung von Corona-Maßnahmen. Er war angeklagt und in einem Fall zu einer Geldstrafe verurteilt worden. Im März wird das Urteil am Stuttgarter Oberlandesgericht gegen den Reichsbürger Manfred J. erwartet.

Heiko A. / Ingo K.

Die Bundesanwaltschaft klagt einen Reichsbürger aus Boxberg an. Der Beschuldigte muss sich unter anderem wegen mehrfachen versuchten Mordes vor dem Oberlandesgericht Stuttgart verantworten. Die Anklagebehörde legt dem Deutschen zudem unter anderem tätlichen Angriff auf Vollstreckungsbeamte, gefährliche Körperverletzung sowie Verstöße gegen das Waffenrecht zur Last. Der Mann hatte bei einem SEK-Einsatz zahlreiche Schüsse auf Polizisten abgegeben und dadurch zwei verletzt. Nach Überzeugung der Ankläger vertritt der Mann eine Reichsbürger-Ideologie und leugnet die Existenz der Bundesrepublik Deutschland. Die Bundesanwaltschaft hatte das Ermittlungsverfahren am 22. April 2022 wegen der besonderen Bedeutung des Falles übernommen.

Generalbundesanwalt Peter Frank kündigte schon im Sommer an, mehr Fälle aus der Reichsbürger-Szene übernehmen zu wollen. Deren Anhänger seien zunehmend gewaltbereit und setzten auch Schusswaffen ein, sagte er damals. Mit welcher Brutalität gegen Polizisten vorgegangen werde, habe der Fall Boxberg gezeigt. Bei dem Einsatz am 20. April 2022 wurden zwei Polizeibeamte in Boxberg-Bobstadt bei Heilbronn (Main-Tauber-Kreis) durch einen Schusswaffenangriff verletzt. Einen Beamten trafen Geschossteile in beiden Beinen. Ein anderer erlitt leichte Verletzungen am Ellenbogen, als er versuchte, sich zu schützen. Beamte eines Spezialeinsatzkommandos hatten versucht, das Haus des Heiko A. (49) zu durchsuchen (s. RECHTS.GESCHEHEN 4, S. 14). Gegen ihn laufen Ermittlungen wegen des Verdachts des illegalen Waffenbesitzes. Der 54-jährige Mitbewohner Ingo K., ein Kampfsportler aus der Reichsbürgerszene, eröffnete das Feuer und verletzte einen Polizisten durch Schüsse in beide Oberschenkel schwer. Weitere Schüsse trafen den Beamten an seiner Schutzweste. Seine Kollegen retteten sich mit dem Verletzten in ein gepanzertes Fahrzeug. Neben dem Täter wurden insgesamt sieben Personen, darunter zwei Frauen, die auf dem Gelände leben, festgenommen. Auf dem durchsuchten Gelände befinden sich drei Gebäude. Ein in Brand geratenes Wohnhaus brannte bis auf die Grundmauern nieder. An zwei Gebäuden sind große einschlägige Runen angebracht. In den Wohnhäusern wurden große, begehbare Waffenkammern mit mehreren Langwaffen, davon zwei Vollautomaten, ein Heckler & Koch G3, entdeckt. Im Wohnzimmer wurde ein Maschinengewehr MG42 schussbereit mit Munition aufgefunden. Außerdem wurden weitere Munition unterschiedlichster Kaliber sowie Handfeuer- und Stichwaffen sichergestellt; ebenso nationalsozialistische Devotionalien und Reichskriegsflaggen. Am 13. Mai gab es auf Betreiben der Bundesanwaltschaft auf dem Gelände eine zweite SEK-Razzia.

Auch in Baden-Württemberg aktiv: Geeinte deutsche Völker und Stämme (GdVuSt)

Bundesinnenminister Horst Seehofer hat am 19. März 2020 die auch in Baden-Württemberg aktiv gewesene Gruppierung Geeinte deutsche Völker und Stämme (GdVuSt) und deren Teilorganisation Osnabrücker Landmark verboten. Damit wurde auf Bundesebene erstmals eine Reichsbürgervereinigung verboten. Die Durchsuchungen bei 21 führenden Vereinsmitgliedern erfolgten zeitgleich in Berlin, Baden-Württemberg, Bayern, Brandenburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Sachsen und Thüringen. Sichergestellt wurden unter anderem Schusswaffen, Baseballschläger, drei abgesägte Schrotflinten, drei Armbrüste, zwei Macheten, eine Zwille, ein japanisches Kampfschwert, Propagandamaterialien sowie geringe Mengen Betäubungsmittel. Die 2016 gegründete Gruppierung mit erheblichem Gefahrenpotenzial hatte nach Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden 21 Mitglieder und verfügte über ein bundesweites Umfeld von über 100 Personen.

Zur Umsetzung des Verbots wurden in Baden-Württemberg zeitgleich vier Objekte in den Regierungsbezirken Karlsruhe und Freiburg durchsucht, Vereinsvermögen beschlagnahmt sowie Beweismittel sichergestellt. Insgesamt waren unter Leitung des Polizeipräsidiums Karlsruhe und unter Beteiligung der Polizeipräsidien Mannheim, Freiburg und Pforzheim rund 60 Beamtinnen und Beamte der Polizei im Einsatz. Das Verbot erfolgt auf Grundlage von Artikel 9 Absatz 2 des Grundgesetzes in Verbindung mit § 3 des Vereinsgesetzes. Die Zwecke und Tätigkeiten des Vereins GdVuSt laufen den Strafgesetzen zuwider, richten sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung und gegen den Gedanken der Völkerverständigung.

An der Spitze von GdVuSt stand die aus Melle (Landkreis Osnabrück) stammende und in Berlin lebende Heike Werding (Jg. 1961), „Generalbevollmächtigte Botschafterin“ der Geeinten deutschen Völker und Stämme (GdVuSt). Sie verbreitete ihre verschwörungsideologische Propaganda auf einem Blog und seit 2012 auf einem eigenen YouTube-Kanal mit 21.000 Abonnenten. Insgesamt wurden ihre Videos fast zwei Millionen Mal angeschaut. In einem ihrer Videos vom November 2019 thematisiert Werding das Thema „Impfzwang“. Ihrer Auffassung nach gibt man Kinder nach der Geburt zum Impfen ab, damit Konzerne dann rentable Profite machen können. Warum sich Werding in der Öffentlichkeit engagiert, erklärt sie in einem anderen Video: „Mein Ziel ist es, dass die Volksseele

wieder aufsteht“. Im September 2018 stand Werding dem als selbsternannten „Volkslehrer“ auftretenden und im Internet überaus umtriebigen Rechtsextremisten und notorischen Holocaust-Leugner Nikolai Nerling als Interviewpartnerin zur Verfügung. Am 21. und 22. September 2019, so eine Vortragsankündigung, referierte Werding vor Gleichgesinnten in Stuttgart zum Thema „Grundlagen der Selbstbestimmung“. GdVuSt diskreditierte die Bundesrepublik als minderwertige „Staatsform“ und „Handelskonstrukt“ und wollte diese durch ein Staatsgebilde höherer Wertigkeit ersetzen. Die Gruppierung vertrat die Auffassung, dass das „gesamte Rechtskonstrukt derzeitiger Gerichtsbarkeit [...] spätestens seit 1950 rein privatrechtlich und deren Gerichtsbarkeit [...] aus Organen juristischer Personen gebildet, somit nie fähig [ist] Gesetze zu formen, Urteile zu fällen oder Beschlüsse zu fassen, da die Grundrechtsfähigkeit fehlt und sie einzig schuldfähig agieren konnten und können.“

Staatliche Institutionen werden von der Vereinigung nicht anerkannt, sondern verächtlich gemacht. Dafür „reaktivieren“ die „Reichsbürger“ die aus ihrer Sicht bestehenden alten „natürlichen“ Gebietskörperschaften („die germanischen Erstbesiedlungsrechte“), um einen neuen Staat schaffen zu können. GdVuSt definierte sich als „eine Initiative, in der Menschen sich an die Werte alter Strukturen erinnern und diese wiederaufbauen, in denen wir gemeinsam frei, gesund und voller Freude leben können. Die Grundlage dazu bieten die höchsten Rechte der Lebendigen auf dieser Erde, die es aus der Macht des Handels zurück zu erwirken gilt. [...] Wir gehen über hundert Jahre zurück. Hier ruht eine Basis, welche darauf wartet, wieder belebt zu werden [...]“

Antisemitische Vorstellungen wurden von dieser Reichsbürger-Gruppierung auch verbreitet; etwa, dass die Menschen in Deutschland seit Ewigkeiten von Juden und ihren Helfern unterdrückt werden. Angela Merkel sei jüdisch. Das 1871 gegründete Deutsche Reich sei ein Staat „von Juden für Juden“ gewesen.

Die rechtsextreme Vereinigung war seit ihrer Gründung 2016 im Internet präsent. Ihre Mitglieder traten seit 2017 auch öffentlich in Erscheinung. In einer Vielzahl von Schreiben an Ämter und Behörden bedrohten GdVuSt-Mitglieder einzelne Amtsträger persönlich. Die teils aggressive Sprache und drastischen Drohungen umfassten insbesondere eine „Inhaftierung“ der Adressaten, „Strafgeldbühren“ in hohen Summen und „Sippenhaft“. Um ihre Ziele durchzusetzen, verkündeten die GdVuSt mit Schreiben an Behörden die „Aktivierung“ von Gemeinden und verbreiteten ihre Ansichten in Broschüren, Workshops und im Internet. Szene-Angehörige „legitimieren“ sich mit selbst produzierten Fantasiepapieren, wie „Reichspersonenausweisen“ oder „Reichsführerscheine“.

Mit einem Schreiben vom 30. Dezember 2017 forderte der selbsternannte GdVuSt-„Stellvertretende Magistrat von Berlin“ gar den Bundespräsidenten auf, die Vorbereitung einer Konferenz zur Übergabe deutscher Hoheitsgebiete an die GdVuSt zu übernehmen. Diese Konferenz sollte am 20. Januar 2018 im Berliner Abgeordnetenhaus stattfinden. Die Ideologie der GdVuSt war eine Melange aus Esoterischem, Verschwörungstheorien, Rassismus, Geschichtsrevisionismus, Antisemitismus, und einer Begeisterung für das „Germanische“. Bundesinnenminister Seehofer sagte: „Wir haben es mit einer Vereinigung zu tun, die rassistische und antisemitische Schriften verbreitet und damit unsere freiheitliche Gesellschaft systematisch vergiftet. Auch die verbale Militanz und massive Drohungen gegenüber Amtsträgern und ihren Familien belegen die verfassungsfeindliche Haltung dieser Vereinigung.“

Schwerpunkt der Aktionen der GdVuSt war zuletzt Berlin. So versuchte beispielsweise 2017 eine Handvoll Anhänger, das Rathaus im Bezirk Zehlendorf zu „übernehmen“. Im Brustton der Überzeugung verlangten die Aktivisten die Herausgabe eines Schlüssels, bevor die Polizei schließlich die Aktion beendete. Auch soll die Kleingruppe den damaligen Brandenburger Justizminister Stefan Ludwig bedroht und so versucht haben, den wegen Volksverhetzung inhaftierten Holocaust-Leugner und militanten Antisemiten Horst Mahler freizupressen. Das „Höchste Gericht – Geeinter deutscher Völker und Stämme“ (Postfachadresse in Berlin) bezog in einer „amtlichen Mitteilung“ Stellung zu „Private Gerichte inhaftieren Horst Mahler“. Darin heißt es: „Das Höchste Gericht ist zum Fall Horst Mahler mit der Bitte um Klärung und Heilung angerufen worden. Horst Mahler ist bemüht Wahrheit aufzuzeigen und anhand von Fakten und Nachweisen die deutschen Staatsangehörigen von der Last der Schuld aus den vergangenen Kriegen zu befreien. [...] Werding, ruft im Interesse des Volkes, das ‚Höchste Gericht – Geeinter deutscher Völker und Stämme‘ an und fordert die sofortige Entlassung des Lebenden Horst Mahler aufgrund der Tatsache, dass eine handelsrechtliche Gerichtsbarkeit nicht über einen Lebenden urteilen kann oder diesem ein Strafmaß anhängen und dieses durchführen darf.“ Das „Höchste Gericht – geeinter Völker und Stämme“ wurde am 18. Januar 2017 eingerichtet, um damit dem angeblichen schöpferischen und christlichen Auftrag gegenüber ihren Ahnen und Kindern zu entsprechen.

Aktiv wurde das „Höchste Gericht“ auch am 19. September 2017. In einem Schreiben an die „CDU in der Firma Deutscher Bundestag, Angela Merkel in der Rolle Die Bundeskanzlerin der CDU“ teilt die „Generalbevollmächtigte Botschafterin“ Werding der Bundeskanzlerin mit, dass diese sich „privat voll umfänglich“ vor dem „Höchsten Gericht“ zu „verantworten“ habe: „Das Höchste Gericht wird bei weiteren Akten der Zersetzung von Naturstaatlichkeit Sie in die Sippenhaftung setzen, was bedeutet, dass zum Schadensausgleich drei Generationen der lebenden Vorfahren und drei Generationen der Nachkommen in die finanzielle Verantwortung gezogen werden.“ Sollte Merkel weiter regieren, so das Schreiben, drohe ihr gemäß „Sühneverzeichnis des Höchsten Gerichtes“ bei „Staatszersetzung“ das Mindeststrafmaß von „9.000 Feinunzen Gold“ und Inhaftierung.

Ein Aussteiger hat dem Berliner Tagesspiegel 2019 zahlreiche Unterlagen zugespielt, die ein Bild vom Innenleben der GdVuSt offenbaren. So ist in einem Pamphlet aufgelistet, wie die Gruppe Deutschland nach der Machtübernahme verändern will: Alle Entscheidungsträger der Bundesrepublik, darunter Politiker, Spitzenbeamte, Richter und Unternehmenschefs, sollen für fünf Jahre inhaftiert werden. Sämtliche Schulen sollen für mindestens ein Jahr geschlossen werden, damit neue Lehrer eingearbeitet und neue Lehrpläne erstellt werden können. Weiter heißt es kategorisch: „Ausländer, Flüchtlinge, also nicht Heimische, werden in ihre Heimatländer geleitet.“

In Baden-Württemberg existent: Deutsche Zukunft (DZ)

Dem Reichsbürger-Spektrum wird auch die unmittelbar an der Schweizer Grenze residierende Gruppierung Deutsche Zukunft (DZ) zugerechnet. Die am 30. Juni 2007 gegründete DZ wurde beim Bundeswahlleiter im hessischen Wiesbaden vom 28. Januar 2008 bis 5. November 2013 als Partei geführt. Ziel der DZ ist es, „Deutschland aus der rot-schwarzen Geiselhaft zu befreien“ und für einen „Neuanfang in Staat und Gesellschaft“ zu sorgen. Dazu gehört dem Verständnis der DZ nach „die Auflösung des Parlaments, die Bildung eines Verfassungskonvents und die Gründung einer vom Volk selbstbestimmten Verfassung in einer freien, souveränen Dritten Republik in der Tradition und den Werten und Normen abendländischer Kultur.“

Die DZ geht davon aus, dass der Zweite Weltkrieg von den „Siegermächten provoziert und mitverantwortlich geführt“ worden ist: „Das belegen anerkannte historische Beweise.“ Erkenntnisse dieser Art erlangt die extrem rechte Gruppierung bei der Lektüre von Büchern wie „1939 – Der Krieg, der viele Väter hatte: Der lange Anlauf zum Zweiten Weltkrieg“ des einschlägig bekannten Geschichtsrevisionisten Gerd Schultze-Rhonhof. Das voluminöse Machwerk findet sich auf der „Bücherliste“ der DZ-Homepage.

An der Spitze der DZ steht Joachim W. in Rheinfelden. Mehrfach äußerte sich W. als Leserbriefschreiber in der Jungen Freiheit (JF). 2013 verkündete er dort: „Die deutsche Nation ist nicht Sache der BRD, weil sie nur eine Verwaltungseinheit der Westalliierten geblieben ist. Das politische System hat das Volk betrogen, indem es versäumt hat, aus Deutschland einen souveränen Staat mit einem Friedensvertrag zu machen.“ 2008 gab W. ebenfalls in der JF kund: „Unsere Politiker regieren mit Angst und Schuldgefühlen: Angst gegenüber dem übermächtigen internationalen Finanzkapital und Schuldgefühle gegenüber den vermeintlichen Moralisten, die Deutschland seit Ende des Zweiten Weltkrieges moralisch unter Druck setzen und finanziell erpressen.“ In ihrer Präambel meint die DZ konstatieren zu müssen, dass Deutschland „seit 1949 eine vorübergehende Lösung unter der Kontrolle der Alliierten geblieben“ (Fehler im Original) sei. Das „Bekenntnis“ der DZ sei, dass „die BRD nur Teil Deutschlands ist und das Deutsche Reich in den Grenzen von 1937 weiterhin existent ist.“ Die „BRD“ ist der Auffassung der DZ nach „nur ein besatzungsrechtliches Konstrukt ohne Staatsgebiet, Staatsverfassung und Staatsvolk. Unsere Politik trägt dieser Situation Rechnung, indem sie die Fehler verräterischer deutscher Politiker korrigieren und dem deutschen Volk seine volle Souveränität und Selbständigkeit wieder zurückgeben will.“ (Fehler im Original)

Urväter der Reichsbürger

Der 2014 verstorbene Rechtsterrorist Manfred Roeder (Jg. 1929), ein militanter Holocaust-Leugner, notorischer Antisemit, NPD-Bundestagskandidat und Rädelsführer der rechtsterroristischen Deutschen Aktionsgruppen, war über Jahrzehnte hinweg einer der aktivsten Neonazis in der Bundesrepublik. Der bekennende Reichsbürger definierte sich als „Reichsverweser“ und selbst ernannter Nachfolger des NS-Großadmirals Karl Dönitz. In Hitlers politischem Testament vom 29. April 1945 wurde Dönitz als sein Nachfolger in den Ämtern des Reichspräsidenten und Oberbefehlshabers der Wehrmacht benannt und amtierte damit für wenige Tage als letztes Staatsoberhaupt des nationalsozialistischen Deutschen Reichs. Roeder vertrat die Ansicht, dass das Deutsche Reich 1945 nicht aufgehört habe zu existieren. Am 30. Jahrestag der Verhaftung der von Großadmiral Dönitz geführten letzten Reichsregierung in Flensburg, dem letzten Dienstsitz von Dönitz, hielt Roeder am 23. Mai 1975 in

der nördlichsten Stadt der Bundesrepublik den ersten „Reichstag“ ab. Er ließ sich dort von den weniger als 100 Anwesenden zum Sprecher der Freiheitsbewegung Deutsches Reich und zum Nachfolger von Dönitz wählen. Im Jahr 2000 warf Roeder der Bundesregierung vor, dass ihr die Rechtsgrundlage fehle und sie lediglich „Vasallen der Besatzer und Feinde Deutschlands“ sei. Um dem deutschen Volk kundzutun, dass das „Reich besteht und wir seine Vertreter sind“, rief Roeder zu Spenden auf: „Jedem werde ich eine Ehrenurkunde als Reichsbürger ausstellen, der in diesem entscheidenden Kampf um unser Volk und Reich einen Betrag von tausend Mark oder mehr spendet.“

Vordenker der Reichsbürger-Szene ist neben Roeder der militante Antisemit und Holocaust-Leugner Horst Mahler. Mahler, einst Terrorist der Roten Armee Fraktion (RAF) und seit Mitte der 1990er Jahre in wahnhafte antisemitische Zusammenhänge abgedrückt, wähnt sich in „Geschäftsführung ohne Auftrag für das Deutsche Reich“ – so Mahler in seinem „Appell an die Bürger des Deutschen Reiches“ aus dem Jahr 2000. Reichsbürger beklagen gebetsmühlenartig, dass die Bundesregierung im „jüdisch-amerikanischen Auftrag“ einen „Umvolkungsfeldzug gegen unser Volk“ betreibe, gegen den sich „völkische Reichsbürger“ wehren müssten. In diesem Kontext orakelt Mahler in seinem „Appell an die Bürger des Deutschen Reiches“: „Wenn es gelingt, Deutschland und die übrigen europäischen Nationen von innen her aufzulösen, indem 70 bis 100 Millionen Menschen aus Asien und Afrika hierher verpflanzt werden [...], dann müsste es möglich sein, Europa nach dem Vorbild des Balkans in einen ethnischen Hexenkessel zu verwandeln. Unter diesen Umständen könnte sich in Europa auf Jahrhunderte keine stabile Machtstruktur mehr herausbilden. Äußere Mächte – wer wohl? – könnten nach Belieben ethnische Konflikte schüren, Massaker provozieren, Militärputsche organisieren und so Vorwände für ein militärisches Eingreifen des ‚Weltpolizisten USA‘ schaffen. Stets blieben die USA in europäischen Angelegenheiten in der Rolle des eigensüchtigen Schiedsrichters. Die Ostküsten-Plutokratie würde bestimmen, welche Marionetten in Europa ‚an die Macht‘ kommen, welche Wirtschaftspolitik für diesen Kontinent zugelassen wird usw.“

Ebenfalls im Jahr 2000 trat Mahler in die NPD ein. In seiner Presseerklärung dazu hieß es, er halte das Grundgesetz für ein „Provisorium für die Übergangszeit bis zur Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit des Deutschen Reiches“. Das war sein erstes deutliches Bekenntnis zur Reichsbürgerbewegung. Mahler, dessen Ziel die Schaffung eines „Vierten Reiches“ ist, bezeichnet die Bundesrepublik Deutschland als „Organisation einer Modalität der Fremdherrschaft“ (OMF-BRD). Erstmals im Jahr 2004 gab Mahler einen „Reichsbürgerbrief“, das „Organ des Allgemeinen Volksaufstandes der Deutschen“, heraus. In diesen Pamphleten drohte Mahler, dass die „Kollaboration mit der Feindmacht“ als „Verbrechen nach Reichsrecht zu ahnden“ sei. Im Vorwort seines ersten „Reichsbürgerbriefes“ gab sich Mahler (mal wieder wie zu RAF-Zeiten) der Hoffnung hin, dass sich das deutsche Volk erhebt: „In den Reichsbürgerbriefen soll der Geist lebendig werden, der die Deutschen, die es noch sein wollen, zu der einen einheitlichen Tat – zum Allgemeinen Volksaufstand – aufführt, aus dem heraus allein die Rettung werden kann. Der Aufstandsplan ist ausgearbeitet und kann als PDF-Datei im elektronischen Weltnetz von der Adresse [...] heruntergeladen werden. Überall im Lande bilden sich Reichsbürgerrunden, die damit beginnen, auf der Grundlage dieser Texte die Gedanken zu klären und Wortergreifungen zu organisieren.“ Mahler weiter in seinem Kampf gegen „jüdische Globalisierung“ und für das „Deutsche Reich“: „Schwerpunkt der ersten Ausgabe des Reichsbürgerbriefes ist die ‚Verkündigung der Reichsbürgerbewegung‘. In ihr ist klar gesagt, was wir wollen und wie wir es erreichen werden. Wir wollen nicht mehr – aber auch nicht weniger – als ein handlungsfähiges Deutsches Reich als Willensform (Nationalstaat) des Deutschen Volkes. Dieses Volk wird als Reich sich durch Wiederherstellung der Volkswirtschaft aus der Knechtschaft der Globalisten befreien, als selbstbewußte Volksgemeinschaft die private Bereicherungssucht bändigen und dem Gemeinwohl dienstbar machen. Die anderen Völker werden diesem Beispiel folgen. Mit ihnen gemeinsam werden wir Mammon den Garaus machen. Es wird eng für die Feinde des Reiches. Sie müssen jetzt das Verlangen nach Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit des Reiches als solches in ihren Katalog der Gedankenverbrechen aufnehmen und als ‚nationalsozialistisches Gedankengut‘ horrifizieren.“

Übel antisemitisch und rassistisch agierte die im Umfeld von Mahler angesiedelte konspirativ wirkende Reichsbewegung – Neue Gemeinschaft von Philosophen. Diese verbreitete 2012 ein achtseitiges Schreiben unter der Überschrift „Ausweisung aus Deutschland“. Es war adressiert „An alle Türken, Muslime und Neger in Deutschland“ bzw. „an alle raum-, wesens- und kulturfremde Ausländer in Deutschland, insbesondere an Türken, Muslime und Negroide (Schwarze und Halbschwarze)“. In diesem Schreiben werden in Deutschland lebende Ausländer und Deutsche mit Migrationshintergrund unter Androhung ihrer Ermordung zur Ausreise aus Deutschland aufgefordert. Das Schreiben ging unter anderem an die Israelitische Synagogen-Gemeinde zu Berlin, die Jüdische

Gemeinde zu Berlin und den Zentralrat der Juden in Deutschland. Auf der Internetseite der Reichsbewegung – Neue Gemeinschaft von Philosophen wurde die fremdenfeindlich motivierte Mordserie des Massenmörders Anders Breivik in Norwegen positiv dargestellt und zur Bildung von „Freien Reichsstreitkräften“ aufgerufen.

Ein weiterer Vordenker der Reichsbürger-Szene war der Berliner Wolfgang Ebel, der sich im Gegensatz zu Roeder und Mahler nicht zuvor in der organisierten rechtsextremen Szene bewegt hatte und seine Legitimation von den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs ableitete. 1985 rief der ehemalige Reichsbahnbeamte Ebel die „Kommissarische Regierung des Deutschen Reiches“ ins Leben. Diese betrachtete die Weimarer Reichsverfassung von 1919 als nach wie vor gültig. Ebel ist der Erfinder der „Kommissarischen Reichsregierung“, von denen es seit 1985 bereits mehrere Dutzend gegeben hat. Ebel bezeichnete sich als „Reichskanzler des Staates Deutsches Reich“. Auf seiner Homepage teilte der 2014 verstorbene Ebel mit, dass ein Friedensvertrag mit den Alliierten „nur“ mit ihm möglich sei. Er sei „der Generalbevollmächtigte für Deutschland und den Besonderen Statuts für Berlin“. Ebel wurde in etwa 20 Strafverfahren – unter anderem wegen Amtsanmaßung – für schuldunfähig erklärt.

Als Abspaltung der „Kommissarischen Regierung des Deutschen Reiches“ wurde am 8. Mai (!) 2004 im Parkhotel Kronsberg in Hannover die „Exilregierung Deutsches Reich“ um Norbert Schittke ins Leben gerufen. Schittke, der sich auch „Fürstregent Norbert Rudolf aus der Familie Schittke zu Romkerhall“ nennt, war vormals unter anderem Kreisrat der Partei Die Republikaner und Mitgründer einer Statt Partei. Die Gründungsmitglieder der „Exilregierung“ wurden von Schittke auf die Handelsflagge des Deutschen Reiches zur See mit den Worten vereinigt: „Ich verspreche, dass ich das Staatsvolk des Deutschen Reiches gewissenhaft vertreten will, meine ganze Kraft zur Weiterführung des 1945 nicht untergegangenen Deutschen Reiches einsetzen werde“. Das Grundgesetz ist in den Augen der „Exilregierung“ „keine deutsche Verfassung, sondern ein alliiertes und oktroyiertes Gesetz für ein besetztes Gebiet.“ Die Bundesregierung wird als „Fremdverwalter für die Besatzungsmächte nach der Teilkapitulation von Teilen der Wehrmacht“ bezeichnet. Wer Bürger des „Deutschen Reiches“ ist, bestimmt das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz vom 22. Juli 1913, heißt es. Im Sinne dieses Gesetzes gilt „Elsaß-Lothringen“ als „Bundesstaat“ und die „Schutzgebiete“ in Übersee als „Inland“. Als „Welt Sensation“ wurde zeitweilig auf der Homepage der „Exilregierung“ behauptet: „Holocaust Ikone Anne Frank überlebte“. Gefordert wird von den „Amts- und Verantwortungsträgern“ der „Exilregierung“ unter Führung von „Reichskanzler“ Schittke unter anderem „die Anerkennung des Deutschen Reiches ohne Belastung durch die Vergangenheit, denn auch sie respektieren jedes Land, ohne dessen Vergangenheit als Makel zu bezeichnen.“

Skurrile Reichsbürger-Vereinigung: Das Königreich Deutschland

Eine der skurrilsten Reichsbürger-Vereinigungen ist das 2012 von dem Reichsbürger und Esoteriker Peter Fitzek gegründete selbsternannte Königreich Deutschland (KRD). Das KRD ist ein Fantasiestaat, der sich außerhalb der Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschlands verortet. Das KRD versteht sich als „ein Staat, der auf dem Gebiet des Deutschen Reiches, welches völkerrechtlich fortexistiert und dessen Staatsgebiet von der Bundesrepublik Deutschland nur für eine Übergangszeit verwaltet wird, durch eine vorübergehende Sezession (Abspaltung) entstanden ist.“ Vollmundig heißt es weiter: „Wenn sich die Ordnung, die Organisation und Struktur des Königreiches Deutschland flächendeckend ausgeweitet hat, wird das Königreich Deutschland die Rechtsnachfolge des Deutschen Reiches in Anspruch nehmen.“ Noch im Gründungsjahr hat sich der gelernte Koch und ehemalige Karatelehrer Fitzek im sachsen-anhaltinischen Wittenberg selbst zum König dieses Fantasiestaates gekrönt. Mit dem Erwerb von Immobilien konzentrieren sich die Expansionsbestrebungen des KRD insbesondere auf Sachsen. Die Kernbotschaften Fitzeks sind von einem Ideologengerüst aus Antisemitismus, Nationalismus, Verschwörungsideologie und Demokratiefeindlichkeit getragen und gehen mit Umsturzphantasien einher. Mitte November 2020 traf sich Fitzek mit dem Stuttgarter Querdenken-Initiator Michael Ballweg im thüringischen Saalfeld zu einem konservativen Strategiegeläch. Die Polizei löste die Versammlung auf, fortan werden die Querdenker in Baden-Württemberg vom Verfassungsschutz beobachtet.

Hochverräterisches Unternehmen. Interview mit dem Generalbundesanwalt Peter Frank, in: Welt am Sonntag vom 5. Februar 2023, S. 3

<https://www.tagesschau.de/ausland/amerika/guterres-sorge-reichsbuerger-101.html> / eingesehen am 15. Februar 2023

<https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/politik/reichsbuerger-selbstverwalter-rechtsextreme-szene-100.html> / eingesehen am 15. Februar 2023

<https://diebasis-bw.de/2022/12/pressemitteilung> / eingesehen am 15. Februar 2023

https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/innenpolitik/id_100096496/mutmassliche-terrorgruppe-hoffte-auf-hilfe-von-aliens.html / eingesehen am 15. Februar 2023

<https://www.generalbundesanwalt.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/aktuelle/Pressemitteilung-vom-23-01-2023.html> / eingesehen am 20. Februar 2023

<https://kulturbuero-sachsen.de/monitorium-rechts-das-koenigreich-deutschland-in-sachsen/> / eingesehen am 20. Februar 2023

<https://www.welt.de/politik/deutschland/article159036380/Die-Vordenker-der-Reichsbuerger-Terroristen.html> / eingesehen am 13. März 2023

Homepage Königreich Deutschland / eingesehen am 20. Februar 2023

Eigenrecherche Dokumentationsstelle

RECHTS.GESCHEHEN im Gespräch

mit Samuel Salzborn, Antisemitismusbeauftragter des Landes Berlin

Antisemitismus ist für das Team der Dokumentationsstelle Rechtsextremismus immer wieder ein Thema. Antisemitismus, Pogrome und Gewalt gegen Jüdinnen und Juden sind ein Kontinuum in der deutschen und europäischen Geschichte. Über gegenwartsbezogenen Antisemitismus sprachen wir mit dem Antisemitismusforscher Prof. Dr. Samuel Salzborn. Der Sozialwissenschaftler ist hauptamtlich Ansprechpartner des Landes Berlin zu Antisemitismus und außerplanmäßiger Professor am Institut für Politikwissenschaft der Justus-Liebig-Universität Gießen.



Auf die Frage „Welche Rolle spielt Antisemitismus in der Querdenker- und Coronaleugner-Szene?“ antwortete Salzborn:

„Gleich nach Bekanntwerden der Corona-Pandemie zirkulierten Verschwörungsmysen, die – was charakteristisch ist für Verschwörungsfantasien – von Beginn an zwar immanent widersprüchlich waren, aber jeweils antisemitisch ausformuliert wurden: Sie begannen mit der Unterstellung, Corona sei eine biologische Waffe der USA beziehungsweise Israels, gingen über die Behauptung, dass es das Ziel einer angeblichen ‚jüdischen Weltverschwörung‘ sei, die Menschen durch Corona zu ‚versklaven‘, und reichten bis zu dem antisemitischen Verschwörungsmythos, die Weltbevölkerung solle gezielt dezimiert werden. Zentral dabei war und ist, dass alle diese Vorstellungen in einem hermetisch geschlossenen Weltbild generiert werden, das sich von Realitätsprüfungen abschottet und durch seine irrationale Struktur dazu in der Lage ist, jede Form von objektiver Widerlegung in eine anlassbezogen reformulierte Variante des Verschwörungsglaubens zu integrieren. Die öffentlichen Versammlungen, bei denen sich im Kontext der Corona-Pandemie Kritiker*innen als angebliche Hüter*innen der Grundrechte inszeniert haben, waren dabei von ihrem Beginn im Frühjahr 2020 an getragen von einer verschwörungsideologischen Klammer: Verschwörungsglaube ist in seiner historischen Genese und weltanschaulichen Struktur eng mit Antisemitismus verbunden, faktisch laufen Verschwörungserzählungen so gut wie immer auf Antisemitismus hinaus. Mit Blick auf die Entwicklung der Demonstrationen zeigt sich sehr deutlich, dass der Verschwörungsglaube kontinuierlich das integrierende Element der Versammlungen darstellte, der Antisemitismus aber entscheidend mit ihrer Radika-

lisierung korreliert: Wenngleich auch schon im Jahr 2020 antisemitische Parolen und Visualisierungen gerufen und gezeigt wurden, die vor allem mit projektiven Personalisierungen gearbeitet haben, ist der offene, in keiner Weise kaschierte Antisemitismus, in dessen Zentrum eine geschichtsrevisionistische Relativierung, Verharmlosung oder Leugnung der Shoah steht, seit dem Frühjahr 2021 von immer größerer Relevanz, sowohl was seine Verbreitung als auch seine Radikalität angeht.“

Die Neue Rechte, eine geistige Strömung, deren Ziel die intellektuelle Erneuerung des Rechtsextremismus ist, bezieht sich auf autoritäre und elitäre Denker der Konservativen Revolution in der Weimarer Republik sowie auf Theoretiker des Faschismus. Angesichts des Siechtums der Alten Rechten nimmt die Bedeutung der Neuen Rechten zu. Doch – hat sie den Antisemitismus, ein wesentliches Ideologieelement der Alten Rechten, tatsächlich hinter sich gelassen? Die Position von Salzborn ist eindeutig:

„Aufgrund der ethnopolitischen Homogenitätsschwärmereien und der völkischen Gemeinschaftsmodelle, stellt Antisemitismus im neurechten Kontext ein zentrales Element dar, da die antisemitische Weltanschauung als Kehrseite des völkischen Denkens fungiert. Wenngleich offen antisemitische Äußerungen, wie etwa im Milieu des Neonazismus, im neurechten Spektrum seltener anzutreffen sind, drückt sich dort der Antisemitismus insbesondere als geschichtsrevisionistische Täter-Opfer-Umkehr und Schuldabwehrantisemitismus aus, aber es finden sich auch Anschlüsse etwa an christlichen Antijudaismus und insbesondere an antisemitischen Verschwörungsglauben.“

Salzborn hat zuletzt im Rahmen der Reihe Essentials (Springer VS) die Fachpublikation „Antisemitismustheorien“ veröffentlicht. Die 38-seitige Kurzpublikation fasst die theoretischen Erkenntnisse der sozialwissenschaftlichen Antisemitismusforschung zusammen. Dargestellt werden Fragen des Individuums und der antisemitischen Persönlichkeit, der sozialen Vermittlung in Kultur, Gesellschaft und Masse sowie der gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Strukturen von Antisemitismus. Eine Verbindung von theoretischen Erkenntnissen der Psychologie, Soziologie und Politikwissenschaft/Philosophie mit Blick auf Antisemitismus wird geliefert. Ausgangspunkt der Darstellung der „Antisemitismustheorien“ ist die Dialektik der Aufklärung (1947) von Max Horkheimer und Theodor W. Adorno (1947), die laut Salzborn „einen der ambitioniertesten strukturtheoretischen Ansätze innerhalb der Antisemitismusforschung“ formuliert haben. Salzborn zeigt auf, dass Antisemitismus eine Verbindung aus Weltanschauung und Leidenschaft, aus kognitiven und emotionalen Elementen ist. Als Weltanschauung unterscheidet sich Antisemitismus grundlegend in seiner Struktur von anderen Formen von Diskriminierung. Antisemitismus basiert auf Projektionen, die im antisemitischen Weltbild als Verschwörungsmythen formuliert wurden. Die antisemitische Phantasie einer jüdischen Weltverschwörung, so Salzborn, sei der deutlichste Ausdruck eines Wahnweltbildes, von dem der Nationalsozialismus in barbarischer Weise gezeigt habe, dass es dem völkischen Ideal der Weltbeherrschung durch Vernichtung entsprang.

Samuel Salzborn: Antisemitismustheorien, Wiesbaden 2022

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus – Gespräch mit apl. Prof. Dr. Samuel Salzborn

Nachtrag September

Berlin:
**Kündigung wegen
 Verharmlosung von NS-Unrecht**

Veröffentlicht ein Lehrer ein Video, in dem das Tor eines Konzentrationslagers mit der Inschrift „Impfung macht frei“ dargestellt wird, so setzt er das staatliche Werben um eine Impfbereitschaft mit der Unrechtsherrschaft der Nationalsozialisten gleich. Dieses Verhalten rechtfertigt eine fristlose Kündigung des Arbeitsverhältnisses, so das Arbeitsgericht Berlin.

Arbeitsgericht Berlin, Urteil vom 12. September 2022, Az. 22 Ca 223/22

Oktober

USA / Baden-Württemberg:
**Gast des Junge-Alternative-
 Landesvorstandes:
 Vertreter des New York Young
 Republican Club im Landtag**

Nathan Berger vom New York Young Republican Club (NYYRC) war im Herbst offizieller Gast des baden-württembergischen Landesvorstandes der AfD-Nachwuchsorganisation Junge Alternative (JA) in Stuttgart. Dabei besuchte Berger in Begleitung des JA-Landesvorsitzenden Severin Köhler und des JA-Aktivisten Arthur Hammerschmidt den baden-württembergischen Landtag und die Räume der AfD-Landtagsfraktion am 26. September. Hammerschmidt gehört der JA Ludwigsburg an, ist stellvertretender JA-Kreissprecher, und Besitzer im JA-Landesvorstand. Berger fungiert als Vizepräsident des NYYRC. Dem NYRC gehören Mitglieder der Republikanischen Partei im Alter von 18 bis 40 Jahren an. Die Sektion New York ist die älteste und größte Sektion in den Vereinigten Staaten. Köhler stattete im April 2022 gemeinsam mit Maximilian Krah, AfD-MdEP, dem NYYRC in den USA einen Besuch ab (s. RECHTS.GESCHEHEN 4, S. 17).

<https://www.belltower.news/netzwerke-afd-und-fpoe-abgeordnete-zu-besuch-bei-us-rechtsextremen-144367/> // eingesehen am 15. Dezember 2022

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Bundesweit:
**Offene Haftbefehle gegen
 Rechtsextremisten**

Die Zahl von Rechtsextremisten, die von den Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder als Verdächtige oder Verurteilte von Straftaten per Haftbefehl gesucht werden, bewegt sich seit Jahren im höheren dreistelligen Bereich. Betrug die Zahl der offenen Haftbefehle im Frühjahr noch 752, lag sie zum Stichtag 30. September bei 915. Das geht aus einer Antwort des Bundesinnenministeriums auf eine Anfrage der LINKEN hervor. Hinter den Haftbefehlen verbergen sich 674 gesuchte Rechtsextreme, gegen einige sind sogar mehrere Haftbefehle offen.

Vor einem halben Jahr waren es 568. Bei keinem der offenen Haftbefehle lag eine terroristische Tat zugrunde. Bei 33 Haftbefehlen ging es um ein politisch motiviertes Gewaltdelikt, überwiegend Körperverletzung und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte. In 151 Fällen bestehen den Angaben zufolge offene Haftbefehle wegen Straftaten wie dem Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, Volksverhetzung und Beleidigung. Die übrigen Fälle sind dem Bereich der Allgemeinkriminalität, wie Diebstahl, Betrug, Erschleichen von Leistungen, Verkehrsdelikte u. a. zuzuordnen.

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Martina Renner, Nicole Gohlke, Gökay Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. Entwicklung der Zahl per Haftbefehl gesuchter Neonazis (Herbst 2022), BT-Drs. 20/4793 vom 16. Dezember 2022: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/049/2004973.pdf> // eingesehen am 31. Dezember 2022

Bundesweit / Baden-Württemberg:
**Rechtsextreme Musik-
 veranstaltungen**

Nach Kenntnis der Bundesregierung fanden von Juli bis September 2022 im Bundesgebiet 29 rechtsextreme Musikveranstaltungen, davon sechs Konzerte und 23 Liederabende, statt. Aufgespielt wurde auch in Baden-Württemberg. Demnach fand am 30. Juli im Raum Enzkreis ein Konzert mit der Szene-Band Mjölñir, deren Name der nordischen Mythologie entstammt, statt.

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Petra Pau, Nicole Gohlke, Clara Bünger, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. Musikveranstaltungen der extremen Rechten im dritten Quartal 2022, BT-Drs. 20/4245 vom 28. Oktober 2022: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/042/2004245.pdf> // eingesehen am 1. Februar 2023

Bundesweit:
Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte

Seit Jahresbeginn bis Ende September wurden bundesweit 65 Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte registriert – und damit fast so viele wie im gesamten Vorjahr 2021. In den meisten Fällen blieb es laut Bundesinnenministerium bei Sachbeschädigung, Schmierereien an Gebäuden oder Propaganda. 2021 wurden 70 Attacken von Behörden erfasst. Außerhalb von Unterkünften wurden im Zeitraum von Januar bis Ende September 2022 auf Geflüchtete 711 Angriffe verübt. Hier handelte es sich zu meist um Überfälle oder Gewaltdelikte. Im selben Zeitraum des Vorjahres wurden bundesweit 965 Angriffe gemeldet.

<https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/fluechtlingsunterkuenfte-anschlaege-103.html> / eingesehen am 8. November 2022

Baden-Württemberg / Sachsen:
Verfassungsbeschwerde von NSU-Terroristin Zschäpe abgelehnt

Die 2. Kammer des Zweiten Senats des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) hat am 30. September die Verfassungsbeschwerde der rechtskräftig zu lebenslanger Haft verurteilten NSU-Terroristin Beate Zschäpe abgewiesen (Beschluss vom 30.09.2022, Az. 2 BvR 2222/21). Die Hauptangeklagte im NSU-Prozess vor dem Oberlandesgericht (OLG) München hatte versucht, ein neues Verfahren vor dem Bundesgerichtshof (BGH) zu erzwingen. Auf den Vorwurf der 47-jährigen NSU-Rechtsextremistin, ihr Recht auf rechtliches Gehör sei verletzt worden, entgegnete das Bundesverfassungsgericht, sie hätte z.B. während des NSU-Prozesses genügend Möglichkeiten gehabt, ihren Standpunkt zu erklären. Der Rechtsweg für Zschäpe ist dadurch weitgehend ausgeschöpft. Der BGH muss sich somit nicht noch einmal mit ihrer Revision befassen – vielleicht aber der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR). Im August 2021 hatte der BGH Zschäpes Verurteilung als Mittäterin an der rassistisch motivierten NSU-Mordserie per schriftlichem Beschluss bestätigt.

Damit bleibt es, abgesehen von einer möglichen Klage Zschäpes beim EGMR, bei der Strafe, die das OLG München am 11. Juli 2018 nach mehr als fünf Jahren und über 400 Verhandlungstagen wegen zehnfachen Mordes, mehrfach versuchten Mordes, Raubüberfalls sowie schwerer Brandstiftung und Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung als Mittäterin verhängt hatte: lebenslange Haft bei besonderer Schwere der Schuld. Die Feststellung der besonderen Schwere der Schuld besagt in der Regel, dass die Reststrafe zumeist erst nach ca. zwanzig Jahren zur Bewährung ausgesetzt wird. Im November 2011 hatte sich der NSU durch den Suizid von Mundlos und Böhnhardt selbst enttarnt. Zschäpe steckte ihr gemeinsames Versteck in Zwickau in Brand, drei Menschen, deren Tod sie bei der Inbrandsetzung der Wohnung in Kauf nahm, blieben unverletzt. Zschäpe verschickte die Bekennervideos des NSU und stellte sich nach tagelanger Irrfahrt der Polizei. Sie ist in der JVA Chemnitz inhaftiert.

Bundesverfassungsgericht, Pressemitteilung Nr. 82/2022 vom 24. Oktober 2022:

<https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2022/bvg22-082.html> / eingesehen am 1. Februar 2023

<https://www.sueddeutsche.de/politik/nsu-beate-zschaepe-bgh-1.5680467> /

eingesehen am 25. Oktober 2022

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Thüringen:
Auftritt des AfD-Politikers Höcke in Gera

Am Tag der Deutschen Einheit wurden bundesweit zahlreiche sogenannte Montagsdemonstrationen durchgeführt. Die größte Demonstration Thüringens am 3. Oktober fand in Gera statt. Aufmarschiert wurde, um gegen die Politik der Bundesregierung, gegen Preissteigerungen und den Krieg in der Ukraine zu protestieren. Auch ein Ende der Sanktionen gegen Russland wurde gefordert. Nach Angaben der Polizei beteiligten sich rund 10.000 Menschen an der Demonstration in Gera. Organisiert wurde der Protest vom Thüringer Neonazi Christian Klar und Frank Haußner, Sprecher der extrem rechten Vereinigung Patrioten Ostthüringen. Zu den Rednern gehörten unter anderem Martin Kohlmann, Kopf der rechtsextremen Freien Sachsen, und Jürgen Elsässer, Chefredakteur der rechtsextremen Monatszeitschrift Compact. Kampfredner der Veranstaltung war Björn Höcke, Partei- und Fraktionschef der AfD in Thüringen. Die Überschrift der Ostthüringer Zeitung lautete: „AfD, Freies Sachsen und Freies Thüringen vereint“. Höckes Rede wurde in rechtsextremen Kreisen als „Kampfansage“ verstanden, als „verbale Kriegserklärung“ an das „herrschende Establishment, bestehend aus Bundesregierung, NATO und USA.“ In seiner Rede betonte Höcke in Richtung der Demonstrierenden: „Wir sind die Ersten von Morgen.“ Szene-Kundige können das historische Assoziationswortspiel von Höcke dechiffrieren – war es doch Helmut Sündermann, einst stellvertretender Reichspressechef der NSDAP, der das Motto für die NS-orientierte Rechte in der Nachkriegszeit vorgab: „Wir sind nicht die Letzten von gestern, sondern die Ersten von morgen!“

Akteure (das Compact-Magazin, die Freien Sachsen und Politically Incorrect-News) sowie der Verein Zentrum Automobil e. V. (Sitz: Stuttgart).

Kleine Anfrage des Abg. Daniel Lindenschmid AfD und Antwort des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen. Gewaltpotenzial der rechtsextremistischen Szene, Drs. 17/3281 vom 28. September 2022: https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP17/Drucksachen/3000/17_3281_D.pdf / eingesehen am 10. November 2022

Bundesweit:
Rechtsextrem motivierte Straftaten gegen Angehörige des Gesundheitswesens

Das Bundeskriminalamt (BKA) hat im Jahr 2022 bislang mindestens 276 Straftaten gegen Angehörige des Gesundheitswesens registriert. Viele von ihnen dürften von sogenannten Querdenkern verübt worden sein. Angriffe auf Angehörige, Einrichtungen und Fahrzeuge des Gesundheitswesens werden erstmals seit Jahresbeginn als „Angriffsziel Gesundheitswesen“ von der Polizei erfasst, so die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. Es sei erwartbar, dass Rechtsextremisten und Akteure des Phänomenbereichs Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates Maßnahmen der Bundesregierung zur Bekämpfung der Corona-Pandemie für ihre Zwecke instrumentalisieren und insbesondere für Demonstrationen mobilisieren, stellt die Bundesregierung fest. Dabei sei auch erneut mit einer Anfeindung von (lokalen) Politikern durch Aufrufe zu oder Durchführung von Aktionen gegenüber diesen zu rechnen.

<https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2022-10/verbrechen-angriffe-mitarbeiter-gesundheitswesen-corona> / eingesehen am 2. Oktober 2022

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Martina Renner, Nicole Gohlke, Gökay Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. Ermittlungen nach dem Tod einer Ärztin in Oberösterreich, BT-Drs. 20/3760 vom 29. September 2022: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/037/2003760.pdf> / eingesehen am 1. Februar 2023

Bundesweit:
Zivilgesellschaftliches Lagebild Antisemitismus

Antisemitismus gewinnt in vielen gesellschaftlichen Bereichen in der Bundesrepublik neuen Aufschwung, ob im Kontext der Pandemie, der Kunstschau documenta in Kassel, dem Krieg in der Ukraine oder bei der Energiekrise, heißt es in der am 6. Oktober von der Amadeu Antonio Stiftung in Berlin veröffentlichten Analyse „Zivilgesellschaftliches Lagebild Antisemitismus“. Ziel der Amadeu Antonio Stiftung ist die Stärkung einer demokratischen Zivilgesellschaft, die sich konsequent gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus wendet. „Antisemitismus ist in Deutschland ein Renner und Brückenschlag über alle Klassen und Milieus hinweg“, warnte Stiftungsvorstand Tahera Ameer.

Aus dem Lagebild Antisemitismus ergeben sich fünf Kernbeobachtungen: Antisemitismus verklärt die Welt: Antisemitische Verschwörungserzählungen prägen die Debatte um die Energieversorgungskrise stark. Mit antisemitischen Erklärungsversuchen werden komplexe Sachverhalte verkürzt und es wird auf alte Feindbilder zurückgegriffen. In aktuellen Antisemitismusdebatten wird oftmals so getan, als ob Israelhass und Judenhass nichts miteinander gemein hätten. Damit werden Antisemitismus-Vorwürfe pauschal abgewehrt. Jüdinnen und Juden werden mit ihren Einschätzungen nicht ernst genommen. Betroffenenperspektiven werden ignoriert. Die aktuellen Antisemitismusdebatten erschweren die Bekämpfung von Antisemitismus. Israelbezogener Antisemitismus wird kleingeredet mit der Behauptung, man habe in der Bundesrepublik einen voreingenommenen Blick auf Israel. Antisemitismus bekommt wieder eine Bühne: Antisemitische und israelfeindliche Akteure üben einen steten, teils wachsenden Einfluss aus. Das Lagebild wird im Rahmen der Bildungs- und Aktionswochen gegen Antisemitismus veröffentlicht, die durch den Beauftragten der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus gefördert werden.

Der unabhängige Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus RIAS e.V. registrierte 2739 antisemitische Vorfälle für das Jahr 2021, durchschnittlich sieben Fälle pro Tag und 40 Prozent davon online.

<https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/zivilgesellschaftliches-lagebild-antisemitismus-10-deutschland-bereitet-antisemitismus-eine-buehne-90051/> / eingesehen am 6. Oktober 2022

<https://www.welt.de/politik/deutschland/article241798233/Judenhass-Jeden-Tag-mehr-als-fuenf-antisemitische-Straftaten.html> / eingesehen am 26. Oktober 2022

Das Zivilgesellschaftliche Lagebild Antisemitismus #10 steht hier zum Download bereit: <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/publikationen/zivilgesellschaftliches-lagebild-antisemitismus-10/> / eingesehen am 8. Februar 2023

Berlin / Thüringen:
**AfD-Demonstration „Energiesicherheit und Schutz vor Inflation – Unser Land zuerst“.
 Rechtsextreme Provokationen vor dem Holocaust-Mahnmal**

Dem AfD-Demonstrationsaufruf „Energiesicherheit und Schutz vor Inflation Unser Land zuerst“ sind am 8. Oktober 10.000 Personen gefolgt. Eröffnet wurde die Veranstaltung in Berlin vom Bundessprecher Tino Chrupalla. Der Karlsruher Marc Jongen, der als „Philosoph“ der Partei gilt, bezeichnete die Außenministerin Annalena Baerbock und den Wirtschaftsminister Robert Habeck (beide BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) als „Auftragskiller“ Amerikas. Der Bundestagsabgeordnete Jongen ist seit April 2013 Mitglied der AfD; seitdem Mitglied im Landesvorstand Baden-Württemberg; seit Januar 2020 Stellvertretender Vorsitzender.

Nach der Demonstration ließ sich der AfD-Abgeordnete des Kreistages Sonneberg (Thüringen), Holger Winterstein, lachend und mit ausgebreiteten Armen auf dem Holocaust-Mahnmal fotografieren. Der Politiker selbst veröffentlichte das Foto, das ihn auf dem Holocaust-Mahnmal zeigt, unter anderem bei Twitter und Facebook; dazu den Text: „Der Zeitgeist ist nur eine kurze Erscheinung. Thüringer, Franken, Sachsen, Bayern, Schwaben, Friesen [...] sind das Volk.“ Das Denkmal für die ermordeten Juden Europas bezeichnete Winterstein als „Betonklötze in deren Labyrinth Leute Pipi machten“ und fügte hinzu: „Bald wird es Mahnmale gegen dumme und Volks- und heimatfeindliche Politik geben müssen.“ Der Exekutiv-Vizepräsident des Internationalen Auschwitz-Komitees, Christoph Heubner, nannte Wintersteins Verhalten „widerwärtig“. Er beleidige Überlebende des Holocaust und verhöhne ihre ermordeten Angehörigen. Winterstein, der zur Landtagswahl 2019 für die AfD kandidierte, aber den Einzug ins Parlament verpasste, legte wenige Tage nach dem Auftritt auf dem Holocaust-Mahnmal sein Amt als stellvertretender Vorsitzender des Gebietsverbands Sonneberg der AfD nieder.

Das Holocaust-Mahnmal scheint Ewiggestrige unterschiedlicher Couleur magisch anzuziehen. So provozierte der thüringische Neonazi Sven Liebich am 21. April 2021 mit gelbem „Judenstern“ und dem Anne-Frank-Tagebuch am Rande einer Querdenker-Demonstration gegen die Corona-Maßnahmen direkt vor dem Holocaust-Mahnmal. „Extrem geschmacklos“ nannte der Richter des Amtsgerichts Tiergarten (Berlin) die inszenierte Aktion von Sven Liebich, die Grenze zur Volksverhetzung sei allerdings noch nicht erreicht. Somit sprach der Richter den 52-Jährigen in der Sache frei. Die Provokation des Neonazis, die seine damalige Freundin aufgenommen hatte, wurde im Telegram-Kanal von Liebich veröffentlicht.

<https://www.tagesspiegel.de/berlin/liveblog/pressevertreter-attackiert-angriffe-auf-mehrere-journalisten-8727343.html> / eingesehen am 15. Februar 2023

<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-demonstration-in-berlin-tausende-fordern-unser-land-zuerst-a-9e305634-24d7-4b98-abb7-475d475bed22> / eingesehen am 15. Februar 2023

https://www.bundestag.de/abgeordnete/biografien/j/jongen_marc-857508/ / eingesehen am 8. Oktober 2022

<https://www.thueringer-allgemeine.de/politik/thueringer-afd-politiker-posiert-auf-holocaust-mahnmal-in-berlin-partei-prueft-konsequenzen-id236642353.html> / eingesehen am 15. Februar 2023

<https://www.berliner-zeitung.de/news/holen-unsere-heimat-zurueck-afd-politiker-holger-winterstein-posiert-bei-demonstration-auf-holocaust-denkmal-in-berlin-li.275207?fbclid=IwAROX1Wz-A6XGJyRR5Erm-Bgdij6Kt23QkXA8mHdrRPtW5FyxEs-KXz4C5QBQ> / eingesehen am 12. Oktober 2022

<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/thueringen-afd-politiker-legt-nach-pose-auf-holocaust-mahnmal-amt-nieder-a-cd91565b-302f-42e7-b745-a2d97884dc18> / eingesehen am 12. Oktober 2022

<https://www.endstation-rechts.de/news/provokation-vor-holocaust-mahnmal-freispruch-fuer-sven-liebich> / eingesehen am 21. November 2022

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Niedersachsen:
AfD-Zuwachs bei der Landtagswahl

Bei der Landtagswahl in Niedersachsen am 9. Oktober 2022 hat die AfD 10,9 % der Zweitstimmen (= 396.714 Stimmen) erzielt. Bei der Landtagswahl 2017 waren es 6,2 % (= 235.853 Stimmen).

<https://wahlen.statistik.niedersachsen.de/LW2022/> / eingesehen am 11. Oktober 2022

Bundesweit:
**„Militanter Akzelerationismus –
 Ursprung und Aktivität in
 Deutschland“**

CeMAS – Center für Monitoring, Analyse und Strategie gGmbH (Berlin) hat seinen dritten Report veröffentlicht: „Militanter Akzelerationismus – Ursprung und Aktivität in Deutschland“ ist gleichermaßen eine Zusammenfassung und ein Nachschlagewerk für die Offline- und Online-Aktivitäten militanter rechtsextremer Akzelerationisten in der Bundesrepublik. Nach einer Einführung in die Ursprünge und die Historie des internationalen rechtsextremen Akzelerationismus, bietet der Report einen Überblick über die Szene und ihre Gruppierungen in der Bundesrepublik. Rechtsextremer militanter Akzelerationismus strebt demnach danach, liberale, demokratische und kapitalistisch verfasste Gesellschaften zusammenbrechen zu lassen. Dazu sollen in diesen Gesellschaften vorhandene Widersprüche oder wahrgenommene Verfallsprozesse beschleunigt werden. Dies kann sowohl durch Manipulationsversuche öffentlicher Diskurse als auch durch terroristische Mittel erfolgen. Militanter Akzelerationismus ist ein international zu beobachtendes Phänomen und auch in der Bundesrepublik finden sich Gruppierungen und Individuen, die sich dieser rechtsterroristischen Szene zuordnen lassen. Der antisemitisch motivierte Terroranschlag in Halle mit zwei Toten und zwei Verletzten im Jahr 2019 ist dem rechtsextremen militanten Akzelerationismus zuzuordnen. Rechtsextreme militante Akzelerationisten organisieren und formieren sich vor allem in losen digitalen Netzwerken. Konstatiert wird in dem Report, dass minderjährige Täter für einen steigenden Anteil an (verhinderten) Anschlägen verantwortlich sind. Moniert wird, dass es an Forschung über den Radikalisierungsbeginn und -verlauf auf bei Jugendlichen relevanten Online-Plattformen fehlt. Gefahr droht auch von 3D-gedruckten Waffen, die seit dem Anschlag in Halle stark weiterentwickelt wurden. Diese werden immer häufiger als realistische Alternative zu herkömmlichen Waffen in der Szene besprochen, so der Report. Anfeindungen gegen LGBTIQ+ sind demnach stärker in den Fokus gerückt. Hier muss verstärkt in ihren Schutz investiert werden, so CeMAS. Der Report von CeMAS macht deutlich: Noch immer wird der digitale Raum als Radikalisierungsplattform von Sicherheitsbehörden und Politik nicht ernst genug genommen.

<https://cemas.io/publikationen/militanter-akzelerationismus/> / eingesehen am 10. Oktober 2022

Bundesweit:
**Beobachtung der Identitären
 Bewegung rechtens**

Im Prozess zwischen der Bundesregierung und der Identitären Bewegung Deutschland (IBD) hat das Verwaltungsgericht Köln am 13. Oktober die Beobachtung der rechtsextremen Bewegung durch den Verfassungsschutz bestätigt und deren Klage abgewiesen. Gerhard Vierfuß, der Anwalt der Identitären Bewegung, der auch das Landesschiedsgericht der AfD Niedersachsen leitet, versuchte die ideologischen Überzeugungen der rechtsextremen Gruppierung zu verharmlosen, konnte jedoch das Gericht nicht überzeugen. So folgte das Gericht nicht der Auffassung der IBD, dass ihr Konzept einer „ethnokulturellen Identität“ nicht im Widerspruch zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik stehe. Es gebe tatsächliche Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen, hieß es. Das Konzept der „ethnokulturellen Identität“ sei mit dem Volksbegriff des Grundgesetzes unvereinbar, der allein an die Staatsangehörigkeit anknüpfe. Darüber hinaus komme in der „massiven ausländerfeindlichen Agitation“ der Bewegung „eine Missachtung der im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte zum Ausdruck, insbesondere der Menschenwürde und des Diskriminierungsverbots“. Die Entscheidung ist noch nicht rechtskräftig. Die IBD kommentierte das Urteil mit den Worten: „Im zweistündigen Prozess wurde einmal mehr deutlich, mit welchem tief verinnerlichten, links-ideologischen Selbstverständnis Gerichte und Verfassungsschutz inzwischen operieren. So blieb es beim alten Vorwurf, dass die Identitäre Bewegung einen ethnokulturellen Volksbegriff vertrete, der gegen die Grundsätze der ‚Menschenwürde‘ im Grundgesetz verstoßen würde. Die ‚Menschenwürde‘ wird zu diesem Zweck als moralische Universalwaffe herangezogen und dabei bewusst vage und unbestimmt gehalten.“

Die Identitäre Bewegung wird seit 2016 im Verfassungsschutzbericht erwähnt und seit 2019 als „gesichert rechtsextremistisch“ eingestuft. Geistiger Vater der IB ist der in Baden-Württemberg aufgewachsene rechtsextreme Verleger Götz Kubitschek (Antaios, Institut für Staatspolitik), ein von Sachsen-Anhalt aus agierender Akteur. Bekanntester Aktivist der IB im deutschsprachigen Raum ist der Österreicher Martin Sellner. Auch im neuesten Verfassungsschutzbericht des Bundes 2021 wird die IB aufgeführt – im Kapitel über rechtsextreme Akteure der Neuen Rechten und Verdachtsfälle.

<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/rechtsextreme-identitaere-bewegung-darf-weiter-beobachtet-werden-a-4296a0d5-e3b9-4b93-9289-fdca534254a9/> / eingesehen am 16. November 2022

Homepage Identitäre Bewegung / eingesehen am 14. Oktober 2022

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Baden-Württemberg:
**Ex-Ministerpräsident Filbinger
 und seine NSDAP-Mitgliedschaft**

Neue Dokumente zeigen, dass der spätere baden-württembergische Ministerpräsident (1966 – 1978) Hans Filbinger (1913 – 2007) sich deutlich früher um eine Aufnahme in die NSDAP bemühte, als bisher bekannt. Bislang war bekannt, dass Filbinger am 22. Juli 1933 dem Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund beitrug, aber erst 1937 der NSDAP. Die offenbar vollständig erhaltene Akte zur ersten juristischen Staatsprüfung, digitalisiert im Hauptstaatsarchiv Stuttgart, dokumentiert, dass Filbinger seit dem 1. Juni 1933 der SA angehörte und die Aufnahmeerklärung für die NSDAP samt Gebühr ebenfalls bereits zu diesem Datum abgegeben hat. Bislang war nur ein Aufnahmeantrag von 1937 bekannt. Ergänzend sei darauf hingewiesen, dass beim Generallandesarchiv Karlsruhe eine Personenakte des NS-Rechtswahrerbunds (NSRB) zu Filbinger archiviert ist. Diese Akte kann online eingesehen werden: <https://www2.landesarchiv-bw.de/ofs21/olf/struktur.php?bestand=14115&sprungId=8905258&letztesLimit=suchen>

Filbinger war 1978 als Ministerpräsident zurückgetreten, als bekannt geworden war, dass er am Ende der NS-Diktatur als Marinerichter an Todesurteilen gegen deutsche Soldaten beteiligt war. Sein Handeln als Kriegsrichter kommentierte Filbinger, nachdem seine Vergangenheit ruchbar geworden war, mit den Worten: „Was damals Rechtens war, kann heute nicht Unrecht sein.“ Auf Initiative von Filbinger wurde im September 1979 das Studienzentrum Weikersheim zur „geistig-moralischen Erneuerung“ als Antwort auf die sogenannte Kulturrevolution der 1968er und dem Einfluss der Kritischen Theorie der Frankfurter Schule gegründet. Als Ideologiezentrum am Rande der Union wollte man diese neu als „christlich-nationale-konservative“ Partei profilieren. Skandale und die Auftritte von Rechtsextremisten haben schon vor Jahren zum Bedeutungsverlust des Studienzentrums Weikersheim als „Denkfabrik“ der Christdemokraten geführt. Im Mai 2007 trat der damalige baden-württembergische Ministerpräsident Günther Oettinger aus dem Studienzentrum Weikersheim aus. Zuvor hatte er bereits seine Mitgliedschaft nach Berichten über Verbindungen des Vereins zu einzelnen Rechtsextremisten ruhen lassen.

<https://www.juedische-allgemeine.de/politik/bericht-filbinger-wollte-schon-1933-nsdap-mitglied-werden/>
 / eingesehen am 21. Februar 2023

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Baden-Württemberg:
**Fachtagung der Dokumentations-
 stelle Rechtsextremismus:
 „Rechtsextremismus in
 Baden-Württemberg“**

Die Dokumentationsstelle Rechtsextremismus führte am 14. Oktober die Fachtagung „Rechtsextremismus in Baden-Württemberg“ durch. Fachjournalisten informierten über aktuelle Bestrebungen der rechtsextremen Szene. Dem Referatsreigen schloss sich eine Diskussionsrunde mit Mitgliedern des parlamentarischen Kontrollgremiums des Landtags an.

Eingang der Tagung führte Gerald Maier, Präsident des Landesarchivs Baden-Württemberg, aus: „Wir freuen uns, dass die Dokumentationsstelle Rechtsextremismus mit der Tagung ein Forum für den Austausch und das Gespräch zwischen Menschen und Einrichtungen schafft, die sich aus ganz verschiedenen Perspektiven mit rechtem Gedankengut und der Bedrohung unseres freiheitlich-demokratischen Gemeinwesens beschäftigen. Wir schließen mit der heutigen Tagung an das Symposium vom Januar 2021 an, das sich mit Rechtsextremismus in Deutschland, also in der gesamten Bundesrepublik beschäftigt hat, während wir heute Baden-Württemberg in den Blick nehmen.“

„Baden-Württemberg ist in Sachen Rechtsextremismus keine Insel der Glückseligen“, mahnte Wolfgang Zimmermann, Leiter des Generallandesarchivs Karlsruhe, zu Beginn der Tagung. Die rechtsextreme Szene werde seit dem Flüchtlingszustrom im Jahr 2015 wieder lauter. Im Osten mehr als im Westen zwar, aber auch in der baden-württembergischen AfD-Landtagsfraktion habe es Politiker wie Heinrich Fiechtner, Stefan Räßle oder Wolfgang Gedeon gegeben, so Zimmermann.

Der NDR-Journalist Julian Feldmann informierte über die sogenannten Ludendorffer, den Bund für Gotterkenntnis, der aus ihm unerfindlichen Gründen nicht im Verfassungsschutzbericht des Landes aufgeführt ist. Dies gilt auch für die rechtsextreme Pseudogewerkschaft Zentrum Automobil (seit 2022 Bezeichnung: Zentrum). Das Zentrum stellt den Versuch dar, eine rechtsextreme Arbeiternehmervertretung zu bilden und sich als vermeintliche Alternative zum DGB zu gerieren, so der Referent Lucius Teidelbaum in seinem Tagungsbeitrag. Die Redakteurin der KONTEXT- Wochenzeitung Anna Hunger befasste sich mit dem in Rottenburg/Neckar ansässigen Kopp Verlag. Laut Hunger handelt es sich bei Kopp um „den größten rechten Verlag in Deutschland“. Auch der Kopp Verlag wird nicht im Verfassungsschutzbericht erwähnt. Über die neonazistische Musikszene informierte Timo Büchner, der für die Amadeu Antonio Stiftung und für die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg tätig ist. „Rechtsrock ist Teil einer extrem rechten Lebenswelt“, stellte Büchner fest. In der Geschichte des Landtags von Baden-Württemberg bisher einzigartig, fanden sich Vertreter des Parlamentarischen Kontrollgremiums (PKGr) erstmals außerhalb des Landtags öffentlich sichtbar ein, moderiert von der Journalistin und KONTEXT-Autorin Johanna Henkel-Waidhofer.

Thüringen / Bundesweit:
**Rechtsextremist neuer Bundes-
 vorsitzender der AfD-Jugend**

Der vom Militärischen Abschirmdienst (MAD) als Extremist eingestufte 31-jährige AfD-Bundestagsabgeordnete Hannes Gnauck aus Brandenburg ist am 15. Oktober auf dem zweitägigen Bundeskongress der AfD-Jugendorganisation Junge Alternative (JA) im thüringischen Apolda zum Nachfolger von Carlo Clemens, der nicht wieder antrat, gewählt worden. Die JA zitierte den neuen Bundesvorsitzenden Gnauck mit den Worten „Wenn ihr Führung wollt, dann bin ich euer Mann!“ Er sei ein „schneidiger Unteroffizier“ für die Führung der patriotischen Jugend Deutschlands. Gnauck war mehrere Jahre Zeitsoldat und nach eigenen Angaben im Afghanistan-Einsatz. Der Politiker spendet regelmäßig Teile seiner Diäten an AfD-Vorfeldorganisationen wie das neurechte Kampagnennetzwerk Ein Prozent oder das Filmkunstkollektiv des identitären Aktivisten Simon Kaupert. Ein Prozent war neben weiteren Projekten der „patriotischen Zivilgesellschaft“ wie Die Kehre, Compact, Zuerst!, die Verlage Antaios und Jungeuropa, mit Ständen vor Ort beim JA-Bundeskongress vertreten. Auf Twitter verkündete die JA: „Als Parteijugend des Widerstands sind wir Teil eines größeren Mosaiks. Wir sind stolz, dass viele Vertreter, von Verlagen über Medien bis zu Bürgerinitiativen auf unserem Kongress anwesend sind!“ Aus Baden-Württemberg ist – wie zuvor – Jochen Lobstedt im JA-Bundesvorstand vertreten. Er wird die Funktion des Bundesschriftführers übernehmen. Lobstedt ist Unterzeichner des aus Kreisen der rechtsextremen AfD-Politikerin Christina Baum initiierten „Stuttgarter Aufrufs“. Dieser wurde am 28. Oktober 2018 als Reaktion auf die zunehmende Zahl an Ordnungs- und Ausschlussverfahren innerhalb der AfD veröffentlicht. Dort heißt es: „Waren [...] die Ausschlussverfahren, die unter dem System Lucke stark zugenommen hatten, ins Stocken geraten und viele auch eingestellt worden, so müssen wir heute beobachten, dass in vielen Landesverbänden und durch den Bundesvorstand öffentlich, manchmal aber auch still und heimlich, wieder zahlreiche Ordnungs- und Ausschlussverfahren eingeleitet wurden oder in Vorbereitung sind. [...] Wir widersetzen uns allen Denk- und Sprechverboten innerhalb der Partei und zeigen allen Vorständen die rote Karte, die sich an Machenschaften beteiligen, den Mitgliedern ihr Recht auf das freie Wort und eine eigenständige Analyse der politischen Zustände zu nehmen. Es gibt nur eine rote Linie: das Grundgesetz und das Strafgesetzbuch.“

Gast des JA-Bundeskongresses war u.a. der Rechtsextremist Björn Höcke. Am Rande des Bundeskongresses erklärte Höcke im Gespräch mit dem österreichischen Info-DIREKT (Untertitel: „Das Magazin für Patrioten“), welche Aufgabe die Parteijugend hat: „Einen Dienst den die Jugendorganisation uns als Mutterpartei leisten kann, ist es, uns immer mal wieder kräftig, auf Luther-Deutsch gesprochen, in den Hintern zu treten, damit wir lebendig bleiben!“ Höcke betonte: „Der Kampf, den wir kämpfen, um die Existenz unserer Nation und Europas wird nicht in den Parlamenten entschieden, der wird auf der Straße entschieden.“ Hinsichtlich des Verfassungsschutzes führte Höcke aus: „Der sogenannte Verfassungsschutz ist ein Regierungsschutz, der die Regierung vor der Verfassung schützt!“

Am 19. Oktober nahm Höcke auf seinem Facebook-Account Bezug zum JA-Bundeskongress und fand lobende Worte für die Nachwuchsorganisation: „Als ich am vergangenen Wochenende auf dem Bundeskongress der Jungen Alternative im thüringischen Apolda ein Grußwort hielt, erinnerte ich die patriotische Jugend daran, daß vor der politischen die kulturelle Machtfrage gestellt und beantwortet werden muß. [...] Und ich appellierte, daß jeder junge Aktivist sich gegen den links-liberalen Zeitgeist und für eine menschenwürdige Alternative selbst in den Stoff stellen müsse. Mir wurde allerdings bei einem Rundgang schnell klar, daß ich Eulen nach Athen getragen hatte, denn dieses Bewußtsein wurde in Apolda bereits gelebt. Das konnte man wunderbar an den zahlreichen Ständen ablesen, die im Veranstaltungsraum und im Foyer dicht gedrängt aufgebaut waren – das politische Vorfeld präsentierte sich und seinen Beitrag zum oben erwähnten Kulturkampf in beeindruckender Art und Weise. Ein herzliches Dankeschön an alle, die diesen Marktplatz der Ideen möglich gemacht haben!“ Die JA wird vom Verfassungsschutz als rechtsextremer Verdachtsfall geführt.

*<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2022-10/hannes-gnauck-junge-alternative-afd/>
 eingesehen am 16. Oktober 2022*

Info-DIREKT / eingesehen am 20. Oktober 2022

Facebookprofil Björn Höcke / eingesehen am 19. Oktober 2022

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Baden-Württemberg:
Demonstration in Stuttgart

Mehr als tausend Anhänger der Querdenker-Bewegung und des einstigen CDU-Politikers Jürgen Todenhöfer haben am 16. Oktober in Stuttgart unter dem Motto „Politik und Medien Hand in Hand – Das schadet unserem Land“ demonstriert. „Diese Regierung muss weg“, sagte Todenhöfer.

Der langjährige CDU-Bundestagsabgeordnete trat 2020 aus der CDU aus und gründete seine eigene Kleinstpartei namens Team Todenhöfer. Aufgerufen zu der Demo hatte eine „Privatperson“. Redner in Stuttgart war auch Wolfgang Kochanek, ein Unternehmer aus Neustadt an der Weinstraße. Kochanek ist der Auffassung, dass die Presse „einfach das gekaufte Sprachrohr der Politik“ ist. Im Interview mit der verschwörungstheoretischen Plattform klagemauer-TV des Schweizer Sektenpredigers Ivo Sasek gab Kochanek kund, dass er bis zum Januar 2022 „mehr oder weniger völlig unpolitisch“ gewesen sei: „Aber irgendwann kommt halt mal der Punkt, da muss man aufstehen, da muss man Flagge zeigen, damit dieses Land nicht weiter den Bach runter geht.“

<https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.protest-in-stuttgart-demonstranten-fordern-ruecktritt-der-bundesregierung.01fe7e8a-1b17-41a5-87d8-40c2cd88ef4c.html> / eingesehen am 1. Februar 2023

Homepage klagemauer-TV / eingesehen am 19. Oktober 2022

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Baden-Württemberg:
NPD-Jugendorganisation und Sturmvogel – Deutscher Jugendbund im Ludendorff-Jugendheim

Mehr als 30 Aktivisten der NPD-Jugendorganisation Junge Nationalisten (JN) haben sich unter konspirativen Umständen in Herboldshausen bei Kirchberg im Landkreis Schwäbisch Hall im sogenannten Jugendheim Hohenlohe getroffen – betrieben vom rechtsextremen Bund für Gott-erkenntnis (Ludendorffer). Vom 14. bis 16. Oktober 2022 nutzten die JN die Räume, um einen „Gemeinschaftstag Süd“ durchzuführen. Während des „Gemeinschaftstages“ wurde auch die Gründung des JN-„Stützpunktes Baden-Württemberg“ vollzogen. Unter den Teilnehmern war der seit April 2022 amtierende JN-Bundesvorsitzende Sebastian Weigler aus Braunschweig (Niedersachsen).

Vor Ort im Jugendheim Hohenlohe, vom 27. Dezember 2022 bis 1. Januar 2023, war auch der rechtsextreme Sturmvogel – Deutscher Jugendbund, der ein geheimes Winterlager abhielt. Kinder und Jugendliche trugen Fackeln, Fahnen und Uniformen mit schwarz-weiß-roten Abzeichen. In der Szene-Immobilie der Ludendorffer hat es 2022 etwa ein Dutzend Treffen einschlägiger Organisationen gegeben.

<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/heilbronn/npd-jugendorganisation-rechtsextremisten-nationalisten-baden-wuerttemberg-kirchberg-an-der-jagst-100.html> / eingesehen am 4. November 2022

<https://www.belltower.news/junge-nationalisten-neonazi-nachwuchs-gruendet-stuetzpunkt-im-suedwesten-142071/> / eingesehen am 8. Januar 2023

<https://www.belltower.news/rechtsextreme-propaganda-wenn-der-sturmvogel-singt-145095/> / eingesehen am 8. Januar 2023

Baden-Württemberg:
„Ein Leben für Recht und Republik. Ludwig Marum 1882 – 1934“. Ausstellung im Generallandesarchiv Karlsruhe

Am 20. Oktober wurde im Generallandesarchiv Karlsruhe die Ausstellung „Ein Leben für Recht und Republik. Ludwig Marum 1882 – 1934“ eröffnet. Ludwig Marum gehörte 1918/19 zu den Wegbereitern der parlamentarischen Demokratie in Baden. Der Politiker zählt zu den beeindruckenden Persönlichkeiten der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung. Er förderte die Demokratisierung Deutschlands und setzte sich für soziale Gerechtigkeit und religiöse Toleranz ein. Marum, der dem Judentum entstammt, wirkte zunächst als badischer Politiker, später als Mitglied des Reichstags vom Kaiserreich bis zum Ende der Weimarer Republik. Sein wichtigstes politisches Anliegen war die Verteidigung der jungen Demokratie von Weimar. Schon früh bekämpfte er die Nationalsozialisten. Unter den prominenten Hitler-Gegnern war er einer der ersten, der dem NS-Terror zum Opfer fällt. Am 10. März 1933 wurde Ludwig Marum unter Missachtung der parlamentarischen Immunität als Reichstagsabgeordneter verhaftet und am 16. Mai zusammen mit sechs weiteren sozialdemokratischen Politikern aus Baden als sogenannter Schutzhäftling in einer von den Nationalsozialisten initiierten „Schaufahrt“ durch Karlsruhe in das seit wenigen Wochen zum Konzentrationslager umfunktionierte ehemalige Gefängnis Kislau transportiert. Am 29. März 1934 wurde er dort ermordet. Marum zählt somit zu den frühen Opfern des NS-Antisemitismus.

Die Biografie Ludwig Marums sowie das Exil und die Lebenswege seiner Angehörigen zeigen exemplarisch eine deutsch-jüdische Familiengeschichte, die als „Mikrokosmos des 20. Jahrhunderts“ gelten kann. Hervorgehoben wird in der Ausstellung auch die Rolle von Johanna Marum, der Ehefrau

>>>

von Ludwig Marum. Sie stand nicht nur die Schreckenszeit der Verfolgung an der Seite ihres Mannes durch, sondern auch beruflich und politisch ihre Frau, bis hin zur Organisation und Rede anlässlich von Ludwigs Beerdigung, die sich trotz NS-Verbotes zu einer letzten, demokratischen Demonstration auswuchs.

Der Vizepräsident des Landesarchivs Baden-Württemberg, Clemens Rehm, zugleich Mitglied des Kuratorenteams der Ausstellung, fand – am Eröffnungstag der Ausstellung – die treffenden Worte als er unter dem Motto „Ludwig Marum – Erinnerung als Chance“ sagte: „Ludwig Marum hat gestaltet und bei näherer Betrachtung spiegeln sich in seinem Leben die Optionen und Hoffnungen der ersten deutschen Demokratie. So steht sein Leben und Sterben auch für das tragische – aber keinesfalls unausweichliche – Ende der Weimarer Republik.“ Rehm betonte in seiner Rede, dass „unsere demokratische Gesellschaft in Deutschland nach 1945 kein reiner Import der Siegermächte gewesen“ ist. Denn: „Deutschland wurde von Menschen wie Theodor Heuß und Kurt Schumacher mitgestaltet, die aus der Weimarer Zeit demokratische Werte und Erfahrungen einbringen konnten. Zu diesen Gestaltern in der ersten Reihe hätte auch Ludwig Marum gehört – die Zeit dafür ist ihm genommen worden.“ Grußworte überbrachte Daniel Born, stellvertretender Präsident des Landtags von Baden-Württemberg. Born schlug einen Bogen vom Einsatz für Recht und Demokratie durch Persönlichkeiten in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts zum Freiheitskampf des iranischen Volkes gegen eine barbarische Theokratie zu Beginn des 21. Jahrhunderts.

Gewürdigt wird das Ehepaar Marum auch im 1. Bericht des Beauftragten der Landesregierung Baden-Württemberg gegen Antisemitismus. Michael Blume schreibt: „Gedenken braucht die lebendige Übertragung der Geschichte in die Gegenwart. Mutige Vorbilder für Zivilcourage und Widerstand, die in der eigenen Region gelebt und gewirkt haben, können genau solche Verbindungen zwischen gestern und heute schaffen. In der Landesgeschichte gibt es einige solcher Vorbilder, die lokal bekannt sind, landesweit jedoch in Vergessenheit gerieten. Der aus einer jüdischen Familie stammende badische Demokrat Ludwig Marum und seine Ehefrau Johanna Marum sind hier in besonderer Weise zu nennen.“ Der Beauftragte empfiehlt daher, die landesgeschichtliche Erinnerung an Vorreiter der Demokratie zu stärken; die Anerkennung von Ludwig und Johanna Marum (Baden) als Mitbegründer und Verteidiger der Demokratie unseres Landes neben Eugen Bolz (Württemberg), konkret:

- durch die Einrichtung einer im zweijährigen Turnus zu vergebenden Gedenkrede im Landtag zu Ehren von Ludwig und Johanna Marum,
- die Widmung eines Raumes im Stuttgarter Landtag an Ludwig und Johanna Marum,
- die Beauftragung eines digitalen Film- und Buchprojektes, das die Geschichte von Ludwig und Johanna Marum sowie ihrer Familie der Öffentlichkeit zugänglich macht.

Die Begleitpublikation zur Ausstellung kann bei der Gedenkstätte Deutscher Widerstand erworben werden: Ein Leben für Recht und Republik. Ludwig Marum 1882 – 1934. Begleitband zur Ausstellung der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, des Landesarchivs Baden-Württemberg und des Forums Ludwig Marum e.V., Berlin 2018, 194 Seiten. zahlreiche Fotos, Schutzgebühr: 5,- € + Porto: <https://www.gdw-berlin.de/angebote/publikationen/kataloge-zu-sonderausstellungen/>

1. Bericht des Beauftragten der Landesregierung Baden-Württemberg gegen Antisemitismus. Mit einem Überblick über den Sachstand und Empfehlungen zur Bekämpfung des Antisemitismus: https://stm.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/dateien/PDF/201015_StM_Bericht_Beauftragter_gegen_Antisemitismus_BW_2019.pdf / eingesehen am 15. Januar 2023

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Landau / Rheinland-Pfalz:
**Gurs-Mahnmal am Gedenktag
 besudelt**

Vermutlich in der Nacht zum 22. Oktober ist das Gurs-Mahnmal im rheinland-pfälzischen Landau mit einem Hakenkreuz und einem rassistischen Schimpfwort beschmiert worden. Am 22. und 23. Oktober 1940 wurden Tausende Jüdinnen und Juden aus Baden und der „Saarpfalz“ in den unbesetzten Teil Frankreichs in das Lager Gurs, am Fuße der Pyrenäen, im Herzen des heutigen Departements Pyrénées-Atlantiques, deportiert. Gurs hatte im Verlauf seiner Geschichte verschiedene Funktionen: Es war Flüchtlings-, Internierungs-, Durchgangs- und Konzentrationslager. In Landau erinnert eine Gedenktafel aus Gleisen und einer Namenstafel an die Vorgänge.

https://www.rheinpfalz.de/lokal/landau_artikel,-gurs-mahnmal-am-gedenktag-beschmiert-arid,5421555.html / eingesehen am 24. Oktober 2022

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Baden-Württemberg:
„Nationale Streife“ in Reutlingen

Der „Stützpunkt Württemberg“ der Kleinstpartei Der III. Weg hat am 22. Oktober in Reutlingen eine sogenannte „nationale Streife“ durchgeführt. Reutlingen „verkommt“, so die Neonazis, „wie viele Städte unserer Heimat, zu einem Hort der Ausländergewalt.“ Zudem wurden Flugblätter verteilt. Auch in Zukunft, so die Ankündigung der Neonazis, „werden sich unsere Streiter in Reutlingen und Region gegen die ausufernde Ausländerkriminalität engagieren.“ Der III. Weg steht Eigen-darstellung zufolge für das Motto „Erst unser Volk, dann die Welt“.

Homepage Der III. Weg / eingesehen am 25. Oktober 2022

Bundesweit:
Vor 70 Jahren hat das Bundesver-fassungsgericht die Sozialistische Reichspartei (SRP) verboten

Am 23. Oktober 1952 entschied das Bundesverfassungsgericht, dass die republikfeindliche Sozialis-tische Reichspartei (SRP), eine Nachfolgeorganisation der NSDAP, verfassungswidrig sei und löste diese auf. Die Bildung von Ersatzorganisationen wurde verboten, sämtliche errungenen Parlaments-mandate wurden ersatzlos gestrichen. Die SRP hatte bei der Landtagswahl in Niedersachsen im Mai 1951 11,0 % der Stimmen und 16 Sitze, darunter vier Direktmandate in Wahlkreisen, erzielt. Im Oktober 1951 hatte die ca. 10.000 Mitglieder starke Partei bei der Bürgerschaftswahl in Bremen 7,7 % der Stimmen und damit acht Mandate gewonnen. Bekanntester Redner der SRP war General-major a.D. Otto Ernst Remer, der als Kommandeur des Wachbataillons Großdeutschland in Berlin an der Niederschlagung des Staatsstreiches am 20. Juli 1944 beteiligt war. Der später mehrfach wegen Volksverhetzung und Holocaust-Leugnung verurteilte Remer starb im Oktober 1997 in seinem Fluchtland Spanien.

Mit dem Verbot der SRP wurde erstmals in der jungen Geschichte der Bundesrepublik Deutschland eine Partei nach Art. 21 Abs. 2 des Grundgesetzes verboten. „Parteien“, heißt es da, „die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen [...], sind verfassungswidrig.“ Das Bundes-verfassungsgericht sah in der SRP eine Nachfolgeorganisation der NSDAP, die die Menschenrechte missachte, den Antisemitismus wiederbelebe und die Demokratie bekämpfe. Der SRP wird in der Verbotsbegründung nachgewiesen, dass sie bei der politischen Werbung und Rekrutierung von Funktionären ehemalige aktive Nationalsozialisten besonders gern und bevorzugt aufgenommen hat, um als organisatorisches Sammelbecken die Ideen der NS-Zeit wiederzubeleben. Die SRP war in der Geschichte der Bundesrepublik der einzige Versuch der Hitler-Generation, die Ideologie des Nationalsozialismus unverblümt parteiförmig wiederzubeleben. Nach dem Verbot fielen die Mandate der SRP-Abgeordneten ersatzlos fort, das Vermögen wurde eingezogen. Solange verfassungsfeind-liche Organisationen (noch) nicht verboten sind, können sie sich im Rahmen der geltenden Gesetze frei betätigen.

<https://opiniojuris.de/entscheidung/783> / eingesehen am 23. Oktober 2022

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Sachsen-Anhalt:
Politisches Oktoberfest

Auf dem Gelände des Rittergutes Nöbeditz im sachsen-anhaltinischen Stößen (Burgenlandkreis) fand vom 21. bis 23. Oktober ein „politisches Oktoberfest“ statt. Nach dem Sommerfest des Compact-Magazins war es innerhalb kürzester Zeit bereits die zweite Veranstaltung bei André Poggenburg, ehemals AfD-Landtagsabgeordneter und heute presserechtlich Verantwortlicher des Blogs Un-geprübt Media. Eröffnet wurde das „Fest“ mit einer Diskussionsrunde zur geplanten Compact-Kampagne „Ami go Home!“. Als Redner waren neben Gastgeber Poggenburg, unter anderem der Bundestagsabgeordnete Robert Farle (mit Ablauf des 8. September 2022 aus der AfD-Bundestags-fraktion ausgeschieden), Markus Beisicht (Aufbruch Leverkusen), Ulrike Böhlke (Freie Sachsen), Frank Haußner (Patrioten Ostthüringen), Jürgen Elsässer (Chefredakteur Compact-Magazin), Doris von Sayn-Wittgenstein (Ex-AfD-MdL), Björn Clemens (Ex-REP-Bundesvize) sowie Vertreter von verschiedenen „Bürgerinitiativen“ zugegen.

Ungeprübt Media / eingesehen am 23. Oktober 2022

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Berlin / Bundesweit:
**Bundespräsident Steinmeier:
 „Diskriminierung von Roma muss
 aufhören“**

Die alltägliche Diskriminierung von Roma und Romnja müsse aufhören, sagte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier anlässlich des zehnten Jahrestages des Denkmals für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma Europas. Das Denkmal befindet sich in der Nähe des Reichstagsgebäudes und des Brandenburger Tors. „Wir dürfen nicht zulassen, dass Ängste und Sorgen in der Gesellschaft dazu genutzt werden, Hass gegen Minderheiten zu schüren“, so der Bundespräsident am 24. Oktober. „Auch das gehört zur besonderen historischen Verantwortung unseres Landes“. Steinmeier erinnerte auch an „die Missachtung, die deutsche Sinti und Roma nach Kriegsende auch in der Bundesrepublik erfuhren“. Viele Überlebende hätten das als „zweite Verfolgung“ empfunden. Auch habe es viel zu lang gedauert, bis die an den Roma begangenen Verbrechen als Völkermord anerkannt wurden. „Für viele kamen Entschädigungen zu spät.“ Das Mahnmal erinnert an die etwa 500.000 während der NS-Zeit ermordeten Sinti und Roma. 1982 benannte der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) dies als Völkermord, 1992 beschloss die Bundesregierung die Errichtung eines nationalen Denkmals in Erinnerung an die Ermordung dieser Verfolgten.

<https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/sinti-roma-steinmeier-diskriminierung-101.html> /
 eingesehen am 24. Oktober 2022

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Bayern:
**Verurteilung wegen
 „Hängt die Grünen“-Plakaten**

Der bayerische Neonazi Karl-Heinz Statzberger wurde am 25. Oktober vom Münchener Amtsgericht wegen Volksverhetzung und Aufforderung zum Totschlag zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Bewährung gab es aufgrund seiner einschlägigen Vorstrafen nicht. Gegenstand der Verhandlung waren Wahlplakate zur Bundestagswahl im September 2021. Diese Plakate trugen den Schriftzug „Hängt die Grünen!“ und waren unter anderem vor dem ehemaligen Parteibüro der Grünen und in der Nähe der Synagoge am Sankt-Jakobs-Platz angebracht worden. Der 42-jährige Statzberger, ehemaliger Rechtsterrorist und Spitzenkandidat in Bayern der Neonazi-Partei Der III. Weg, soll über 25 „Hängt die Grünen“-Plakate in München angebracht haben. Ebenfalls verurteilt wurde der ehemalige Vorsitzende der Partei, Klaus Dieter Armstropp, der als Verantwortlicher auf den Plakaten stand. Aufgrund seines bislang leeren Vorstrafenregisters wurde der 65-jährige Armstropp lediglich zu einer Geldstrafe von 7.000,- Euro verurteilt. Verteidigt wurde Armstropp von der baden-württembergischen Szeneanwältin Nicole Schneiders. Der Verteidiger von Statzberger, der Szeneanwalt Andreas Wölfel, hat angekündigt, Rechtsmittel einzulegen. Während des Bundestagswahlkampfes waren die Plakate ebenfalls in Sachsen aufgetaucht. Das Verwaltungsgericht Chemnitz hatte dort jedoch festgelegt, dass die Plakate in Zwickau zunächst hängen bleiben durften. Das Sächsische Obergerverwaltungsgericht hatte schließlich die Entfernung der Plakate entschieden.

<https://www.sueddeutsche.de/muenchen/muenchen-neonazi-amtsgericht-haengt-die-gruenen-plakate-1.5683512> /
 eingesehen am 26. Oktober 2022

<https://www.endstation-rechts.de/news/haengt-die-gruenen-funktionaere-des-dritten-weg-verurteilt/>
 eingesehen am 26. Oktober 2022

<https://www.abendzeitung-muenchen.de/muenchen/halbes-jahr-gefaengnis-urteil-im-prozess-um-neonazi-wahlplakate-in-muenchen-art-853437> /
 eingesehen am 26. Oktober 2022

Bayern:
**AfD empfing Grünen-Bundes-
 vorsitzende Ricarda Lang mit
 einem Sarg**

Am 28. Oktober 2022 besuchte die Grünen-Bundesvorsitzende Ricarda Lang (MdB) einer Einladung der Grünen-Landtagsabgeordneten Ursula Sowa folgend, die Stadt Bamberg – die dortige AfD begrüßte sie „gebührend“ mit einem Sarg. Über den Grund für die Aktion gab der Hufschmied Florian Köhler, stellvertretender Vorsitzender der AfD Oberfranken, auf Facebook kund: „Mit Ihrer Politik trägt sie und ihre Partei Deutschland sprichwörtlich zu Grabe! Die Politik dieser politischen Blendgranaten ist eine Gefahr für unsere Heimat und jeden Menschen mit Verstand!“ Köhler, seit 2014 AfD-Mitglied, weiter: „Angefangen bei einer irren Klimapolitik, dem Ausverkauf Deutschlands an die Chinesen, über die Frühsexualisierung unserer Kinder in Schulen und Kindergärten und nicht zuletzt der Unterstützung und Duldung von illegalen Migranten. Ich könnte noch so viel mehr aufzählen. Opfer dieser Politik sind tagtäglich die Bürger unseres Landes.“

<https://www.facebook.com/FloKoeblerAfD/> / eingesehen am 29. Oktober 2022

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Bayern:
**Der III. Weg eröffnet viertes
 Partei- und Bürgerbüro**

Die neonazistische Kleinstpartei Der III. Weg eröffnete am 29. Oktober in Schweinfurt ein Partei- und Bürgerbüro und veranstaltete anlässlich der Eröffnung ein „Bürgerfest“. Vor Ort waren auch der Bundesvorsitzende Matthias Fischer und die Vorsitzende des Landesverbandes Bayern, Jasmin Eisenhardt. Das Büro soll Eigenangaben zufolge für Bürgersprechstunden, politische Veranstaltungen und soziale Projekte genutzt werden. Die Parteiangebote erfolgen unter dem Motto „Hilfe für Deutsche“, schließen Personen mit Migrationsbiografie aus, dokumentieren somit die rechts-extreme Ausrichtung der Partei und zeigen auch durch den Leitsatz „Erst unser Volk, dann all die anderen“ die fremdenfeindliche Ausrichtung der Partei. Mit dem Objekt in Schweinfurt eröffnet Der III. Weg sein erstes Bürgerbüro in Bayern und damit das vierte im Bundesgebiet. Die Bürgerbüros des III. Weg dienen als Anlaufstelle ihrer Anhängerschaft und werden für vorgeblich wohltätige Aktionen und Projekte genutzt. So unterhält der III. Weg auch in den anderen Parteibüros eine Kleiderkammer und eine „Tiertafel“.

Homepage Der III. Weg / eingesehen am 29. Oktober 2022

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Berlin:
**JA-Kundgebung gegen Kita-
 projekt der Schwulenberatung**

Die Junge Alternative (JA) veranstaltete am 29. Oktober 2022 unter dem Motto „Pädo-Kita verhindern!“ eine Protest-Kundgebung gegen ein geplantes Kitaprojekt der Schwulenberatung Berlin. Martin Kohler, Landesvorsitzender der JA Berlin, sagte dazu: „Wir stellen uns gegen jegliche Versuche, Pädophilie zu normalisieren.“ Vor Ort fanden sich ca. 40 Protestler ein, darunter die stellvertretende Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion Beatrix von Storch.

Die Kita will nach Darstellung der Schwulenberatung Kindern ein „unbeschwertes und angenehmes Umfeld“ bieten, in dem Vorurteile gegenüber LGBTQI+ Personen abgebaut werden sollen. Die Erzieherinnen und Erzieher werden teilweise selbst der queeren Community angehören. Die Kita ist dabei „nur“ ein Teil des Projektes „Lebensorts Vielfalt am Südkreuz“, zu dem unter anderem 69 Wohnungen, eine Pflege-Wohngemeinschaft, eine therapeutische Wohngemeinschaft, Büroräume und Gastronomie gehören. Beim Protest in Berlin-Schöneberg wurde auf die bekannten queerefeindlichen Narrative zurückgegriffen, die schwulen und trans Menschen pädophile Neigungen unterstellen.

<https://www.jfda.de/post/ja-kundgebung-gegen-kitaprojekt> / eingesehen am 30. Oktober 2022

<https://www.siegessaule.de/magazin/kita-der-schwulenberatung-mehr-als-nur-die-heterowelt/> / eingesehen am 2. Februar 2023

<https://schwulenberatungberlin.de/angebote/lebensort-vielfalt-am-suedkreuz/> /eingesehen am 2. Februar 2023

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Bundesweit:
**Demonstrationen im
 Zusammenhang mit der Energie-
 und Klimapolitik sowie mit Bezug
 zu Corona-Maßnahmen und zum
 Ukraine-Krieg**

Zwischen Ende August und Ende Oktober haben mehr als 4.400 Demonstrationen im Zusammenhang mit der Energie- und Klimapolitik sowie mit Bezug zu Corona-Maßnahmen und zum Ukraine-Krieg stattgefunden, so Angaben der Bundesländer. Pro Woche sind mehr als 100.000 Menschen auf die Straße gegangen. Grundlage für die Auswertung sind Angaben aus 14 Ländern für den Zeitraum vom 29. August bis 23. Oktober 2022. Die Zahlen zeigen deutliche Schwerpunkte im Osten. In Sachsen wurden die meisten Teilnehmer bei Versammlungen gezählt. Umgerechnet auf ihre Einwohnerzahl, demonstrierten in jedem ostdeutschen Land mehr Menschen als in den westlichen Bundesländern. Den bisherigen Höhepunkt der Proteste registrierte die Polizei in der Woche ab dem 3. Oktober, in ihr wurden mehr als 140.000 Menschen auf Demonstrationen gezählt. An jenem Samstag fand auch die größte Kundgebung im Beobachtungszeitraum statt: Im Berliner Regierungsviertel protestierten einem Aufruf der AfD folgend 10.000 Menschen.

Die Innenminister mehrerer ostdeutscher Bundesländer haben vor der Vereinnahmung aktueller Proteste durch Rechtsextreme gewarnt. Thüringens Innenminister Georg Maier (SPD) zufolge steckten „oftmals Neonazis, ‚Reichsbürger‘, Querdenker oder aber auch Mitglieder der AfD“ hinter der Mobilisierung für die Demonstrationen. „Diese Kräfte wollen der Bevölkerung noch größere Angst einjagen“, sagte er. Ihnen gehe es „nicht um legitimen Protest gegen höhere Energiepreise, sondern darum, die Regierung und unsere Demokratie verächtlich zu machen“.

<https://www.tagesschau.de/inland/extremisten-bei-demonstrationen-101.html> / einges. am 6. Nov. 2022

<https://www.welt.de/politik/deutschland/article241978407/Krisenprotest-Mehr-als-100-000-Demonstranten-in-jeder-Woche.html> / eingesehen am 6. November 2022

Bundesweit:
**Bundestagsbeschluss: Aus-
 weitung der Volksverhetzung**

Wer Völkermord oder Kriegsverbrechen öffentlich „gröblich“ verharmlost oder leugnet, dem drohen künftig bis zu drei Jahre Haft oder Geldstrafe wegen Volksverhetzung. Damit geht der Gesetzgeber weg vom ausschließlichen Bezug zur Zeit des Nationalsozialismus. Stattdessen richtet er den Fokus auch auf andere Weltregionen – wie die Massaker im heutigen Namibia in den Jahren 1904 bis 1908 oder den türkischen Völkermord an den Armeniern in den Jahren 1915 und 1916. Die Ausweitung, den neuen Absatz 5, von § 130 Strafgesetzbuch (StGB) beschloss der Bundestag am 20. Oktober 2022. Die bisherige Regelung der Volksverhetzung stellt in ihrem Absatz 3 bisher unter Strafe, wenn jemand eine unter der Herrschaft des Nationalsozialismus begangene Handlung nach § 6 Abs. 1 des Völkerstrafgesetzbuches – insbesondere Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen –, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören, öffentlich oder in einer Versammlung billigt, leugnet oder verharmlost. Damit waren bislang entsprechende Verhaltensweisen nur strafbar, wenn sie sich auf Verbrechen aus der Zeit des Nationalsozialismus bezogen. Mit dem neu geschaffenen § 130 Abs. 5 StGB stellt der Gesetzgeber künftig in bestimmten Fällen auch unter Strafe, wenn Völkermorde, Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder Kriegsverbrechen ganz gleich welcher Nation gebilligt, geleugnet oder „gröblich“ verharmlost werden. Hintergrund ist ein Vertragsverletzungsverfahren der EU. Die Europäische Kommission hatte der Bundesrepublik im Dezember 2021 vorgeworfen, einen Beschluss zur strafrechtlichen Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit unzureichend umgesetzt zu haben.

Die NPD-Jugendorganisation Junge Nationalisten (JN) kommentierte die Verschärfung des Volksverhetzungsparagrafen mit den Worten: „Der Volksverhetzungsparagraf, der ohnehin nur dazu dient die heimatverbundene Opposition zu kriminalisieren, wurde erneut verschärft. [...] Wir sagen: Weg mit §130, in der Ergänzung und der Grundfassung!“ Die neonazistische Kleinstpartei Die Rechte merkte an: „Die neuerliche Verschärfung des Volksverhetzungsparagrafen wird sich sicherlich negativ auf die Meinungsfreiheit auswirken, davon ist bereits jetzt schon auszugehen. In naher Zukunft wird sich zeigen, wie sich genau diese Verschärfung auswirken wird und was man dann noch überhaupt sagen darf oder eben auch nicht mehr sagen darf.“ Der AfD-Rechtspolitiker Stephan Brandner führte aus: „Die Vorschrift ist wegen ihres problematischen Regelungsgehalts äußerst überarbeitungswürdig. [...] Daher halten wir nicht nur das Gesetzgebungsverfahren, was zudem als verschleiernes Omnibusverfahren daherkam, für kritikwürdig, sondern auch das weitere Aufblähen des Paragrafen mit unbestimmten Rechtsbegriffen wie ‚gröblich verharmlost‘.“

Ronny Zasowk, NPD-Bundesvorstandsmitglied, kommentierte die Erweiterung des § 130 StGB als einen „Anschlag gegen die Meinungsfreiheit“: „Im Ergebnis muss man feststellen, dass die Erweiterung des § 130 StGB ein weiterer Schlag gegen die Meinungsfreiheit in Deutschland ist. Interessant wird es aber sein, ob dieser Paragraph nicht letztlich zu einem Bumerang wird: Schließlich sind es vor allem Linke, die immer wieder Kriegsverbrechen billigen, leugnen und verharmlosen, wenn die Opfer Deutsche sind, wie zum Beispiel bei der millionenfachen Vertreibung und den grausamen Bombenangriffen auf deutsche Städte.“

<https://www.lto.de/recht/hintergruende/h/volksverhetzung-voelkermord-kriegsverbrechen-groeblich-verharmlosen-billigen-leugnen-130-stgb-holocaust/> / eingesehen am 31. Oktober 2022

Homepage Junge Nationalisten / eingesehen am 31. Oktober 2022

Homepage Die Rechte / eingesehen am 31. Oktober 2022

Homepage NPD Hessen / eingesehen am 31. Oktober 2022

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

November

Bundesweit: Rechtsextremismuspotenzial in der Bundesrepublik

Das Rechtsextremismuspotenzial in der Bundesrepublik hat im Jahr 2021 laut Bundesregierung bei 33.900 Personen (2020: 33.300, +1,8 Prozent) gelegen. Davon sind 13.500 für das Jahr 2021 als gewaltorientierte Rechtsextremisten zu kategorisieren, wie die Bundesregierung ausführt. Als Gefährder gelten aktuell 77 Personen (2021: 70; bei Ersterhebung 2012: 4). 2021 wurden 945 Gewaltdelikte durch Rechtsextremisten verübt; darunter waren unter anderem Tötungsdelikte, Brandstiftungen, Sprengstoffdelikte, Freiheitsberaubung und Raub.

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Stephan Brandner, Martin Hess und der Fraktion der AfD. Detailfragen zum Verfassungsschutzbericht 2021, BT-Drs. 20/4254 vom 1. November 2022: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/042/2004254.pdf>

Europa: Antisemitismus in den EU-Ländern

Antisemitische Vorfälle werden in Europa aus Sicht der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) nach wie vor nur lückenhaft dokumentiert. Demnach verfügen lediglich 14 der 27 EU-Länder über nationale Strategien gegen Antisemitismus, kritisierte FRA-Direktor Michael O'Flaherty am 3. November in Wien. Ungarn und Portugal registrierten solche Fälle überhaupt nicht offiziell. In der Bundesrepublik hätten sich 2021 3027 Straftaten mit mutmaßlichem antisemitischem Hintergrund ereignet, teilte die Agentur unter Berufung auf deutsche Behörden mit. Im Vorjahr lag die Zahl bei 2351.

<https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/wachsender-antisemitismus-vorfaelle-nur-lueckenhaft-dokumentiert-18433416.html> / eingesehen am 3. November 2022

Bayern / Bundesweit: Original-Unterkünfte von KZ- Häftlingen des Lagerkomplexes Dachau sollen zu einer Gedenk- stätte ausgebaut werden

Die einzig erhaltenen originalen Unterkünfte von KZ-Häftlingen des Lagerkomplexes Dachau bei Landsberg am Lech sollen zu einer professionell geführten und großen Gedenkstätte ausgebaut werden. Das bayerische Kultusministerium erklärte, man sei bereit, 2,5 Millionen Euro in „die angemessene Entwicklung des Geländes unter dem Dach der Stiftung Bayerische Gedenkstätten“ zu investieren. Die bunkerähnlich anmutenden Tonröhrenbauten in einem Waldstück südwestlich von Landsberg sind die einzigen erhaltenen Original-Unterkünfte von KZ-Häftlingen des Lagerkomplexes Dachau, mit seinen 170 Außenlagern. Es handelt sich um die letzten vollständig erhaltenen KZ-Häftlingsunterkünfte in Deutschland. Am 27. April 1945 wurde das Konzentrationslager Landsberg von den Alliierten befreit. Es war das größte Dachauer Außenlager.

<https://www.br.de/nachrichten/bayern/landsberg-kz-lager-vii-soll-grosse-gedenkstaette-werden,TM9Py1R> / eingesehen am 4. November 2022

Bundesweit: 11. Jahrestag der NSU Selbstenttarnung

Vor elf Jahren, am 4. November, offenbarte die Selbstenttarnung des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) eine Mord- und Terrorserie, die beispiellos in der Nachkriegsgeschichte Deutschlands ist. Zwischen den Jahren 2000 und 2007 wurden zehn Menschen ermordet. Im Gedenken an die Opfer des NSU-Komplexes legten die Staatsministerin für Kultur und Medien des Bundes, Claudia Roth, und die Staatsministerin der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung des Freistaats Sachsen, Katja Meier, am Gedenkort für die Opfer des NSU am Schwanenteichparkgelände in Zwickau einen Kranz nieder.

Kulturstaatsministerin Claudia Roth sagte: „Die Morde des NSU gehören zu den schlimmsten rassistischen Gewalttaten in der Bundesrepublik Deutschland der jüngeren Zeitgeschichte. Sie stehen dabei auch für das damalige Versagen in Behörden und Politik, für die Erniedrigungen der Opfer und ihrer Angehörigen, für einen unglaublichen Vertrauensverlust seitens der von rassistischer Gewalt Betroffenen. Die Aufarbeitung all der Dimensionen dieser Verbrechen ist längst nicht abgeschlossen. Das angemessene Erinnern an rechtsextremistische Gewalt als Teil der deutschen Erinnerungskultur, die alle miteinschließt, ist Voraussetzung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wenn wir uns gemeinsam erinnern, können wir gemeinsam Zukunft gestalten.“

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (BPA): Pressemitteilung 349 vom 04. November 2022: 11. Jahrestag der NSU Selbstenttarnung / Kulturstaatsministerin Roth: „Die Aufarbeitung all der Dimensionen dieser Verbrechen ist längst nicht abgeschlossen“: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/11-jahrestag-der-nsu-selbstenttarnung-kulturstaatsministerin-roth-die-aufarbeitung-all-der-dimensionen-dieser-verbrecen-ist-laengst-nicht-abgeschlossen--2139992> / eingesehen am 2. Februar 2023

Sachsen:
Szene-Rechtsanwalt darf Szene-Referendar nicht ausbilden

Der Chemnitzer Szene-Rechtsanwalt Martin Kohlmann, Vorsitzender der rechtsextremen Kleinpartei Freie Sachsen (s. auch S. 52 in diesem Heft) darf sich in seiner Kanzlei nicht als Ausbilder für den seit langer Zeit einschlägig aufgetretenen und organisierten Referendar Matthias B. betätigen. Das hat das Verwaltungsgericht Chemnitz beschlossen (Beschluss vom 27.10.2022, Az. 3 L 455/22). B. hatte am 1. November bei Kohlmann anfangen wollen. Zur Begründung führte das Gericht aus, es bestünden hinsichtlich der Verfassungstreue des Antragstellers Bedenken. Weil das aber auch für seinen Anwalt gelte, „würden Umstände geschaffen, die das gesellschaftliche Vertrauen in die Justiz beeinträchtigen können, wenn ein Referendar einem Rechtsanwalt zur Ausbildung zugewiesen würde, ohne dass die Möglichkeit einer ‚Reglementierung‘ besteht“. Habe doch die Justiz kein Eingriffsrecht in die Ausgestaltung des Referendariats. Die Zulassung des Ex-NPD-Funktionsnähers zum Jura-Referendariat war zuvor vor dem Verfassungsgerichtshof in Leipzig errungen. Das Land Sachsen hatte ihn daraufhin zum Referendariat zugelassen, jedoch mit der Auflage, dass das Land dem Referendar einen Ausbilder zuweisen könne, sollte der von ihm selbst ausgesuchte wenig geeignet erscheinen. Die Entscheidung ist nicht rechtskräftig.

<https://www.lto.de/recht/hintergruende/h/vg-3145522-rechter-referendar-rechter-anwalt-sachsen-chemnitz-ausbildung-station/> / eingesehen am 2. November 2022

<https://medienservice.sachsen.de/medien/news/1056729> / eingesehen am 2. Februar 2023

Thüringen:
Björn Höcke als AfD-Landes-sprecher im Amt bestätigt

Der Thüringer AfD-Landesverband hat den Rechtsextremisten Björn Höcke als Landesvorsitzenden bestätigt. Er erhielt rund 90 % der Stimmen der 250 Delegierten (183 Jastimmen und 19 Neinstimmen bei zwei Enthaltungen). Begeistert von der Wiederwahl Höckes („mein enger Weggefährte“) zeigte sich der aus der AfD ausgeschlossene Rechtsextremist Andreas Kalbitz aus Brandenburg: „Herzlichen Glückwunsch, Björn!“, jubilierte der parteilose Landtagsabgeordnete Kalbitz, Mitglied der AfD-Fraktion im brandenburgischen Landtag, auf seinem Facebook-Account.

In seiner Rede führte Höcke aus: „Ab 2022 sind wir der parlamentarische Arm der Volksopposition gegen die Kriegstreiberei des deutschen Altparteienkartells. [...] Die pseudomoralische Aufladung der Gegenwart durch den universalistischen Westen unter Führung der USA ist tatsächlich brandgefährlich. [...] Die alliierte Forderung nach bedingungsloser Kapitulation im Zweiten Weltkrieg war eine logische Konsequenz derer, die sich im Besitz der allein selig machenden Wahrheit wähnten. [...] Natürlich sind wir de facto kein souveräner Staat. Wir sind seit dem 8. Mai 1945 nicht mehr souverän gewesen. [...] Die Regierungsdarsteller in Berlin sind keine politische Elite [...] Wir sind heute stärkste Partei. Und wir können noch stärker werden. Wir werden 2024 die Machtfrage stellen! Für dieses Ziel arbeiten wir, streiten wir, kämpfen und werden wir siegen! Es lebe unsere Heimat Thüringen, es lebe unser deutsches Vaterland, es lebe das wahre Europa!“

Bei der letzten Vorstandswahl vor zwei Jahren hatte der 50-jährige Höcke knapp 84 % der Stimmen erhalten. Beim Landesparteitag in Pffiffelbach (Kreis Weimarer Land) am 5. November 2022 wurde auch Co-Landesvorsitzender Stefan Möller im Amt bestätigt. Als Stellvertreter wählte der Parteitag die Landtagsabgeordneten Torben Braga und Rene Aust. Für Braga ist es die zweite Amtszeit als Vize im AfD-Vorstand. Birgit Noll trat nicht mehr an. Die Thüringer AfD wird vom Landesverfassungsschutz als gesichert extremistische Bestrebung eingestuft. Bei der vergangenen Landtagswahl in Thüringen erreichte die Partei mit 23,4 % der Stimmen den zweiten Platz hinter der LINKEN. Die AfD als Gesamtpartei wird vom Bundesamt für Verfassungsschutz als Verdachtsfall im Bereich Rechtsextremismus eingestuft.

<https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/mitte-thueringen/apolda-weimarer-land/afd-hoecke-wiedergewahlt-parteitag-100.html> / eingesehen am 5. November 2022

PI-NEWS / eingesehen am 7. November 2022

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Thüringen:
Bundesparteitag der neo-nazistischen Kleinstpartei Die Neue Stärke

Unter dem Motto „Wenn der Plan nicht funktioniert, denn ändere den Plan. Aber niemals das Ziel“ (Fehler im Original) fand am 5. November der zweite Bundesparteitag der neonazistischen Kleinstpartei Die Neue Stärke (NSP) in Erfurt (Bundesgeschäftsstelle) statt. Im Vordergrund standen Vorstandswahlen. Als Parteivorsitzende wurden Sara Storch und Christoph Thews gewählt. Der Bericht über den Parteitag auf der NSP-Homepage endet mit den Worten: „Heil unseren Vorfahren! Heil Deutschland! Heil der Neuen Stärke!“ Der NSP sind bundesweit ca. 100 Mitglieder zuzurechnen. Zu den Gliederungen der Partei gehören die sogenannten „Abteilungen“ in Erfurt, Saalfeld-Rudolstadt, Magdeburg, Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Rheinhessen. Der Bundesregierung liegen Erkenntnisse zu einzelnen Parteimitgliedern vor, die in der Vergangenheit Soldaten bzw. Reservisten der Bundeswehr waren. Aktivisten der NSP waren am 13. August 2022 beim „Heiß-Marsch“ in Mainz-Gonsenheim und am 13. November 2022 beim „Heldengedenken“ auf dem Ostfriedhof in Gera zugegen. Ideologisch verfolgt die NSP den revolutionären Umsturz des bestehenden Systems und die Errichtung eines totalitären Einparteienstaates.

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Martina Renner, Nicole Gohlke, Gökay Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. Verbindungen und Aktivitäten der rechtsextremen „Neue Stärke Partei“, BT-Drs. 20/5123 vom 29. Dezember 2022:
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/051/2005123.pdf>

Homepage Neue Stärke Partei / eingesehen am 10. November 2022

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Frankreich / Bundesweit:
Neuer Vorsitzender der Rassemblement National (RN)

Am 5. November hat der Nationalrat der Rassemblement National (RN) Jordan Bardella als Nachfolger von Marine Le Pen in das Amt des Parteivorsitzenden gewählt. Eine „herzliche“ Gratulation folgte vom nordrhein-westfälischen AfD-Europaparlamentarier Gunnar Beck, zugleich Vizepräsident der Fraktion Identität & Demokratie im EU-Parlament: „Ich möchte dem geschätzten Kollegen Jordan Bardella herzlich zu seiner Wahl zum Präsidenten der RN gratulieren. Ich habe ihn als [...] starken Befürworter fester Bindungen zwischen unseren beiden Parteien kennengelernt. In den vergangenen Jahren haben Jordan und ich, in unseren Funktionen als Ko-Vizepräsidenten unserer politischen Fraktion im EU-Parlament, eng zusammengearbeitet. Wir begrüßen es, diese Allianz in Zukunft weiter zu stärken.“

<https://afdkompakt.de/2022/11/05/afd-gratuliert-jordan-bardella-zu-seiner-wahl-zum-neuen-vorsitzenden-der-rassemblement-national/> / eingesehen am 5. November 2022

Bundesweit:
Erinnerungskultur – am 9. November?

Der 9. November ist ein ambivalentes Datum in der deutschen Geschichte: Am 9. November 1918 wurde die Republik ausgerufen. Am 9. November 1938 fanden die Novemberpogrome gegen die jüdische Bevölkerung statt. Am 9. November 1989 fiel die Berliner Mauer.

<https://www.dw.com/de/9-november-tag-des-erinnerns/a-1025807> / eingesehen am 15. Februar 2023

<https://www.deutschlandfunk.de/schicksalstag-9-november-schwierigkeiten-deutsch-deutscher-100.html> / eingesehen am 15. Februar 2023

Bundesweit:
Desiderius-Erasmus-Stiftung klagt in Karlsruhe für Stiftungsfinanzierung

Die parteinahe Stiftung der AfD, die Desiderius-Erasmus-Stiftung e.V. (DES; Sitz: Lübeck), feierte ihren fünften Geburtstag am 15. November in Berlin. Die als gemeinnützig anerkannte DES führt im vorpolitischen Raum „Bildungsveranstaltungen“ unterschiedlichster Art durch. Auf der Festveranstaltung referierte Ulrich Vosgerau zum Thema „Strukturwandel der Öffentlichkeit und Umdeutung des Grundgesetzes“. Der Staatsrechtler Vosgerau, DES-Kuratoriumsmitglied, ist Autor der Jungen Freiheit und des Kopp Verlags. 2021 sorgte Vosgerau für bundesweite Schlagzeilen. Für eine Anhörung zum Staatsangehörigkeitsrecht im Juni 2021 schrieb der von der AfD bestellte Jurist: Wegen der „zu geringen kognitiven Fähigkeiten der dortigen Leute“ führe Einwanderung aus dem Vorderen Orient und aus Afrika dazu, dass die Durchschnittsintelligenz in Deutschland sinke. Linke, Grüne, FDP und SPD werteten den Passus als rassistisch.

In einer Pressemitteilung gab die DES-Vorsitzende Erika Steinbach (Jg. 1943) anlässlich des fünfjährigen Bestehens der DES kund: „Eine Geburtstagsfeier sollte eigentlich kein Anlaß sein, über Geld zu sprechen. In unserem Falle ist das anders. Die anderen sechs politischen Stiftungen teilen sich inzwischen allein in diesem Jahr 659 Millionen Euro auf. Obwohl nach den bislang

üblichen Vereinbarungen auch unserer Stiftung Mittel zustehen würden, haben sich alle anderen im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien darauf verständigt, der DES keinen einzigen Cent zukommen zu lassen. Auf zutiefst undemokratische und auch widerrechtliche, diffamierende und verleumderische Art stellte man unsere Stiftung durch die Methode der Nichtförderung in eine Reihe mit Verfassungsfeinden und Rassisten. [...] Das werden wir auf keinen Fall hinnehmen, sondern wenn es sein muss bis zum Europäischen Menschenrechtsgerichtshof gehen.“ Fakt ist, dass die AfD vor dem Bundesverfassungsgericht auf staatliche Fördergelder für die ihr nahestehende DES klagt. Die AfD sieht sich in ihrem Recht auf Chancengleichheit der Parteien verletzt und hat deshalb den Bundestag und die Bundesregierung verklagt. Bisher war die Verteilung der Gelder anhand des Haushaltsgesetzes geregelt worden, nicht auf Grundlage eines speziellen Finanzierungsgesetzes für politische Stiftungen. Im neuen Haushaltsgesetz hatte der Bundestag festgesetzt, dass die Verfassungstreue Voraussetzung für die finanzielle Förderung sei. Dadurch waren der DES finanzielle Mittel untersagt worden. Sowohl der AfD als auch ihrer Stiftung werden Verbindungen ins rechtsextreme Milieu nachgesagt. (Am 22. Februar 2023 hat das Bundesverfassungsgericht sein Urteil in Sachen DES verkündet. Mehr dazu in der nächsten RECHTS.GESCHEHEN-Ausgabe.)

<https://www.tagesschau.de/inland/parteistiftungen-bundesverfassungsgericht-afd-101.html> / eingesehen am 25. Oktober 2022

<https://erasmus-stiftung.de/wp-content/uploads/2022/11/PM-DES-03.11.2022-Die-Desiderius-Erasmus-Stiftung-feiert-5.-Geburtstag.pdf> / eingesehen am 2. Februar 2023

Der Spiegel, Nr. 30/2021 (24.07.2021), S.29

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

**Baden-Württemberg:
„Nationale Streife“ in
Villingen-Schwenningen**

Anfang November haben Neonazis des III. Weges im Villingen Teil der Doppelstadt Villingen-Schwenningen eine „nationale Streife“ durchgeführt. Es wurden auch zahlreiche Flugblätter zum Thema „Kein zweites 2015!“ verteilt. Die Neonazis „fordern Grenzschutz statt Zeltstädte und einen sofortigen Aufnahmestopp kulturfremder Wirtschaftsmigranten!“

Homepage Der III. Weg / eingesehen am 10. November 2022

**Mecklenburg-Vorpommern:
Neonazis stören Gedenk-
veranstaltung zur Reichs-
pogromnacht**

Drei Neonazis haben am 9. November in Waren (Landkreis Mecklenburgische Seenplatte) die Gedenkveranstaltung anlässlich des 84. Jahrestages der Reichspogromnacht gestört und Stadtpräsident Rüdiger Prehn sowohl verbal als auch körperlich attackiert. Zudem wurden kurz nach der Veranstaltung Gestecke und Kränze gestohlen bzw. zerstört. Die SPD im Kreis Mecklenburgische Seenplatte und der Ortsverein Waren zeigten sich entsetzt über die Ereignisse zum Gedenken der Novemberpogromnacht in Waren. Zeitweilige Impulsgeberin der örtlichen Neonazi-Szene war Doris Zutt, die 2008 aus Hessen an die Ostsee zog. Zutt, zeitweilig NPD-Bundesvorstandsmitglied, wollte in einer Umgebung leben, „wo man noch Deutscher unter Deutschen sein“ könne.

<https://www.wir-sind-mueritzer.de/allgemein/221825/> / eingesehen am 11. November 2022

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

**Hessen:
Berliner wegen „NSU 2.0“-Droh-
schreiben zu Haftstrafe verurteilt**

Der aus Berlin stammende Alexander M., ein vorbestrafter, langzeitarbeitsloser, alleinstehender Informatiker, wurde vom Landgericht Frankfurt am Main am 17. November unter anderem wegen der öffentlichen Aufforderung zu Straftaten und der Volksverhetzung zu fünf Jahren und zehn Monaten Gefängnis verurteilt. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass M. von August 2018 bis März 2021 per E-Mail, Fax oder SMS insgesamt 81 Drohschreiben mit volksverhetzenden, beleidigenden und drohenden Inhalten an Politiker, Rechtsanwälte, Journalisten und andere Vertreter des öffentlichen Lebens gerichtet hatte. Nach Überzeugung der Staatsanwaltschaft ist M. auch für Bombendrohungen gegen Gerichte verantwortlich.

Begonnen hatte die Serie mit Todesdrohungen gegen die Frankfurter Rechtsanwältin Seda Başay-Yıldız und ihre Familie. Die Schreiben waren mit „NSU 2.0“ unterschrieben, eine Anspielung auf den rechtsterroristischen Nationalsozialistischen Untergrund (NSU). Lange Zeit stand im Fall „NSU 2.0“ die hessische Polizei selbst unter Verdacht, da Daten der Betroffenen vorher von hessischen Polizeicomputern abgefragt wurden. Zudem wurde bekannt, dass Beamte der Polizeiwache im Frankfurter Bahnhofsviertel zu einer extrem rechten Chatgruppe namens „Itiotentreff“ gehörten – auch dort wurden entsprechende Daten abgefragt. Laut Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main beschaffte

sich der Täter die persönlichen Daten seiner Opfer, indem er bei Polizeibehörden anrief und sich als Polizist ausgab. Auch M. hatte behauptet, dass Polizisten an den Drohschreiben beteiligt gewesen seien – Namen konnte er bis zum Schluss jedoch nicht nennen.

<https://www.tagesspiegel.de/politik/schrecken-durch-nsu-20-eine-bedrohung-gegen-die-es-kein-gesetz-gibt-8891020.html> / eingesehen am 17. November 2022

<https://dejure.org/dienste/vernetzung/rechtsprechung?Gericht=LG%20Frankfurt%2FMain&Datum=31.12.2222&Aktenzeichen=17%20KLS%2024%2F21>

Baden-Württemberg:
**Neue Dauerausstellung in der
Stauffenberg-Erinnerungsstätte
Stuttgart**

Am 20. Juli 1944 scheiterte ein Umsturzversuch des militärischen Widerstandes gegen Adolf Hitler. Einer der maßgeblichen Akteure war der 37-jährige Adelige Claus Schenk Graf von Stauffenberg. In den vergangenen eineinhalb Jahren wurde die seit 2006 bestehende Stauffenberg-Erinnerungsstätte im Stuttgarter Alten Schloss komplett neu konzipiert – zu einer modernen, interaktiven und multimedialen Form des Erinnerns. Im Alten Schloss war Stauffenberg in den Jahren von 1909 bis 1919 aufgewachsen, weil sein Vater Oberhofmarschall des württembergischen Königs Wilhelm II. war. Im Zentrum der Erinnerungsstätte stehen nun die Biografie von Stauffenberg und der Umsturzversuch. Eine Kunstinstallation setzt sich mit der fehlgeschlagenen Tat, der Dramaturgie der Ereignisse und der Tragödie des Scheiterns auseinander. Stauffenberg hatte Hitlers Machtantritt 1933 noch begrüßt, sich später aber gegen ihn gewendet. Am 20. Juli 1944 ließ Stauffenberg eine Bombe im „Führerhauptquartier“ in Ostpreußen detonieren. Doch die Bombe verfehlte ihr Ziel und Hitler überlebte. Seine Tat musste Stauffenberg noch in derselben Nacht mit seinem Leben bezahlen. Der 20. Juli 1944 ist in den letzten Jahrzehnten zum Symbol des deutschen Widerstandes gegen die Diktatur des Nationalsozialismus und die totalitäre Herrschaft Hitlers geworden. Die Ausstellung zeigt einige der seltenen erhaltenen Originalobjekte von Stauffenberg. Stücke wie sein Cello, sein Ehrensäbel oder ein Bronzekopf sowie historische Fotos spannen den Bogen von der Kindheit und Jugend in Stuttgart bis zu seinem Tod als Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus. Die Ausstellung verdeutlicht auch, wie unterschiedlich die Person Stauffenbergs und das Attentat in verschiedenen Zeiten, von unterschiedlichen Gruppierungen und in mehreren Ländern bewertet wurden und werden. Medienstationen ermöglichen, die Inhalte der Ausstellung aktiv zu erleben. Auch soll die Ausstellung einem Trend entgegenwirken: Teile der Neuen Rechten missbrauchen Stauffenberg als Vorbild. Durch die Orientierung am konservativen Widerstand gegen Hitler, wie er für die Neue Rechte durch Claus Schenk Graf von Stauffenberg repräsentiert wird, grenzen sich deren Vertreter von Hitler und dem Nationalsozialismus ab.

<https://www.hdgbw.de/ausstellungen/stauffenberg/> / eingesehen am 18. November 2022

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Bundesweit:
**BKA-Präsident:
Hohes Aggressionspotential
bei Querdenkern**

Auf die Frage „Querdenker fordern offen einen Systemumsturz. Wie hoch ist die Gefahr durch sie wirklich? Sind wir dagegen gewappnet?“, antwortete Holger Münch, Präsident des Bundeskriminalamtes (BKA), am 17. November 2022: „Die sogenannte Querdenker-Szene ist eine heterogene Mischszene, die von der bürgerlichen Mitte bis hin zum rechten oder linken Rand reicht und eine Vielzahl von Menschen, Weltanschauungen und Intentionen vereint. Wir beobachten bei einem gewissen Teil der Protestierenden ein hohes Aggressionspotential, insbesondere gegenüber Einsatzkräften, Journalistinnen und Journalisten oder Amts- und Mandatsträgerinnen und -trägern und in Teilen auch staatskritische bis staatsfeindliche Haltungen. Umso wichtiger ist es, die roten Linien zwischen dem Recht auf freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit einerseits sowie strafrechtlich relevantem Verhalten andererseits immer wieder klar zu benennen und staatlicherseits auch durchzusetzen. Das tun wir im Rahmen unseres polizeilichen Auftrags.“

https://www.bka.de/DE/Presse/Interviews/2022/221117_InterviewMuenchHerbsttagung.html / eingesehen am 18. November 2022

Baden-Württemberg:
**AfD-Veranstaltung in
Assamstadt**

Assamstadt im Main-Tauber-Kreis ist der Wahlkreis der AfD-Bundestagsabgeordneten Christina Baum. Auf Einladung von Baum und ihrem Stuttgarter Fraktionskollegen Dirk Spaniel fand dort am 18. November 2022 ein „AfD-Bürgerdialog“ statt. Gastredner war der thüringische Rechtsextremist und AfD-Politiker Björn Höcke, den die etwa 300 Besucher stehend mit „Höcke, Höcke“-Rufen begrüßten. Laut dem islamfeindlichen Blog Politically Incorrect sprach Höcke „über das Widerstandspotenzial der Bürger in den neuen Bundesländern und wie die politischen Wettbewerber mit dem Verfassungsschutz den Staatsapparat missbrauchen, um gegen die Oppositionspartei AfD vorzugehen.“

<https://www.kontextwochenzeitung.de/gesellschaft/608/eine-schrecklich-rechte-familie-8537.html> /
eingesehen am 23. November 2022

PI-NEWS / eingesehen am 23. November 2022

Nordrhein-Westfalen:
Holocaust-Leugner verstorben

Der seit den 1960er Jahren einschlägig aktive Geschichtsrevisionist und Holocaust-Leugner Udo Walendy ist im Alter von 95 Jahren verstorben. Mit Walendy ist einer der letzten Szene-Propagandisten der NS-Erlebnisgeneration abgetreten. Szene-Angaben zufolge starb das NPD-Gründungsmitglied (1964), von 1965 bis 1972 Mitglied im NPD-Parteivorstand, in der Nacht zum 17. November. Der mehrfach wegen Volksverhetzung verurteilte und knasterfahrene ehemalige nordrhein-westfälische NPD-Landesvorsitzende war über Jahrzehnte hinweg einer der wichtigsten rechtsextremen Propagandisten in der Bundesrepublik. Sein 1963 von ihm gegründeter Verlag für Volkstum und Zeitgeschichtsforschung in Vlotho an der Weser bot „Grundlagenliteratur für jeden nationalen Aktivistin als wichtige Argumentationshilfe in der Auseinandersetzung mit dem Gegner“. Zeitweilig war Walendy einer der gefragtesten Referenten im rechtsextremen Lager. Auftritte hatte er unter anderem beim Bund für Gotterkenntnis (BfG), dem Deutschen Kulturwerk europäischen Geistes (DKEG), der Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP), der Gesellschaft für freie Publizistik (GfP), dem Freundeskreis Ulrich von Hutten, der Jungen Landsmannschaft Ostpreußen (JLO) oder bei Treffen des Leser- und Freundeskreises der militant antisemitischen Hetzpostille Die Bauernschaft. 2008 wurde Walendy zum neuen Vorsitzenden des Vereins zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten (VRBHV) gewählt.

<https://www.endstation-rechts.de/news/holocaust-leugner-verstorben-0/>
eingesehen am 18. November 2022

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Bundesweit / USA / Berlin:
**Gedenktag: Tödlicher Transgender
Day of Remembrance in den USA**

Am 20. November wird weltweit der Opfer von Transfeindlichkeit gedacht. Der Transgender Day of Remembrance (TDOR) wird bereits seit 1999 begangen. Anlass ist der Mord an der afroamerikanischen trans Frau Rita Hester, der bis heute nicht aufgeklärt wurde – sie war am 28. November 1998 in ihrer eigenen Wohnung im amerikanischen Bundesstaat Massachusetts erstochen worden. Zahlen des Trans Murder Monitoring dokumentieren zwischen dem 1. Oktober 2021 und dem 30. September 2022 weltweit 327 Morde an trans, nichtbinären und gender-nonkonformen Personen. Mit dem tödlichen Angriff auf Malte C. beim CSD Münster wird erstmals seit 2008 auch wieder die Bundesrepublik gelistet. Seit Beginn der Aufzeichnungen im Jahr 2008 sind bereits rund 4.400 Morde gezählt worden, allerdings liegt die Dunkelziffer laut den Aktivistinnen um ein Vielfaches höher.

Am 5. Dezember wurde der Monitoringbericht zu trans- und homophober Gewalt in Berlin vorgestellt. Das von der gemeinnützigen Organisation Camino erstellte Papier, gefördert von der Senatsverwaltung für Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung, ist bis jetzt bundesweit der einzige Bericht, der umfassend Informationen zu trans- und homophoben Gewalttaten aufarbeitet. In diesem werden nicht nur Fallzahlen zusammengetragen, sondern auch Interviews mit betroffenen Transpersonen als Erfahrungsberichte ausgewertet. Insgesamt ist die Anzahl der Gewalttaten in der Hauptstadt auf einen neuen Höchststand gestiegen. Im vergangenen Jahr wurden 456 solcher Taten erfasst, im Jahr 2020 lag die Zahl noch bei 277 Fällen. Seit 2014 lässt sich ein kontinuierlicher Anstieg polizeilich registrierter Straftaten gegen die LGBTIQ-Community beobachten.

Im Aktionsplan „Queer leben“ der Bundesregierung für Akzeptanz und Schutz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt heißt es: „Alle Menschen sollen gleichberechtigt, frei, sicher und selbstbestimmt an der Gesellschaft teilhaben. Damit dies auch für Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche sowie andere queere Menschen (LSBTIQ*) möglich ist, sieht sich die Bundesregierung in der Verantwortung für eine aktive Politik gegen Diskriminierung und für die Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt.“ Um Queerfeindlichkeit entgegenzuwirken, hat

die Bundesregierung einen bundesweiten Aktionsplan für Akzeptanz und Schutz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt verabschiedet. Er enthält Empfehlungen für Maßnahmen in sechs Handlungsfeldern (Rechtliche Anerkennung, Teilhabe, Sicherheit, Gesundheit, Stärkung von Beratungs- und Communitystrukturen, Internationales).

Die Bundesregierung hat am 21. Dezember beschlossen, dass Tatmotive, die sich gegen die sexuelle Orientierung oder die Genderidentität richten, ausdrücklich ins Strafgesetzbuch aufgenommen werden. So soll es nach dem Willen der Bundesregierung in Paragraph 46 Strafgesetzbuch zukünftig heißen: „Bei der Zumessung wägt das Gericht die Umstände, die für und gegen den Täter sprechen, gegeneinander ab. Dabei kommen namentlich in Betracht: die Beweggründe und die Ziele des Täters, besonders auch rassistische, fremdenfeindliche, antisemitische, geschlechtsspezifische, gegen die sexuelle Orientierung gerichtete oder sonstige menschenverachtende“.

In der Nacht zum 20. November hat der mit einem Sturmgewehr und einer Handfeuerwaffe bewaffnete 22-jährige Anderson Lee Aldrich im queeren Club Q in Colorado Springs (USA) ein Blutbad angerichtet. Fünf Menschen wurden ermordet: Daniel Davis Ashton, Raymond Green, Kelly Loving, Ashley Paugh, und Derrick Rump. Der US-amerikanische Präsident Jo Biden stellte in einer Stellungnahme zu dem Attentat fest: „[...] we know that the LGBTQI+ community has been subjected to horrific hate violence in recent years. Gunviolence continues to have a devastating and particular impact on LGBTQI+ communities across our nation and threats of violence are increasing. [...] We continue to see it in the epidemic of violence and murder against transgender women – especially transgender women of color.“

https://www.queer.de/detail.php?article_id=43849&pk_campaign=Nwsl/
eingesehen am 21. November 2022

https://www.queer.de/detail.php?article_id=43854/ / eingesehen am 21. November 2022

https://transrespect.org/en/map/trans-murder-monitoring/?submap=tmm_2022#/
eingesehen am 21. November 2022

<https://www.whitehouse.gov/briefing-room/statements-releases/2022/11/20/statement-by-president-biden-on-the-deadly-shooting-in-colorado-springs/> / eingesehen am 21. November 2022

<https://twitter.com/EliErlick/status/1594798872487927819/> / eingesehen am 21. November 2022

„Queer leben“. Aktionsplan der Bundesregierung für Akzeptanz und Schutz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt: <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/205126/857cb513dde6ed0dca6759ab1283f95b/aktionsplan-queer-leben-data.pdf> / eingesehen am 2. Februar 2023

<https://www.berliner-zeitung.de/news/trans-und-homophobe-gewalt-erreicht-in-berlin-neuen-hoehchststand-li.294218/> / eingesehen am 5. Dezember 2022

<https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/queerspiegel/neuer-gesetzentwurf-bundesregierung-will-hasstataen-gegen-queere-menschen-besser-ahnden-9072898.html> / eingesehen am 21. Dezember 2022

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Berlin / Hessen / Bundesweit:
Parteiengründung:
Bündnis Deutschland

Im hessischen Fulda hat sich am 20. November das Bündnis Deutschland als neue Partei gegründet. An der Gründungsversammlung seien rund 50 Menschen beteiligt gewesen, sagte Generalsekretär Niklas Stadelmann. Die Partei will sich an der Wahl zur Bremischen Bürgerschaft im Mai 2023 beteiligen.

Bündnis Deutschland (Bundesgeschäftsstelle Berlin) vereint Eigenangaben zufolge „Bürger aus der Mitte der Gesellschaft, die für eine bürgernahe, vernunft- und lösungsorientierte Politik stehen. Deutschland muss wieder ideologiefrei regiert werden. Individuelle Eigenverantwortung, Chancengleichheit und die Entfaltung des Individuums haben Vorrang. Den Staat verstehen wir als Ordnungsrahmen, in dem definierte Werte, Tugenden und Rechtsnormen ein Zusammenleben in Freiheit, Wohlstand und Sicherheit ermöglicht werden.“ In Sachen Covid-Impfung erklärt die neue Partei: „Eine Covid-Impfpflicht lehnen wir ab, da diese allenfalls dem Eigenschutz dient. Hier Zwang auszuüben und in Grundfreiheiten einzugreifen, käme einer fundamentalen Verletzung des Grundsatzes der Eigenverantwortung gleich. Entsprechend ist die einrichtungsbezogene Impfpflicht unverhältnismäßig und abzulehnen.“ Zu den „Kernpositionen“ der neuen Partei gehört auch das statische Festhalten der deutschen Sprache: „Die deutsche Sprache ist eine organisch gewachsene und weltweit geachtete Kultursprache der Dichter und Denker und ein elementarer Bestandteil unserer Identität. Sie ist zu schützen, insbesondere vor staatlicher Beeinflussung durch Verbote oder ideologische Vorgaben. Das Gendern und die Verwendung beschönigender Wortneuschöpfungen als Haltungskennzeichen dienen dazu, in undemokratischer Weise die politischen Überzeugungen

der Bevölkerung mit sprachlichen Mitteln zu manipulieren.“ Zum Bundesvorstand gehören ehemalige Mitglieder der CDU, CSU, der Freien Wähler und anderer Parteien; darunter sind der Vorsitzende Steffen Große (55), die stellvertretenden Vorsitzenden Ellen Walther-Klaus (69) und Walter Münnich (73), Niklas Stadelmann (28) und Jonathan Sieber (24). Zu den Gründungsmitgliedern zählen auch ehemalige Mitglieder der einst von früheren AfD-Mitgliedern um Bernd Lucke gegründeten Liberal-Konservativen Reformier (LKR). Mitglied von Bündnis Deutschland ist auch Markus Scheer, Erfinder des „Moorhuhn“-Computerspiels und bis zu seinem Austritt im Mai 2022 graue Eminenz des AfD-Landesverbandes in NRW. Scheer saß wegen Betruges im Gefängnis.

<https://buendnis-deutschland.de/> / eingesehen am 21. November 2022

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Berlin:
Antifaschist Silvio Meier:
Vor 30 Jahren ermordet

In der Nacht zum 21. November 1992 erstachen rechtsextreme Jugendliche im U-Bahnhof Samariterstraße im Berliner Bezirk Friedrichshain den damals 27-jährigen Antifaschisten Silvio Meier, Vater eines eineinhalbjährigen Kindes, und verletzten zwei seiner Freunde schwer. Der zur Tatzeit 17-jährige Haupttäter Sandro S. wurde wegen Totschlags zu einer Jugendstrafe von viereinhalb Jahren verurteilt. 1987 hatte Meier zu den Organisatoren eines Konzerts mit der Band Element of Crime in der Zionskirche im Bezirk Prenzlauer Berg gehört. Damals griffen rechtsextreme Skinheads die Konzertbesucher an. Am 26. November, wenige Tage nach Meiers 30. Todestag, versammelten sich 1.000 Menschen zu einer abendlichen Demonstration unter dem Motto „Fight back. Damals wie heute: Antifa bleibt Handarbeit“ – wenige Meter entfernt vom Tatort.

1992 erreichten rechtsextreme Parteien beachtliche Ergebnisse; so erzielte die Deutsche Volksunion (DVU) bei der Landtagswahl in Schleswig-Holstein 6,3 % der Stimmen. Bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg stimmten 10,9 % für die Republikaner.

<https://twitter.com/nsuwatch/status/1594591655197544449> / eingesehen am 21. November 2022

<https://www.tagesspiegel.de/berlin/er-ist-prasent-in-unseren-herzen-vor-30-jahren-wurde-silvio-meier-in-berlin-von-neonazis-getotet-8897860.html> / eingesehen am 21. November 2022

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Schleswig-Holstein:
Die Brandanschläge von Mölln

Am 23. November jährt sich zum 30. Mal die Brandanschläge auf zwei von türkischen Familien bewohnte Häuser in der schleswig-holsteinischen Kleinstadt Mölln. Bei den Anschlägen in Mölln in der Nacht des 23. November 1992 schleuderten die Neonazis Michael P. (25), zeitweilig NPD-Mitglied, und Lars C. (19), Anhänger der 1995 wegen Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus verbotenen Neonazi-Truppe Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP), zwei Brandsätze in ein von sechs türkischen Familien bewohntes Haus. Bei dem Anschlag wurden mehrere Menschen schwer verletzt. Als das Haus in Flammen stand, riefen die Neonazis bei der Polizei an und brüsteten sich mit den Worten: „In der Ratzeburger Straße brennt es. Heil Hitler!“ Vom Tatort aus brausten die Neonazis weiter zur Mühlenstraße 9, dem Wohnhaus der Familie Arslan. Dort gossen sie Benzin in den Hausflur und warfen zwei brennende Molotow-Cocktails. Bei dem Anschlag wurden drei Mitglieder der Familie Arslan, Bahide (51), Ayşe (14), Yelz (10) getötet, und neun zum Teil schwer verletzt. Erneut riefen die Neonazis bei der Polizei an und meldeten: „In der Mühlenstraße brennt es. Heil Hitler!“

Vor den mörderischen Brandanschlägen waren P. und C. bereits einschlägig aufgefallen. Am 5. September 1992 zogen sie mit 30 anderen Vermummten zum Asylbewerberheim in Pritzier im Kreis Hagenow (Mecklenburg-Vorpommern) und wollten es stürmen. Weil aber zu viel Polizei vor Ort war, schleuderten sie zwei Brandsätze in Richtung der Beamten. Am 8. November 1993 erklärte der Strafsenat am Oberlandesgericht Schleswig P. und C. des dreifachen Mordes, des 39-fachen Mordversuchs und der besonders schweren Brandstiftung für schuldig. P. wurde zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt, C. zu zehn Jahren Jugendstrafe, er wurde im Juni 2000 nach sieben-einhalb Jahren Haft aus dem Gefängnis entlassen. P. kam im November 2007 frei. Die Täter leben heute mit neuen Identitäten.

„Mölln war und ist eine Wunde in der Geschichte dieses Landes, die nicht geschlossen ist“, sagte Schleswig-Holsteins Integrationsministerin Aminata Touré (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) der dpa. „Sie muss auch nicht geschlossen werden, denn Erinnerung und Aufarbeitung solch grausamer Taten werden immer auch schmerzhaft bleiben.“ Erinnerung sei nie abgeschlossen, sagte die Ministerin. Zum 30. Jahrestag der Brandanschläge von Mölln erinnerte die Stadt am 23. November mit einem Gedenkgottesdienst und Kranzniederlegungen an beiden Anschlagorten an die Tattaten. Zugewen

war auch Kulturstaatsministerin Claudia Roth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). In ihrer Rede bei dem Gedenkgottesdienst in der Kirche St. Nicolai rief die Staatsministerin zu einem würdigen Erinnern an die Opfer des rechtsextremen Terrors in der Bundesrepublik auf. Roth: „Wir müssen mehr tun gegen Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit. Wir müssen aber auch mehr tun gegen das Verdrängen und Vergessen. Es darf nicht sein, dass Angehörige und Opfer sich das Erinnern und das Nicht-Vergessen erst erkämpfen müssen. Wir sind als demokratische Gesellschaft in der Pflicht, uns gegen das Verdrängen und gegen das Vergessen zu wehren. Wir brauchen dabei einen Perspektivenwechsel, hin zu den Opfern und Betroffenen. Ihre Erlebnisse und Erfahrungen, ihre Verletzungen gilt es wahrzunehmen und stärker als bisher ins öffentliche Bewusstsein zu rücken und Orte des Gedenkens zu schaffen. Gleichzeitig brauchen wir wissenschaftliche Einrichtungen, die den Rechtsterrorismus in unserem Land dokumentieren und aufarbeiten. Eine wesentliche Rolle wird hierbei das geplante Virtuelle Archiv zum Rechtsterrorismus spielen. Gemeinsam mit den Ländern arbeiten wir mit Hochdruck an der Umsetzung dieses erinnerungspolitisch so wichtigen Vorhabens.“

Auch im schleswig-holsteinischen Landtag in Kiel wurde an die Morde an drei Menschen erinnert. Abgeordnete der Fraktionen gedachten der Opfer, betonten die Bedeutung des fortgesetzten Erinnerns und mahnten zu einem beständigen Kampf gegen Hass und Intoleranz. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) rief auf Twitter zu einem harten Vorgehen gegen „rassistische Hetze und Gewalt“ auf. Das sei die von der damaligen Tat ausgehende „Mahnung“, erklärte sie. „Die Tat der Rechtsextremisten in Mölln kam nicht aus dem Nichts, die Hetze gegen Menschen anderer Herkunft bereitete ihr den Boden“, schrieb Faeser auf Twitter.

Das Jahr 1992 war ein Höhepunkt rechtsextremer Gewalt in der Bundesrepublik. In keinem anderen Jahr wurden mehr Menschen durch Rechtsextremisten verletzt oder getötet. „Siebzehn Tote aufgrund von Übergriffen mit rechtsextremistischer Motivation“ lautete die unvollständige Jahresbilanz 1992 des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Auf Mölln folgten der Brandanschlag in Solingen mit fünf Toten, die Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU), der Massenmord in Hanau und der Anschlag auf die Synagoge in Halle.

<https://www.welt.de/regionales/hamburg/article242235625/30-Jahre-nach-Moellner-Brandanschlaegen-Entsetzen-bleibt.html> / eingesehen am 23. November 2022

<https://taz.de/Verwischte-Todesspur-der-Neonazis/!1630882/> / eingesehen am 23. November 2022

<https://www.endstation-rechts.de/news/der-brandanschlag-von-moelln/> / eingesehen am 23. November 2022

<https://www.bundesregierung.de/breg-de/bundesregierung/bundeskanzleramt/staatsministerin-fuer-kultur-und-medien/aktuelles/30-jahrestag-der-brandanschlaege-von-moelln-kulturstaatsministerin-claudia-roth-brauchen-perspektivenwechsel-hin-zu-den-opfern-rechtsextremistischen-terrors--2144682/> / eingesehen am 23. November 2022

<https://www.tagesschau.de/inland/gedenken-brandanschlag-moelln-101.html> / eingesehen am 23. November 2022

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

**Baden-Württemberg:
Ermittlungen gegen Neonazis
wegen des Verdachts der Vorbereitung einer schweren
staatsgefährdenden Gewalttat**

In einer gemeinsamen Pressemitteilung der Staatsanwaltschaft Stuttgart und des Landeskriminalamtes (LKA) Baden-Württemberg vom 22. November wird mitgeteilt, dass die Staatsanwaltschaft Stuttgart mit Unterstützung des LKA Baden-Württemberg seit September 2022 ein Ermittlungsverfahren gegen eine Personengruppe aus dem rechtsextremen Milieu wegen des Verdachts der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat führt.

Der Tätergruppierung wird demnach vorgeworfen, als Ableger einer rechtsextremen Gruppierung Waffen in Osteuropa erwerben zu wollen. Das LKA Baden-Württemberg führte mit Unterstützung von Polizeikräften des Freistaates Bayern in den frühen Morgenstunden des 22. November 2022 eine großangelegte Durchsuchungsaktion in acht Objekten durch. Ein Objekt befand sich dabei in Bayern, sieben Objekte in Baden-Württemberg. In Baden-Württemberg sollen die Durchsuchungen laut Staatsanwaltschaft und LKA in Stuttgart, Mannheim, im Enzkreis (Niefern-Öschelbronn) und im Kreis Ludwigsburg stattgefunden haben. Hierbei wurden umfangreiche Beweismittel wie beispielsweise NS-Devotionalien, diverse erlaubnisfreie Waffen und elektronische Datenträger sicher gestellt. Die strafprozessualen Maßnahmen richteten sich gegen insgesamt fünf Beschuldigte im Alter von 19 bis 23 Jahren, darunter sind auch Mitglieder der neonazistischen Kleinstpartei Neue Stärke Partei (NSP).

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110980/5376504> / eingesehen am 22. November 2022

**Bundesweit:
Die AfD-Bundestagsfraktion
hat eine religionspolitische
Sprecherin gewählt.**

Die AfD-Bundestagsfraktion hat ein Jahr nach der Bundestagswahl und als letzte Fraktion im Bundestag eine religionspolitische Sprecherin gewählt. Die aus Rheinland-Pfalz stammende Nicole Höchst ist Katholikin und alleinerziehende Mutter von vier Kindern. Anlässlich ihrer Wahl zur kirchenpolitischen Sprecherin der AfD-Bundestagsfraktion teilte Höchst mit: „Ich bin angetreten, das Amt der kirchenpolitischen Sprecherin im Interesse der Christen in Deutschland in einer Zeit auszufüllen, in der das Christentum in unserem Land sich freiwillig zunehmend der Politisierung unterwirft. Gott ist nicht tot. Ich bin Christin und Katholikin, der Glaube und christliche Werte ein Anliegen sind: Als vierfache Mutter ist der Schutz der Familie und der Lebensschutz mir ein besonderes Anliegen. Das Angleichen der christlichen Lehre an den Zeitgeist, das um den synodalen Weg herum diskutiert wird und immer mehr Zugriff auf zentrale Säulen des Glaubens erlangt, lehne ich ab.“

Für die AfD sitzt Höchst bereits seit 2017 im Deutschen Bundestag und dort im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung. Höchst trat 2013 aus der CDU aus und der AfD bei. 2018 machte sie Schlagzeilen, weil sie die Zahl Behinderter in Deutschland in Zusammenhang mit der Zahl Zugewanderter brachte. In einer kleinen Anfrage an die Bundesregierung formulierte sie gemeinsam mit drei anderen Abgeordneten der AfD-Fraktion: „Wie viele der in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Schwerbehinderten (bitte hier alle Arten von Behinderungen zusammenfassen) besitzen keine deutsche Staatsbürgerschaft (bitte nach Jahren seit 2012 aufschlüsseln)?“ Durch weitere Fragen in diesem Dokument brachte sie Behinderungen in Zusammenhang mit einem mutmaßlich häufigeren Inzest bei Zuwandererfamilien. Aus den Zahlen der Antwort der Bundesregierung geht hervor, dass die Anzahl der schwerbehinderten Migranten zwar gewachsen ist, jedoch im Vergleich zur Menge der deutschen Schwerbehinderten noch immer verschwindend gering ist. So lebten 2001 insgesamt rund 6,712 Millionen Menschen mit Schwerbehinderung in der Bundesrepublik, davon 6,461 Millionen mit deutschem Pass und 250.688 ohne deutschen Pass. Im Jahr 2015 waren es insgesamt 7,615 Millionen Schwerbehinderte, davon 422.445 ohne und 7,193 Millionen mit deutschem Pass.

Höchst lehnt außerdem die Gleichstellung homosexueller Paare und ein entsprechendes Adoptionsrecht ab. Anfang des Jahres 2019 sorgte Höchst erneut für Schlagzeilen: „Meiner Meinung nach hat die Machtergreifung schon stattgefunden. Der Schnauzer trägt jetzt Raute“, sagte Höchst. In einem ZDF-Interview im November 2019 verteidigte Höchst das Zitat: „Wenn ich mir anschau, wie damals, meinen Geschichtskenntnissen nach, Adolf Hitler an die Macht gekommen ist, was gleichgeschaltet wurde [...] und ich vergleiche das mit dem, wie wir heute eine Zivilgesellschaft pampern, die auf politische Gegner zugeht [...] Ich sehe da sehr viele Parallelen“, sagte Höchst. Auf den Einwand des ZDF, dass Hitler unter anderem für den Mord an sechs Millionen Juden verantwortlich sei, antwortete sie: „Wir haben im Moment eine Phase, wo wir den Ausgang noch nicht kennen. Und wir wissen noch nicht, wo diese Geschichte, die jetzt angestrebt wird durch die totalitaristische Tendenz unserer herrschenden Politik – wir wissen noch nicht, wo es endet. Wenn in 50 Jahren wir den Vergleich wieder rauskramen und ich sollte noch leben und meine kassandrischen Fähigkeiten haben mich im Stich gelassen, dann entschuldige ich mich sehr gerne dafür“, sagte die AfD-Politikerin.

<https://afdKompakt.de/2022/11/23/afd-fraktion-im-deutschen-bundestag-waehlt-kirchenpolitische-sprecherin/> / eingesehen am 23. November 2022

<https://www.katholisch.de/artikel/42216-afd-bundestagsfraktion-hat-neue-kirchenpolitische-sprecherin-gewaehlt> / eingesehen am 24. November 2022

<https://www.welt.de/politik/deutschland/article203847210/AfD-Politikerin-Nicole-Hoehst-vergleicht-Merkel-mit-Hitler.html> / eingesehen am 24. November 2022

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Nicole Höchst, Franziska Gminder, Jürgen Pohl, Verena Hartmann und der Fraktion der AfD. Schwerbehinderte in Deutschland, BT-Drs. 19/1623 vom 12. April 2018: <https://dserver.bundestag.de/btd/19/016/1901623.pdf>

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Sachsen-Anhalt:
**NSU-Waffenbeschaffer muss
 verbliebene Gefängnisstrafe
 absitzen**

Wegen Beihilfe zum Mord in neun Fällen wurde der frühere thüringische NPD-Funktionär Ralf Wohlleben im Juli 2018 im NSU-Prozess zu zehn Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. Einen Teil davon wollte er zur Bewährung aussetzen lassen – das wurde vom Bundesgerichtshof (BGH) am 22. November abgelehnt. Der rechtskräftig als Waffenbeschaffer des NSU verurteilte Wohlleben muss seine verbliebene Gefängnisstrafe antreten und bis auf Weiteres absitzen. Unter Berücksichtigung des Sicherheitsinteresses der Allgemeinheit könne „eine vorzeitige Haftverschonung nicht verantwortet werden“, teilten die Karlsruher Richter mit. In einem halben Jahr könnte Wohlleben einen neuen Antrag stellen (Az. StB 43/22). „Wegen des sehr hohen Gewichts der durch einen möglichen Rückfall bedrohten Rechtsgüter“ seien hier „besonders strenge Anforderungen an die Erwartung künftiger Straffreiheit zu stellen“. Dabei sehen die Richter das Risiko „nicht in eigenen Gewalttaten, sondern im künftigen möglichst unauffälligen Unterstützen fremder Gewalttaten“ aus der rechtsextremen Szene.

Wohlleben war wenige Tage nach der Münchner Urteilsverkündung aus der Untersuchungshaft entlassen worden. Wohlleben war daraufhin zu seiner Familie zurückgekehrt und mit ihr in ein kleines Dorf in Sachsen-Anhalt gezogen. Zu diesem Zeitpunkt saß er schon mehr als sechseinhalb Jahre in U-Haft. Weiter in Haft bleibt dagegen Beate Zschäpe, die wegen der Mittäterschaft an zehn Morden des NSU zu lebenslanger Haft verurteilt wurde.

<https://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/politik/wohlleben-resthaft-nsu-prozess-106.html> /
 eingesehen am 22. November 2022

<https://www.sueddeutsche.de/politik/nsu-wohlleben-reststrafe-1.5730550> /
 eingesehen am 11. Januar 2023

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Nordrhein-Westfalen:
**Vor 30 Jahren: Altnazi attackiert
 Holocaust-Überlebenden**

In einem Seniorenheim in Wülfrath wurde der 92-jährige Holocaust-Überlebende Alfred Salomon am 21. November 1992 von einem anderen Bewohner der Einrichtung wegen seiner jüdischen Herkunft beschimpft und geschlagen. Der Angreifer war Johann Krohn, ein ehemaliger Oberführer der NS-Organisation Todt. Salomon erlitt infolge des Angriffs einen Herzinfarkt und starb. Das Ermittlungsverfahren gegen den Täter Krohn wurde eingestellt, die braune Vergangenheit des Täters wurde von der Kripo nicht erfragt.

https://twitter.com/Report_Antisem/status/1594600449205829636 / eingesehen am 21. November 2022

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Bundesweit / Baden-Württemberg /
 Berlin / Schleswig-Holstein:
**Reichsbürgerin zu Haftstrafe
 verurteilt**

Das Landgericht Lüneburg hat die 61-jährige Berlinerin Heike Werding, Führungskraft der 2016 in Berlin gegründeten und im März 2020 vom Bundesminister des Innern verbotenen Reichsbürger-Gruppe Geeinte deutsche Völker und Stämme (GdVuSt), wegen „Verstoßes gegen das Verbot in Tateinheit mit Verwenden und Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen, Volksverhetzung und Missbrauchs von Berufsbezeichnungen“ am 22. November zu einer Freiheitsstrafe von drei Jahren und sechs Monaten verurteilt. Werding war in dem Prozess vorgeworfen worden, als Führungsfigur der Gruppe in den sozialen Medien und bei Vorträgen Reichsbürger-Ideologien und rassistische Inhalte verbreitet zu haben. Am ersten Prozesstag hatte Werding zugegeben, sich etwa unter falschem Namen als Rechtsanwältin ausgegeben zu haben. Sie erkenne die staatlichen Systeme nicht an und sehe die Bundesrepublik als Firma. Die Verurteilte hat Revision gegen das Urteil eingelegt. Mit dem Verbot der GdVuSt wurde auf Bundesebene erstmals eine Vereinigung der Reichsbürger verboten. Die Durchsuchungen bei 21 führenden Vereinsmitgliedern erfolgten zeitgleich in Berlin, Baden-Württemberg, Bayern, Brandenburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Sachsen und Thüringen. Sichergestellt wurden unter anderem Schusswaffen, Baseballschläger, drei abgesägte Schrotflinten, drei Armbrüste, zwei Macheten, eine Zwille, ein japanisches Kampfschwert, Propagandamaterialien sowie geringe Mengen Betäubungsmittel. Zur Umsetzung des Verbots wurden in Baden-Württemberg zeitgleich vier Objekte in den Regierungsbezirken Karlsruhe und Freiburg durchsucht, Vereinsvermögen beschlagnahmt sowie Beweismittel sichergestellt. Sechs Funktionsträgern und Mitgliedern des Vereins GdVuSt wurde die Verbotungsverfügung des Bundesinnenministeriums zugestellt. Insgesamt waren unter Leitung des Polizeipräsidenten Karlsruhe und unter Beteiligung der Polizeipräsidenten Mannheim, Freiburg und Pforzheim rund 60 Beamtinnen und Beamte der Polizei im Einsatz. Das Verbot erfolgte auf Grundlage von Artikel 9 Absatz 2 des Grundgesetzes in Verbindung mit § 3 des Vereinsgesetzes.

>>>

Die Zwecke und Tätigkeiten des Vereins GdVuSt laufen den Strafgesetzen zuwider, richten sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung und gegen den Gedanken der Völkerverständigung.

<https://www.tagesspiegel.de/berlin/berliner-reichsbürger-chefin-verurteilt-heike-werding-muss-uber-drei-jahre-in-haft-8911618.html> / eingesehen am 23. November 2022

<https://www.kontextwochenzeitung.de/gesellschaft/471/wahnsinnige-waffennarren-6639.html> / eingesehen am 23. November 2022

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

**Baden-Württemberg:
Querdenken-Kundgebung
in Schwäbisch Hall**

Rund 1.600 Menschen haben am 26. November an einer Querdenken-Demo in Schwäbisch Hall teilgenommen. Der Aufmarsch war einer der teilnehmerstärksten dieser Art in Baden-Württemberg.

<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/heilbronn/querdenker-demo-in-schwaebisch-hall-ruhig-verlaufen-100.html> / eingesehen am 27. November 2022

**Sachsen:
Demonstration unter dem Motto
„Ami go Home!“ in Leipzig**

Am Sonnabend, dem 26. November 2022 fand in Leipzig eine Kundgebung unter dem Motto „Ami go home!“ statt. 15.000 Menschen waren laut Versammlungsbehörde für die Veranstaltung angemeldet gewesen. Tatsächlich versammelten sich nur ca. 1.000 Teilnehmer und Teilnehmerinnen. Initiator des Aufmarsches war das rechtsextreme Monatsmagazin Compact. Compact bezeichnete den Aufmarsch als einen „Riesenerfolg für Freie Sachsen, Thüringer Patrioten und auch für unser COMPACT-Magazin“ und will 6.000 Demonstranten gezählt haben. Als Veranstalter, Redner oder Organisatoren wirkten Akteure aus dem extrem rechten Spektrum mit, wie der ehemalige AfD-Landtagsabgeordnete André Poggenburg (Sachsen-Anhalt), der Bundestagsabgeordnete Robert Farle (mit Ablauf des 8. September 2022 aus der AfD-Bundestagsfraktion ausgeschieden), Stefan Hartung als stellvertretender Vorsitzender der Freien Sachsen (Erzgebirge), Egbert Ermer von der Bürgerinitiative Aufbruch Deutschland oder Frank Haußner von den Patrioten Ostthüringen. Compact-online erklärte zur Demonstration: „Jedem war klar, dass mit diesem Tag etwas Neues begonnen hat: die Konzentration aller Proteste auf den Hauptfeind, das US-Besatzungsregime.“

Als gesichert extremistisch bewertet das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) das monatlich erscheinende Compact-Magazin, ein Sprachrohr der Neuen Rechten, das eine zentrale Rolle bei der Mobilisierung der Coronaleugner- und Impfgegner spielt. „Die Compact-Magazin GmbH trägt Positionen und Aussagen in die Öffentlichkeit, die eindeutig als völkisch-nationalistisch sowie minderheitenfeindlich zu bewerten sind“, heißt es. Die Medien des Unternehmens enthielten „wiederholt antisemitische Verschwörungsmythen und islamfeindliche Motive“. Die von Compact ausgehende „Agitation gegen die Regierung“ bringe eine „grundsätzliche Ablehnung demokratischer beziehungsweise demokratisch legitimierter Entscheidungsprozesse zum Ausdruck“, wird dargestellt. In der Ausgabe des Compact-Magazins von Mai 2018 liest man: „Aufgabe der oppositionellen Medien ist es, zum Sturz des Regimes beizutragen, und dabei gehen wir Schulter an Schulter.“ Chefredakteur und Geschäftsführer ist der aus Pforzheim stammende Jürgen Elsässer, einer der zentralen Akteure der neurechten Szene, Pegida-Redner und Sympathisant des rechten AfD-Flügels um Björn Höcke. Compact besteht aus einem Magazin nebst Sonderausgaben, einem Online-Auftritt und einer Sendung namens Compact TV. Nach eigenen Angaben hat das Heft eine Auflage von 40.000. Die Inhalte der Sendung werden auf einem Youtube-Kanal beworben.

PI-NEWS / eingesehen am 27. November 2022

Compact-Magazin 1/2023, S.7

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

**Baden-Württemberg:
Rücktritt des AfD-Fraktionschefs
Bernd Gögel**

Der baden-württembergische AfD-Fraktionschef Bernd Gögel tritt nach einem Strafbefehl wegen Schwarzarbeitsvorwürfen zurück und will sein Amt zum 31. Dezember 2022 niederlegen, teilte der 67-jährige am 29. November mit. „Ich tue das [...], um angesichts des laufenden Gerichtsverfahrens, dessen Dauer nicht absehbar ist, Schaden von der Fraktion abzuwenden“, begründete er die Entscheidung. Gegen Gögel stehen Schwarzarbeitsvorwürfe im Raum, er hatte deshalb vor kurzem sogar einen Strafbefehl erhalten. Das Amtsgericht Pforzheim verhängte wegen des „Vorwurfs des Vorenthaltens und Veruntreuens von Arbeitsentgelt“ in elf Fällen eine Geldstrafe in Höhe von 140 Tagessätzen zu je 195,- Euro (= 27.300,- Euro). Gögel wäre vorbestraft, wenn er den Strafbefehl annehmen würde. Er hat aber nach eigenen Worten Einspruch eingelegt. Von 2003 bis 2017 war Gögel selbstständiger Speditionskaufmann und Geschäftsführer in Sulz am Neckar. Der Ständige

Ausschuss des Landtags hatte im September 2022 beschlossen, die Immunität des Abgeordneten aufzuheben. Gögel wurde 2016 und 2021 für den Enzkreis in den Landtag gewählt. 2021 war Gögel Spitzenkandidat bei der Landtagswahl. Zuletzt wurde er im April 2021 erneut zum Fraktionsvorsitzenden gewählt.

<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/afd-fraktionschef-goegel-tritt-zurueck-102.html> / eingesehen am 29. November 2022

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

**Bundesweit / Niedersachsen:
Vor 70 Jahren wurde die Gedenkstätte Bergen-Belsen eingeweiht**

Am 30. November 1952 weihte Bundespräsident Theodor Heuss (FDP) die Gedenkstätte im niedersächsischen Bergen-Belsen, einen Obelisk und die Inschriften-Wand, die es auch heute noch gibt, mit einem Schuldbekenntnis ein: „Wir wussten von Dachau, Buchenwald bei Weimar, Oranienburg, Ortsnamen bisher heiterer Erinnerung, über die jetzt eine schmutzig-braune Farbe geschmiert war [...] Wir haben von den Dingen gewusst. Wir wussten auch aus den Schreiben evangelischer und katholischer Bischöfe [...] von der systematischen Ermordung der Insassen deutscher Heilanstalten [...]“ Das damalige Staatsoberhaupt erklärte weiter: „Dieses Belsen und dieses Mal sind stellvertretend für ein Geschichtsschicksal. Es gilt den Söhnen und Töchtern fremder Nationen, es gilt den deutschen und ausländischen Juden, es gilt auch dem deutschen Volke und nicht bloß den Deutschen, die auch in diesem Boden verscharrt wurden.“ Eindringlich wandte sich Heuss gegen einen Schlussstrich: „Die Völker, die hier die Glieder ihres Volkes in Massengräbern wissen, gedenken ihrer, zumal die durch Hitler zu einem volkhafteigen Bewußtsein schier gezwungenen Juden. Sie werden nie, sie können nie vergessen, was ihnen angetan wurde; die Deutschen dürfen nie vergessen, was von Menschen ihrer Volkszugehörigkeit in diesen schamreichen Jahren geschah.“ Besucher kamen jedoch erst vermehrt mit dem Erscheinen der Taschenbuch-Ausgabe des Tagebuchs von Anne Frank im Jahr 1955. Eine Ausstellung kam erst 1966. Erst Ende der 1980er-Jahre wurde in der Gedenkstätte auch Personal angestellt, so Elke Gryglewski, Leiterin der Gedenkstätte Bergen-Belsen, in einem Interview anlässlich des 70. Jahrestages der Einweihung der Gedenkstätte Bergen-Belsen.

<https://www.domradio.de/artikel/zur-gruendung-der-gedenkstaette-bergen-belsen-vor-70-jahren/> / eingesehen am 30. November 2022

https://www.zeit.de/reden/die_historische_rede/heuss_holocaust_200201/komplettansicht/ / eingesehen am 30. November 2022

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

**Bundesweit:
Achter bundesweiter Aktionstag gegen Hass und Hetze im Netz**

Am 30. November führten die Ermittlungsbehörden den achten bundesweiten Aktionstag gegen Hass und Hetze im Netz durch. Damit wird ein klares Signal gegen online verbreiteten Hass und Hetze gesetzt, denn Aufforderungen zu Straftaten, Bedrohungen, Nötigungen oder Volksverhetzungen im Netz sind Straftaten, die mit bis zu fünf Jahren Haft geahndet werden können. In Baden-Württemberg sind die Fallzahlen der Hasskriminalität im Jahr 2021 im Vergleich zum Vorjahr 2020 um weitere 137 Fälle auf 883 Fälle angestiegen. Davon wurde annähernd die Hälfte der Delikte (421 Fälle) im Internet verübt. An dem vom Bundeskriminalamt (BKA) koordinierten Aktionstag gegen Hasspostings beteiligen sich 14 Bundesländer. 91 polizeiliche Maßnahmen wurden durchgeführt, darunter Wohnungsdurchsuchungen und Vernehmungen. Anlass der Ermittlungen sind der Verdacht der Volksverhetzung, das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger und terroristischer Organisationen, die Belohnung und Billigung von Straftaten und Beleidigungen sowie die gegen Personen des politischen Lebens gerichtete Beleidigung, üble Nachrede und Verleumdung.

Bei Hasskriminalität handelt es sich um Straftaten, bei denen in Würdigung der Umstände der Tat und/oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass die Tat sich gegen eine Person wegen der ihr zugeschriebenen oder tatsächlichen Nationalität, ihrer ethnischen Zugehörigkeit, Hautfarbe, Religionszugehörigkeit, Weltanschauung, physischen und/oder psychischen Behinderung oder Beeinträchtigung, sexuellen Orientierung und/oder sexuellen Identität, politischen Haltung, Einstellung und/oder Engagements, ihres äußeren Erscheinungsbildes oder sozialen Status gerichtet ist und damit im unmittelbaren Zusammenhang steht oder sich in aus diesen Motiven gegen eine Institution oder eine Sache richtet.

„Hass und Hetze im Internet gefährden unsere Demokratie und bereiten den Nährboden für extremistische Gewalt“, äußerte sich Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) anlässlich des Aktionstages. „Wir müssen hier klare Grenzen aufzeigen und Täter aus ihrer vermeintlichen An-

nymität holen.“ Auch das BKA warnt vor Hasspostings als Impulsgeber für Gewalttaten und ruft gleichzeitig zur Unterstützung bei der Bekämpfung auf: Wer auf solche Postings stößt oder selbst Opfer wird, solle Netzwerkbetreiber zum Löschen auffordern und bei der Polizei Anzeige erstatten. Der baden-württembergische Innenminister Thomas Strobl betonte anlässlich des bundesweiten Aktionstages zur Bekämpfung von Hasspostings, dass das Internet „kein rechtsfreier Raum“ sei: „Die Strafverfolgung ist wichtig, um Täterinnen und Täter ihrer verdienten Strafe zuzuführen. Daneben stehen Betroffenen von Hass und Hetze aber auch Meldestellen und Beratungsangebote zur Verfügung, die sich unabhängig von einer Strafanzeige um ihre Belange kümmern. Die Sicherheitsbehörden begegnen den Entwicklungen von Hass und Hetze nicht allein, sondern im gesamtgesellschaftlichen Ansatz gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Partnern“.

Sascha Krolzig, seit Januar 2023 Vorsitzender des NPD-nahen Kreisverbandes Heimat Dortmund und vormals Bundesvorsitzender der neonazistischen Kleinstpartei Die Rechte, widmet den Aktionstagen gegen Hasskriminalität einen Abschnitt seines 2022 erschienenen Buches „Deutschland retten! – Eine Ermutigung zum Mitmachen“. Darin heißt es: „Aus der Sicht des Systems erfüllen die ‚Aktionstage gegen Hasskriminalität‘ einen ganz bestimmten Zweck: Kritische Bürger sollen wissen, dass es grundsätzlich jeden treffen kann, der sich im Internet ablehnend gegen das System äußert und dabei gegen Meinungsparagrafen verstoßen haben könnte. Das Spiel mit der Angst soll dazu führen, dass sich Systemkritiker selbst zensieren und ihre Meinung in Zukunft lieber für sich behalten. Diese Form des ideologischen Totalitarismus ist besonders perfide, weil die Unterdrückung nicht mehr in der Öffentlichkeit stattfindet, sondern die Zensur bereits in den Köpfen der Bürger beginnt, wo kein anderer Mensch davon Kenntnis nehmen kann.“

Pressemitteilung der Generalstaatsanwaltschaft Koblenz vom 30. November 2022

https://www.bka.de/DE/Presse/Listenseite_Pressemitteilungen/2022/Presse2022/221130_Hasspostings.html / eingesehen am 30. November 2022

<https://www.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/bundesweiter-aktionstag-gegen-hasspostings-3/> / eingesehen am 30. November 2022

<https://www.behörden-spiegel.de/2022/12/06/ein-tag-gegen-den-hass/> / einges. am 7. Dezember 2022
NS. HEUTE / eingesehen am 1. Dezember 2022

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

**Bundesweit:
Bundesregierung legt neue Strategie gegen Antisemitismus vor**

Vor dem Hintergrund stetig steigender antisemitischer Straftaten hat das Bundeskabinett eine Nationale Strategie gegen Antisemitismus und für jüdisches Leben verabschiedet. Felix Klein, Antisemitismus-Beauftragter der Bundesregierung, stellte diese am 30. November in Berlin vor. Die Strategie sieht unter anderem vor, Gesetzeslücken zu schließen und Möglichkeiten zur Strafverfolgung antisemitischer Taten konsequenter auszuschöpfen. Ziel sei es, das Leben von Juden in all seinen Facetten sichtbar zu machen und Judenhass entgegenzuwirken, sagte Klein. 2021 registrierte die Polizei bundesweit 3027 antisemitische Straftaten. Sie waren überwiegend rechtsextrem motiviert. In Anbetracht dieser Zahlen sei die Strategie „dringlicher denn je“, sagte der Antisemitismusbeauftragte. Die rund 50-seitige Strategie formuliert Ziele der Bundesregierung, soll aber auch Leitfaden für andere Akteure wie Schulen, Kulturinstitutionen oder Sportvereine sein. Klein identifizierte in Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen fünf Handlungsfelder, um Antisemitismus in der Politik, in Institutionen wie Polizei und Justiz und in der Zivilgesellschaft entgegenzuwirken. Zu den Handlungsfeldern gehören der Bildungsbereich, die Aufklärung und Verfolgung jüdenfeindlicher Straftaten, die Erhebung von Daten und Forschung über Erscheinungsformen von Antisemitismus sowie die Stärkung der jüdischen Gemeinschaft. Das Papier nennt auch neue Formen der Erinnerungskultur, denn immer weniger Zeitzeugen können von ihren Erfahrungen im Nationalsozialismus berichten.

<https://www.tagesschau.de/ausland/regierung-strategie-antisemitismus-101.html> / eingesehen am 30. November 2022

Beauftragter der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus (Hrsg.): Nationale Strategie gegen Antisemitismus und für jüdisches Leben:

https://www.antisemitismusbeauftragter.de/SharedDocs/downloads/Webs/BAS/DE/nasas.pdf;jsessionid=16A9D9360170C4EF5D88D004FBD756D6.2_cid350?__blob=publicationFile&v=5/
eingesehen am 6. Februar 2023

Dezember

Thüringen: NSU-Mahnmal in Erfurt

Das Bundesland Thüringen bekommt ab 2024 ein NSU-Denkmal auf dem Erfurter Beethovenplatz, neben dem Thüringer Landtag. Schon 2015 hatte der Landtag beschlossen, dass es einen solchen Erinnerungsort im Freistaat geben soll. Eine Säulenskulptur soll an die rechtsextreme Mord- und Terrorserie des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) erinnern. Auf der Metallkonstruktion mit Stahlbögen sollen zehn Stahlplatten montiert werden. In diesen Metallplatten sollen die Namen der zehn vom NSU ermordeten Opfer gelasert sein und durch Sonneneinstrahlung auf den Boden projiziert werden. Auf der Stahlkonstruktion sind QR-Codes angebracht, die auf eine Website weiterleiten. Auf dieser finden sich unter anderem Sprachauszeichnungen, in denen die Hinterbliebenen über die Ermordeten sprechen. Es soll ein Ort geschaffen werden, wo das Zuhören stattfinden kann. Die aus dem thüringischen Jena stammenden NSU-Terroristen Beate Zschäpe, Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt waren zwischen 1999 und 2007 mordend durch die Bundesrepublik gezogen. Der NSU ermordete nachweislich zehn Menschen, verübte Sprengstoffanschläge und beging Raubüberfälle. Am 1. Dezember stellte Thüringens Kulturstaatssekretärin Tina Beer den Entwurf des Mahnmals vor. Beer erklärte, das Mahnmal sei „das Mindeste, was wir für die Hinterbliebenen und Opfer des NSU leisten können“. Dass die Mörder lange Zeit im Umfeld der Opfer gesucht wurden, „beschämt uns bis heute“. Das Denkmal soll das Stuttgarter Künstlerduo Dagmar Korintenberg und Wolf Kipper gestalten. Die Ampel-Bundesregierung will zudem ein virtuelles Archiv zum Rechtsterrorismus einrichten.

<https://taz.de/Thueringen-bekommt-NSU-Mahnmal/15895628/> / eingesehen am 1. Dezember 2022

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Bundesweit / Hessen: Rechtsextremes Gedenken in Dresden 2023

Der 13. Februar 2023 ist der 78. Jahrestag der angloamerikanischen Bombenangriffe auf Dresden. Der hessische NPD-Landesverband ruft aktuell dazu auf, „den 13. Februar zum offiziellen Gedenktag“ zu machen. „Errichtet ein würdiges und zentrales Denkmal für die Luftkriegstoten von Dresden!“, so die NPD. Die Forderung nach einem Gedenktag erhob erstmals in den 1990er Jahren die neonazistische Junge Landsmannschaft Ostpreußen (JLO). Anlässlich des 60. Jahrestages der Bombardierung Dresdens hatte die sächsische NPD-Landtagsfraktion am 21. Januar 2005 eine Aktuelle Debatte zum Thema „60. Jahrestag des anglo-amerikanischen Terrorangriffs auf Dresden“ beantragt. Während dieser Debatte bezeichnete ein NPD-Abgeordneter die alliierten Luftangriffe als „Bombenholocaust von Dresden“.

Homepage NPD Hessen / eingesehen am 1. Dezember 2022

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Sachsen: Ex-AfD-MdB als Richter abgesetzt

Der als „kleiner Höcke“ bekannte ehemalige Richter und spätere AfD-Bundestagsabgeordnete Jens Maier darf nicht mehr im Namen des Volkes urteilen. Das Dienstgericht für Richter am Landgericht Leipzig hat am 1. Dezember entschieden, dass der vom Verfassungsschutz als rechtsextrem eingestufte Maier nicht mehr Recht sprechen darf (Urteil vom 01.12.2022, Az. 66 DG 2/22). Das sächsische Richterdienstgericht gab damit einem Antrag des Landesjustizministeriums statt, Maier vorzeitig in den Ruhestand zu versetzen.

Maier war von 2017 bis 2021 Bundestagsabgeordneter und wollte nach dem Verlust seines Mandats wieder als Richter am Landgericht Dresden arbeiten. Auf seinen Antrag wies ihm das Justizministerium 2021 eine Stelle beim Amtsgericht Dippoldiswalde zu, beantragte aber zugleich seine Versetzung in den Ruhestand. Im März 2022 wurde ihm vorläufig das Führen der Amtsgeschäfte untersagt. Richterinnen und Richter sind unabhängig, deshalb darf die Exekutive nur in Ausnahmefällen eingreifen, um sie aus dem Dienst zu entfernen. Äußerungen als Abgeordnete stehen unter dem grundgesetzlichen Schutz der Indemnität. Parlamentarier sollen frei reden können und deshalb keine Nachteile befürchten müssen. Daher ging es vor Gericht insbesondere um Tweets und Postings in sozialen Netzwerken sowie Wahlkampfreden, die Maier als AfD-Politiker außerhalb des Bundestags hielt. Gegen das Urteil des Dienstgerichts kann Maier nun Revision einlegen. Als Nächstes müsste sich dann das Dienstgericht des Bundes mit dem Fall beschäftigen, ein Spezialsenat beim Bundesgerichtshof in Karlsruhe.

Das Gericht begründete das Urteil unter anderem mit Maiers Tätigkeit als Obmann des rechtsextremen AfD-Flügels (was diesem eine namentliche Erwähnung im Sächsischen Verfassungsschutz-

>>>

bericht 2020 bescherte) sowie zahlreichen Äußerungen in Social-Media-Beiträgen, während Wahlkampfauftritten und in Reden. Der Flügel war ein Zusammenschluss rechtsextremer Personen innerhalb der Partei. Ziel des Zusammenschlusses sei unter anderem gewesen, demokratische Institutionen zu verächtlich zu machen, den Parlamentarismus abzuschaffen und eine völkische Gesellschaftsordnung zu etablieren. Durch eine Tätigkeit von Maier im Staatsdienst würde das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Justiz in hohem Maße Schaden nehmen, so das Gericht. Die Versetzung in den Ruhestand nach Paragraph 31 Richtergesetz sei keine Strafe, erläuterte der Vorsitzende Richter Hanns-Christian John die Urteilsgründe. Ein Richter auf Lebenszeit kann in den Ruhestand versetzt werden, wenn Tatsachen außerhalb seiner richterlichen Tätigkeit eine Maßnahme dieser Art zwingend gebieten, um eine schwere Beeinträchtigung der Rechtspflege abzuwenden, heißt es im Gesetz.

In der Regel haben Beamte einen Anspruch auf Rückkehr in den Staatsdienst, nachdem sie ein Mandat in Parlamenten wahrgenommen haben. Das für Beamte geltende Mäßigungsgebot ruht während der Abgeordnetentätigkeit. Während der Hauptverhandlung im Leipziger Landgericht machte der Vorsitzende Richter Hanns-Christian John klar: Für Äußerungen im Bundestag oder dessen Ausschüssen bestehe Immunität, aber Maier müsse sich bei der Rückkehr in den Staatsdienst auch Äußerungen anrechnen lassen, die er außerhalb des Bundestags während seiner Abgeordnetenzeit getätigt hat, so John: „Beamte im ruhenden Dienstverhältnis sind stärker aus ihren Pflichten herausgelöst, aber sie sind nicht gänzlich daraus befreit.“ Sie müssten nachweisen, jederzeit die Gewähr zu bieten, im Sinne des Grundgesetzes für die freiheitlich-demokratische Grundordnung einzutreten. Besonders gewichtig für die Entscheidung des Gerichts schien ein Tweet unter Maiers Namen aus März 2019, in dem es hieß: „Wenn Angeklagte ‚AfD-Richter‘ fürchten, haben wir alles richtig gemacht.“ Der Tweet fiel aus Sicht des Dienstgerichts besonders ins Gewicht, weil Maier hier seine eigene Rolle als Richter zum Gegenstand mache. Der Freistaat muss Maier die Ruhestandsbezüge, die im als 60-Jährigen zustehen, zahlen.

<https://www.lto.de/recht/justiz/j/lg-leipzig-66dg222-jens-maier-versetzung-in-vorzeitigen-ruhestand-prozess-urteil/> / eingesehen am 1. Dezember 2022

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

**Bayern:
ICE-Schnellbremsung wegen
Corona-Leugnern**

Das Amtsgericht Gemünden hat am 2. Dezember zwei mutmaßliche Corona-Leugner wegen fahrlässigen gefährlichen Eingriffs in den Schienenverkehr zu Freiheitsstrafen verurteilt. Der Tatbestand: fahrlässiger gefährlicher Eingriff in den Bahnverkehr und Nötigung. Angeklagt waren ein 38-jähriger Mann und eine 61-jährige Frau. Der Mann erhielt eine Freiheitsstrafe von einem Jahr und neun Monaten, die Frau eine Strafe von neun Monaten. Letztere ist zur Bewährung ausgesetzt. Das Gericht sieht es als erwiesen an, dass beide am 6. Januar 2021 bei einer abgesprochenen „Störaktion“ Transparente über eine Zugstrecke in Unterfranken, zwischen Waigolshausen im Landkreis Schweinfurt und Gemünden im Landkreis Main-Spessart, gespannt haben. Ein ICE musste damals eine Schnellbremsung einleiten. Unter dem Titel „D-Day 2.0“ kursierten auf dem Messenger-Dienst Telegram im Vorfeld des Dreikönigstags 2021 bundesweit Aufrufe der Szene der Corona-Leugner und Gegner der Corona-Maßnahmen zu Störaktionen. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Beide Angeklagten haben mehrmals an Corona-Protesten in Unterfranken teilgenommen, beziehungsweise diese mitorganisiert, geleitet oder angemeldet.

<https://www.br.de/nachrichten/bayern/plakate-ueber-bahngleise-mutmassliche-querdenker-verurteilt,TORb1Xh/> / eingesehen am 3. Dezember 2022

<https://www.br.de/nachrichten/bayern/berufung-im-prozess-um-querdenker-plakate-auf-ice-schienen,TPnv8fj/> / eingesehen am 12. Dezember 2022

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Baden-Württemberg:
**Bundes-, Landes- und
 Kommunalpolitiker von
 Grünen und SPD besuchten
 die Dokumentationsstelle
 Rechtsextremismus.
 Weiterer Ausbau der
 zivilgesellschaftlichen
 Einrichtung zugesichert**

Parlamentarier sowie Politiker der Grünen (6. Dezember) und der SPD (5. Dezember) informierten sich vor Ort über den Aus- und Aufbau der Dokumentationsstelle Rechtsextremismus im Landesarchiv Baden-Württemberg am Standort Generallandesarchiv Karlsruhe. Der Meinungsaustausch zwischen Politik und Dokumentationsstelle Rechtsextremismus fand nur wenige Stunden vor der größten Anti-Terror-Razzia seit Bestehen der Bundesrepublik statt. Schwerpunkt der bundesweiten Durchsuchungen im Milieu der verfassungsfeindlichen Reichsbürger war der Südwesten. Der Leiter des Generallandesarchivs, Professor Wolfgang Zimmermann, und sein Team gaben Einblicke in ihre Arbeit, die die Vernetzung rechtspopulistischer bis rechtsextremer Personen und Strukturen recherchiert und wissenschaftlich dokumentiert.

Die Einrichtung der Dokumentationsstelle Rechtsextremismus im Generallandesarchiv Karlsruhe durch das Land Baden-Württemberg im Juli 2020 geht zurück auf eine Initiative der Grünen und der anschließenden Beschlussempfehlung des Zweiten Untersuchungsausschusses des baden-württembergischen Landtags zum rechtsterroristischen Nationalsozialistischen Untergrund (NSU). Zugegen bei dem Meinungsaustausch waren rund 30 Grünen-Abgeordnete aus Bundestag, Landtag und Kommunalpolitik. Die SPD war mit einer mehrköpfigen Delegation ihrer Landtagsfraktion vertreten. An den Gesprächen nahm auch Dr. Clemens Rehm, stellvertretender Präsident des Landesarchivs Baden-Württemberg, teil.

In einer Diskussionsrunde machte das Team der Dokumentationsstelle die Parlamentarier und Politiker darauf aufmerksam, dass Zeitschriften, die rechtsextreme und verfassungsfeindliche Inhalte propagieren und in die Köpfe der Menschen transportieren, dennoch im freien Handel käuflich erhältlich sind. Ebenso gebe es rechtsextreme Vereine, die als gemeinnützig bei den Finanzämtern anerkannt sind. Aus Sicht der Dokumentationsstelle Rechtsextremismus muss hier dringend Abhilfe geschaffen werden. „Eine wehrhafte Demokratie muss ihren Feinden auch die Grenzen ihrer hass erfüllten Intoleranz aufzeigen!“, so Wolfgang Zimmermann.

Thematisiert wurde auch die Rolle des Kopp Verlages in Rottenburg am Neckar. Der Verlag verbreitet in großem Umfang Verschwörungsliteratur, die Zuspruch in Kreisen von Querdenkern, Corona-Leugnern und Impf-Gegnern findet. Dr. Rehm mahnte, der Werdegang vom Verschwörungsgläubigen hin zum Rechtsextremisten sei kein weiter Weg: „Hier erwarten wir ein waches Auge der Dokumentationsstelle Rechtsextremismus!“

Kern und Ausgangspunkt der Dokumentationsstelle ist das Archiv des Journalisten Anton Maegerle, der seit den 1980er Jahren zum Thema Rechtsextremismus arbeitet. Maegerle schenkte dem Generallandesarchiv ca. 2.500 Aktenordner, eine Vielzahl von Publikationen und Zeitschriften sowie eine umfangreiche digitale Dokumentation. Die Sammlung gilt als größte ihrer Art in Deutschland und wird derzeit von der Dokumentationsstelle erschlossen. Gleichzeitig führt die Dokumentationsstelle die Recherchetätigkeit des Journalisten fort.

Die SPD-Landtagsabgeordneten bedankten sich für die informativen Einblicke in die Arbeit der Dokumentationsstelle Rechtsextremismus. „Die Dokumentationsstelle dient aufbauend auf die Sammlung Anton Maegerles als historisches Gedächtnis rechtsradikaler Vernetzung. Dadurch können Verbindungen innerhalb der Szene innerhalb kürzester Zeit transparent gemacht werden und zudem der Blick geschärft werden, wie sich Radikalisierung über Jahrzehnte aufbaut und entwickelt. Hierdurch werden Lehren für den Kampf gegen den zunehmenden Rechtsextremismus zu ziehen sein. Wir dürfen nicht zulassen, dass wieder eine rechtsradikale Terrorgruppe ihre Blutspur durch unser Land zieht“, führte der Obmann der SPD im zweiten NSU-Untersuchungsausschuss, Dr. Boris Weirauch, aus. Für die Grünen erklärte der Karlsruher Landtagsabgeordnete Alexander Salomon: „Wir Grüne sind froh und dankbar über die herausragende und hochprofessionelle Arbeit der Akteure hier in Karlsruhe. Die Dokumentationsstelle hat sich in kurzer Zeit zu einem Ankerpunkt im Netzwerk gegen Rechtsextremismus entwickelt und baut ihre Bedeutung immer weiter aus. Im Frühjahr 2023 gehen wir mit dem Start der noch aufzubauenden universitären Forschungsstelle Rechtsextremismus, die eng mit der Dokumentationsstelle kooperieren wird, den nächsten Schritt. In dieser Kombination schaffen wir den Auf- und Ausbau bundesweit einmaliger wissenschaftlicher Expertise im Themenfeld.“ Fraktionsübergreifend sicherten die baden-württembergischen Parlamentarier und Politiker von Grünen und SPD den weiteren Ausbau der Dokumentationsstelle Rechtsextremismus im Generallandesarchiv Karlsruhe zu.

<https://www.landesarchiv-bw.de/de/aktuelles/nachrichten/75147/> / eingesehen am 15. Dezember 2022

Baden-Württemberg:
Antisemitische Burschenschafter

Vor dem Amtsgericht Heidelberg ist am 8. Dezember das Urteil gegen vier angeklagte Burschenschafter gefallen (Aktenzeichen 4 Cs 461 Js 20286/20 jug.). Das Gericht ist davon überzeugt, dass ein Burschenschafter mit jüdischem Hintergrund, organisiert bei der Alten Leipziger Landsmannschaft Afrania im CC zu Heidelberg, in der Nacht vom 28. auf den 29. August 2020 im Verbindungshaus der Heidelberger Burschenschaft Normannia antisemitisch beleidigt und mit Gürtelschlägen verletzt wurde. Dabei sollen die Wörter „Judensau“ und „Drecksjude“ gefallen sein. Damals wurde in der Burschenschaft Normannia die Stiftungsfeier begangen, bei der auch Gäste aus anderen Burschenschaften zugegen waren. Gegen drei Beschuldigte wurden achtmonatige Bewährungsstrafen wegen Körperverletzung und Beleidigung verhängt. Die Richterin sprach in ihrer Begründung von einer „toxischen Mischung aus Weltanschauung und Suff“. Unter den Tätern waren zwei aktive Verbindungsstudenten der Kölner Burschenschaft Germania.

<https://www.express.de/koeln/koelner-burschenschafter-wegen-antisemitischer-tat-verurteilt-380026/> / eingesehen am 15. Dezember 2022

<https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.heidelberg-haftstrafe-fuer-burschenschaftler.56422666-5f22-446a-a082-f26d995d48da.html> / eingesehen am 15. Februar 2023

<https://www.heidelberg24.de/heidelberg/prozess-burschenschaft-normannia-amtsgericht-urteil-freispruch-bewahrung-91963695.html> / eingesehen am 15. Februar 2023

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Hessen:
AfD-Landtagsabgeordnete verlassen die AfD

Der hessische AfD-Landtagsabgeordnete Walter Wissenbach hat am 8. Dezember seine Partei verlassen. Der Landtagsfraktion warf der 65-jährige vor, sie habe sich „zu einer Versorgungsanstalt für in wirtschaftlichen Schwierigkeiten steckende, für normale Beschäftigungsverhältnisse außerhalb der Partei untaugliche Personen entwickelt“. Wissenbach war Mitbegründer der Alternativen Mitte, einem Gegenpol gegen den inzwischen offiziell aufgelösten völkischen Flügel um den thüringischen AfD-Landeschef Björn Höcke.

Der frühere AfD-Spitzenkandidat bei der hessischen Landtagswahl 2018 Rainer Rahn, seit fast zehn Jahren AfD-Mitglied, hat kurz nach Wissenbach ebenfalls die AfD verlassen. Die Arbeit in der Landtagsfraktion sei von „antidemokratischem Geist“ und „über weite Strecken“ von „fachlicher Inkompetenz“ geprägt, erklärte der 70-jährige. Rahn war Gründungsmitglied des Landesverbandes Hessen und des Kreisverbandes Frankfurt. Die Austritte von Wissenbach und Rahn sind für den hessischen AfD-Landesverband bereits der dritte Austritt innerhalb weniger Wochen: Am 22. November hatte die Bundestagsabgeordnete und ehemalige Co-Landesvorsitzende Joana Cotar aus Langgöns (Gießen) die AfD verlassen. Cotar warf der Partei vor, den einstigen Kurs „einer von ideologischen Einflüssen befreiten Realpolitik zum Wohle Deutschlands“ aufgegeben zu haben. In einer Erklärung schrieb sie: „Anstand spielt in den korrupten Netzwerken innerhalb der Partei keine Rolle mehr.“ Das größte Problem seien Opportunisten, die für Mandate ihre Überzeugungen wechselten und „sich kaufen lassen“. Weiter führte die Politikerin aus: „Die große Nähe führender AfD-Funktionäre zum Präsidenten der Russischen Föderation Vladimir Putin kann und werde ich nicht mehr mittragen. Die Anbiederung der AfD an die diktatorischen und menschenverachtenden Regime in Russland, China und jetzt auch den Iran sind einer aufrechten demokratischen und patriotischen Partei unwürdig. Zu oft habe ich in den letzten Jahren mitbekommen, wie führende Funktionäre gerade für diese Länder Lobbypolitik betrieben haben.“

Cotar gehörte bis Juni dem Bundesvorstand der Partei an und unterlag 2021 beim Kampf um die Spitzenkandidatur bei der Bundestagswahl. Gemeinsam mit Joachim Wundrak wollte sie das AfD-Spitzenduo für die Bundestagswahl bilden. Damals setzten sich jedoch die derzeit amtierenden Bundesvorsitzenden Alice Weidel und Tino Chrupalla durch. Die AfD hatte bei der Bundestagswahl im September 2021 83 Sitze geholt. Nachdem Matthias Helferich wegen früherer Äußerungen mit Bezug zum Nationalsozialismus nicht in die Fraktion aufgenommen wurde, begann die AfD mit 82 Abgeordneten. Cotar ist bereits die vierte Abgeordnete, die seit der Bundestagswahl aus der AfD-Fraktion ausgetreten ist; der Fraktion gehören nun 78 Abgeordnete an. Cotar kündigte an, Bundestagsabgeordnete bleiben zu wollen.

Die extrem rechten Aktivisten von Info-Direkt (Untertitel: „Das Magazin für Patrioten“; Linz, Österreich) ließen zum Austritt von Cotar verlautbaren: „Man mag sich kaum ausmalen, welch ein ungeheures Potential diese Partei hätte, wenn nicht jeden Tag aufs Neue wertvolle Kräfte für öffentlich ausgetragene Streitigkeiten und Personaldebatten aufgebracht würden. Ob nun Lucke, Meuthen oder eben Cotar; wenn die AfD nicht endlich ihren andauernden Reinigungsprozess zu Ende führt, wird sie auch weiter eine Wahlschlappe nach der nächsten erleiden – und dafür ist dann kein

Tino Chrupalla, sondern das Lager der übriggebliebenen ‚Meuthenianer‘ gänzlich allein für verantwortlich.“ Rahn und Wissenbach wollen als partei- und fraktionslose Abgeordnete ihre Arbeit im Landtag fortsetzen. Gleiches gilt für Cotar im Bundestag.

<https://www.hessenschau.de/politik/korrupte-netzwerke-anbiederung-an-diktaturen-bundestagsabgeordnete-cotar-verlaesst-afd-und-rechnet-ab-v5,cotar-austritt-afd-100.html> / eingesehen am 21. November 2021

<https://www.hessenschau.de/politik/landtagsabgeordneter-wissenbach-verlaesst-afd-diese-partei-ist-zu-einer-schande-fuer-deutschland-geworden-v2,afd-wissenbach-parteiaustritt-100.html> / eingesehen am 8. Dezember 2022

<https://www.hessenschau.de/politik/antidemokratischer-geist-auch-ex-spitzenkandidat-rahn-verlaesst-die-afd-hessen-v3,rahn-afd-austritt-100.html> / eingesehen am 9. Dezember 2022

<https://joanacotar.de/alles-fuer-die-freiheit/> Info-DIREKT / eingesehen am 21. November 2022

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Baden-Württemberg -
Rheinland-Pfalz:
Neonazi Christian Hehl ist tot

Am 10. Dezember nahmen mehrere hundert Menschen auf dem Waldfriedhof von Dudenhofen (Rheinland-Pfalz) Abschied von einem „aufrechten und treuen Kämpfer für Deutschland. Christian Rolf Hehl, wir werden dich immer in unseren Herzen tragen, dein Geist der marschiert mit! [...] Tod sind nur diejenigen, die vergessen sind. Doch Hehli, Du wirst nie vergessen sein“, so der Nachruf der neonazistischen Kleinstpartei Die Rechte. Hehl war in den 1990er Jahren Deutschlands bekanntester Neonazi-Skin-Hool. Er starb am 16. Oktober im Alter von 53 Jahren in einem Mannheimer Krankenhaus. Das klischeehafte Konterfei des gebürtigen Ludwigshafeners wurde immer wieder auf den Titelseiten bundesweit erscheinender Illustrierten und Wochenzeitungen gezeigt; so zierte der übergewichtige Neonazi mit dem Totenkopf-Tattoo auf dem rasierten Schädel auch die Titelseite des Lagebildes Rechtsextremismus (1999) des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV). Der Sicherheitsarchitektur war der 1969 geborene Hehl, Spitzname Hehli, seit 1993 als Rechtsextremist bekannt. Tatsächlich war der Kurpfälzer Hehl seit dem Teenie-Alter in der Neonazi-Szene aktiv. Sein politisches Wirken im Laufe der Jahre reichte von der Funktion des kommissarischen Stützpunktleiters der Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP) über aktive Mitgliedschaften bei der Aktionspartei Nationalrevolutionärer Kameraden (ANK), der Nationalistischen Front (NF) und der Deutschen Alternative (DA). Der Kader der Hooligan-Truppe The Firm (SV Waldhof) fungierte als Sektionsleiter Rheinland-Pfalz der Waffen-SS-treuen Gang Blood & Honour, tummelte sich im direkten Umfeld des Aktionsbüros Rhein-Neckar und amtierte als NPD-Landesvorstandsmitglied Rheinland-Pfalz und NPD-Stadtrat in Mannheim.

Hehl nahm am illegalen Rudolf-Heß-Gedenkmarsch am 17. August 1996 in Worms teil. Unter den Aufmarschierten waren auch Neonazis des Thüringer Heimatschutzes (THS), der Keimzelle des NSU; darunter Uwe Mundlos, Beate Zschäpe, Tino Brandt, Andre Kapke und Ralf Wohlleben. Wegen seiner mutmaßlichen Nähe zum NSU wurde Hehl 2018 als Zeuge vom NSU-Untersuchungsausschuss des baden-württembergischen Landtags vernommen. Von der Existenz des NSU will er erst nachträglich erfahren haben: „Es wundert mich ja auch, dass es an mir vorbeigegangen ist.“ Von 2002 bis 2005 organisierte und veranstaltete Hehl mehrfach Rechtsrock-Konzerte und Feiern im Clubhaus der Rockergang MC Bandidos in Mannheim-Rheinau, die deutschlandweite Aufmerksamkeit fanden. Vor Ort waren Szene-Bands wie Siegnium, Propaganda, White Voice, Stonehead, Frontalkraft und Jagdstaffel. An den Veranstaltungen nahmen bis zu 500 Besucher teil. Der Gewalttäter Hehl ist mehrfach rechtskräftig von Gerichten verurteilt worden; unter anderem wegen Raubes, Körperverletzung, Betruges, Sachbeschädigung, Volksverhetzung und schweren Landfriedensbruchs. Das Mannheimer Schöffengericht verurteilte Hehl 2017 wegen Drogenhandels und Verstoß gegen das Waffengesetz. Während seiner Haftzeiten wurde Hehl von der Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige (HNG) betreut. In den HNG-Nachrichten meldete sich Hehl auch immer wieder zu Wort und beendete in der November-Ausgabe 2000 sein Schreiben mit den Worten „Mit unserem Gruß“.

Für einen Skandal sorgte der Stadionsprecher des Fußball-Drittligisten Waldhof Mannheim. Beim DFB-Pokalspiel gegen Nürnberg sagte Mannheims Stadionsprecher wie üblich die Aufstellung der Heimmannschaft an – diesmal widmete er sie dem verstorbenen Neonazi, dessen Vita er nicht gekannt haben will. Als Folge sprach der Stadionsprecher von einem „Fehler“ und erklärte seinen Rücktritt.

<https://www.endstation-rechts.de/news/kurpfaelzer-neonazi-christian-hehl-ist-tot/> / eingesehen am 15. Dezember 2022

<https://www.spiegel.de/sport/fussball/waldhof-mannheim-im-dfb-pokal-stadionsprecher-wuerdigt-verstorbenen-neonazi-a-56b1a046-13fd-4a78-996e-13e11c6b1e85/> / eingesehen am 19. Dezember 2022

Homepage Die Rechte / eingesehen am 15. Dezember 2022

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

**Baden-Württemberg:
AfD, III. Weg und NPD
in Illerkirchberg**

Nach dem tödlichen Messerangriff auf eine 14-jährige Schülerin durch einen Flüchtling in Illerkirchberg (Alb-Donau-Kreis) hat die AfD am 10. Dezember in Illerkirchberg eine Demonstration gegen Migrationspolitik durchgeführt. Rund 120 Menschen folgten dem Aufruf der AfD. Redner waren unter anderem die baden-württembergischen AfD-Landesvorsitzenden Emil Sänze (MdL) und Markus Frohnmaier (MdB). Für Hans-Ulrich Rülke, FDP-Fraktionschef im baden-württembergischen Landtag, ist Sänze ein Verfassungsfeind. Sänze habe gesagt, Landtagspräsidentin Muhterem Aras (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) dürfe sich nicht zur Erinnerungskultur äußern, weil ihre Vorfahren nicht in deutschen Kriegen gekämpft hätten. „Jemand, der sich derart rassistisch äußert, ist für mich ein Rassist. Und Rassismus ist verfassungsfeindlich.“ Zu den Demonstrierenden gehörte auch die baden-württembergische AfD-Bundestagsabgeordnete Christina Baum. Bei einer von der AfD-Landtagsfraktion beantragten Debatte über die innere Sicherheit hetzte deren Landtagsabgeordneter Daniel Lindenschmid mit den Worten „Hinter jedem messerstechenden und vergewaltigenden Asylbewerber steht ein Politiker der etablierten Parteien, der ihn in unser Land gelassen hat“. Weiter führte der Parlamentarier aus: „an den Händen der etablierten Parteien, an den Händen der Regierung klebt Blut“. „Für Ihre Ideologie der offenen Grenzen gehen Sie über Leichen.“ Vize-Ministerpräsident und Innenminister Thomas Strobl (CDU) sagte, es sei bemerkenswert, wie „auf eine pietätlose, perfide, ja, geradezu perverse Art und Weise eine solch schlimme Gewalttat politisch instrumentalisiert wird“.

Am Montag, dem 12. Dezember 2022 folgten 18 Neonazis dem Demonstrationsaufruf „Importierte Gewalt stoppen!“ der neonazistischen Kleinstpartei Der III. Weg. Eigenangaben zufolge wollten sie in Illerkirchberg ein „Zeichen für den Schutz unseres Volkes und unserer Heimat“ setzen, „gegen den ungehinderten Zuzug zahlloser krimineller Ausländer in unser Land.“ Abschließend war auf der Homepage zu lesen: „Es ist höchste Zeit, diesem skandalösen Treiben ein Ende zu bereiten und sämtliche raum- und kulturfremden Ausländer zurück in ihre Heimat zu schicken!“ Eigenbekunden zufolge war auch die NPD-Nachwuchsorganisation Junge Nationalisten (JN) nach dem Messerangriff aktiv und verteilte in Ulm und Illerkirchberg Flugblätter. Gefordert werden von den JN „Abschiebungen, sichere Grenzen und eine klare Schuldanerkennung der Einwanderungsparteien.“ Weiter heißt es: „Statt der üblichen Beschwichtigungen und geheuchelter Beileidsbekundungen, wollen wir, dass Täter und Verantwortliche klar benannt werden, um weitere Morde und Übergriffe so gut wie möglich zu unterbinden.“

Die Eltern des getöteten Mädchens haben sich mit einem Brief an die Öffentlichkeit gewandt. Sie bitten darum, den Tod ihrer Tochter nicht zu instrumentalisieren und appellieren: „Der Tatort soll Trauerstelle und ein Ort für Begegnungen sein. Kundgebungen und politische Parolen bitten wir an dieser Stelle zu unterlassen. Uns ist es ungemein wichtig, dass alle Menschen, egal welcher Hautfarbe, welcher Religion und mit welcher Ethnie auch immer, nicht pauschal verurteilt werden. Einen Generalverdacht gegenüber bestimmten Volksgruppen und Gemeinschaften dürfen wir nicht zulassen. Dies sollte unsere allergrößte Pflicht als Gesellschaft sein.“

<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/ulm/demo-afd-illerkirchberg-100.html/> / eingesehen am 13. Dezember 2022

<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/ulm/illerkirchberg-eltern-des-getoeteten-maedchens-wollen-frieden-100.html/> / eingesehen am 1. März 2023

<https://rechteumtriebeulm.blackblogs.org/2022/12/11/afd-kundgebung-in-illerkirchberg-am-10-12-2022/> / eingesehen am 13. Dezember 2022

Pressemitteilung des Landtagsabgeordneten Daniel Lindenschmid vom 14. Dezember 2022

<https://www.tag24.de/nachrichten/politik/deutschland/parteien/afd/fdp-fraktionschef-hans-ulrich-ruelke-gegen-afd-verbot-emil-saenze-sei-ein-verfassungsfeind-2696141/> / eingesehen am 21. Dezember 2022

Homepage Junge Nationalisten / eingesehen am 13. Dezember 2022

Homepage Der III. Weg / eingesehen am 17. Dezember 2022

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Österreich / Baden-Württemberg:
Ex-AfD MdLs als Putin-Versteher

Am 12. Dezember hat der Ex-FPÖ-Vorsitzende Heinz-Christian Strache auf einer von ihm initiierten Veranstaltung zum Thema „Kampf um die Ukraine“ in Wien die Plattform für Frieden und Neutralität gegründet. Strache war zu Silvester im Jahr 1989 mit der 1994 wegen Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus verbotenen Wiking-Jugend (WJ) an der deutsch-deutschen Grenze unterwegs. Gäste von Strache waren unter anderem FPÖ-Urgestein Andreas Mölzer, der ehemalige FPÖ-Volksanwalt Peter Fichtenbauer, die AfD-Bundestagsabgeordnete Christina Baum und der ehemalige baden-württembergische AfD-Landtagsabgeordnete Heinrich Fiechtner. Das Motiv für die Veranstaltung sowie die Gründung seiner Plattform sei gewesen, dass es „keine lauten und hörbaren Friedensinitiativen“ gebe, erklärte Strache. Man habe Russland nicht an den Verhandlungstisch gebeten, lautete sein Vorwurf an den Westen. Einig war sich die Runde darüber, dass Russland in den westlichen Medien einseitig negativ dargestellt werde. Auch für Christina Baum, die sich im Bundestag gegen den NATO-Beitritt Schwedens und Finnlands ausgesprochen hatte, ist nicht Kremelchef Putin für den Krieg in der Ukraine verantwortlich, so der Onlineauftritt der rechtsextremen Monatszeitschrift Zuerst!. „Angreifer ist derjenige, der seinen Gegner zwingt, zu den Waffen zu greifen“, zitierte Baum Friedrich den Großen. Sie habe sich schon vor dem Krieg gedacht, „hoffentlich behält Putin die Nerven“, denn dieser sei „permanent provoziert“ worden. Von Moderator Strache gefragt, ob die Ukraine der Inbegriff „westlicher Werte“ sei, antwortete der Ex-AfD-Landtagsabgeordnete Heinrich Fiechtner: „Leider ja, sie ist es – in ihrer ganzen korrupten Verquickung.“

<https://www.derstandard.de/story/2000140636417/von-straches-grossangelegter-ukraine-konferenz-bleibt-ein-kleines-rechtes-grueppchen> / eingesehen am 9. November 2022

Homepage ZUERST! / eingesehen am 17. Dezember 2022

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Sachsen-Anhalt / Bayern:
**Antisemitischer Halle-Terrorist
 nahm JVA-Bedienstete als Geiseln**

Der antisemitische Halle-Terrorist Stephan Balliet hat am Abend des 12. Dezember in der sachsen-anhaltinischen JVA Burg nahe Magdeburg nacheinander zwei Bedienstete in seine Gewalt gebracht und wollte sich den Weg in die Freiheit erzwingen. Er zwang die Beamten, ihm den Weg Richtung Freigelände inmitten der Gefängnismauern aufzuschließen. Nach weniger als einer Stunde wurde der 30-Jährige von der Polizei überwältigt und die Geiseln befreit. Balliet soll bei der Aktion einen selbst gebauten „pistolenähnlichen Gegenstand“ genutzt und auch geschossen haben. Bereits am Pfingstwochenende 2020 hatte Balliet als Angeklagter im Halle-Prozess versucht, aus der JVA Halle zu fliehen. Während eines Hofgangs war er über einen 3,40 Meter hohen Zaun geklettert und hatte fünf Minuten ohne Aufsicht nach Auswegen aus dem Gefängnis gesucht, bevor ihn Justizbedienstete wieder schnappten. Der rechtsextreme Attentäter hatte am 9. Oktober 2019 versucht, am höchsten jüdischen Feiertag Jom Kippur die Synagoge der sachsen-anhaltinischen Stadt Halle zu stürmen und ein Massaker anzurichten. Er warf Brand- und Sprengsätze und schoss auf die Zugangstür. Als es ihm nicht gelang, aufs Gelände zu kommen, ermordete er vor der Synagoge eine 40 Jahre alte Passantin und in einem nahegelegenen Döner-Imbiss einen 20-Jährigen. Auf der Flucht verletzte er weitere Menschen. Nach der Geiselnahme in der JVA Burg wurde Balliet in die JVA Augsburg-Gablingen verlegt.

<https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen-anhalt/attentaeter-halle-geiselnahme-rechtsausschuss-100-amp.html> / eingesehen am 11. Januar 2023

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Baden-Württemberg:
Hitler-Chats bei der Polizei

Die Staatsanwaltschaft Ulm und das Landeskriminalamt ermitteln gegen sechs Polizeibeamte aus Baden-Württemberg. Sie sollen Bilder von Hitler und Hakenkreuzen in verschiedenen Chatgruppen mit Kollegen ausgetauscht haben. Vier Jahre lang kursierten die einschlägigen Symbole in den Chatgruppen. Als Teilnehmer in den Chats wurden bisher 70 Polizistinnen und Polizisten identifiziert. Ein 28-Jähriger, der die Bilder verbreitet hatte, wurde vom Dienst suspendiert. Betroffen sind zehn Präsidien und Einrichtungen. Der Landeschef der Deutschen Polizeigewerkschaft, Ralf Kusterer, mutmaßt, dass es sich bei den Chat-Teilnehmern um eine ehemalige Ausbildungsklasse handelt. Innenminister Thomas Strobl hat am 15. Dezember in einer Sondersitzung des Innenausschusses im Landtag über den Stand der Ermittlungen mit Schwerpunkt in Ulm berichtet.

<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/hitler-chats-polizei-cdu-kritisiert-gewerkschaft-100.html> / eingesehen am 11. Dezember 2022

https://www.t-online.de/region/stuttgart/id_100098062/hakenkreuze-in-polizei-chats-folge-falscher-fehlerkultur-.html / eingesehen am 15. Dezember 2022

Sachsen:
Podcast der Freien Sachsen zur Reichsbürger-Razzia

Im Video-Podcast „Sonntagsgespräch“ der Neonazi-Kleinstpartei Freie Sachsen (s. auch RECHTS.GESCHEHEN 3, S. 19f) empfing der Parteivorsitzende und Rechtsanwalt Martin Kohlmann am 11. Dezember den früheren sächsischen Landtagsabgeordneten Arne Schimmer (NPD). Thema ist die am 7. Dezember durchgeführte bundesweite Razzia gegen ein mutmaßliches Reichsbürger-Netzwerk, das einen gewaltsamen Umsturz geplant haben soll. Schimmer, Redaktionsmitglied des NPD-Sprachrohrs Deutsche Stimme, wird von Kohlmann als „Terrorismus-Beurteilungs-Experte“ vorgestellt: „Er war Mitglied im NSU-Untersuchungsausschuss des Landtages, kennt sich also aus mit staatlich gelenkten Gewaltorgien [...]“. Bei dem 50-minütigen Gespräch wird ab der 30. Minute reichlich Kräuterbitter getrunken, in der 32. Minute stellt Kohlmann zudem ein Bild des wenige Tage zuvor festgenommenen mutmaßlichen Rädelsführers Heinrich XIII. Prinz Reuß auf. „Er sieht seriös aus (Schimmer).“ „Ein wirklich kluger Mann (Kohlmann).“

Schimmer kommt bei dem Gespräch kaum zu Wort und fungiert eher als Stichwortgeber für Kohlmann, der vom Hundertsten ins Tausendste kommt. So erläutert der Rechtsanwalt z.B. sein Verhältnis zu staatlichen Regeln: „[...] Und sie haben die Knarren und wir haben sie nicht. [...] Wenn ich nach den Regeln, die die durchsetzen, zum Erfolg kommen kann, dann probiere ich das natürlich. Das heißt noch nicht, dass ich deren Regeln anerkenne. Also, dass muss man schon klar sagen, also diese Ordnung, die nur durch Gewalt zustande gekommen ist, die hat für mich keine Legitimität [...]“.

Auch von demokratischen Grundsätzen hält Kohlmann wenig: „One man, one vote“ sei ein „ganz dämliches Prinzip“: „Der faule 18-Jährige, der keinen Abschluss hat und noch nie im Leben Interesse an Arbeit gezeigt hat und vom Staat lebt, hat die gleiche Stimme wie der Unternehmer mit zwölf Angestellten, Familie zu Hause, der noch in der Feuerwehr engagiert ist und, was weiß ich, auch noch im Gemeinderat sitzt: die beiden haben die gleiche Stimme. Das kann nicht richtig sein.“

Zum Schluss der Darbietung äußert Kohlmann: „Also fassen wir es nochmal zusammen: Terror ist eigentlich immer vom Staat gemacht. Die Waffen liefert der Staat. Heinrich und seine Freunde waren wahrscheinlich klug genug, keine Waffen vom Staat zu nehmen, deswegen hat man keine gefunden, sonst hätte man das in die Inszenierung garantiert mit eingebaut.“

Homepage Freie Sachsen / eingesehen am 18. Januar 2023

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Nordrhein-Westfalen:
Vor 30 Jahren von Neonazis erschlagen

Vor 30 Jahren, am 15. Dezember 1992, wurde der schwer sehbehinderte Bruno Kappi am Weidenauer Einkaufszentrum in Siegen von zwei Neonazi-Skins zusammengeschlagen und mit Springerstiefeln zu Tode getreten. Einer der Täter erklärte: „Ich habe auch reingetreten. Es hat Spaß gemacht.“ Der Staatsanwalt beantragte am Tag der Plädoyers Freiheitsstrafen von neun und acht Jahren: „Jede andere Einordnung wäre deutlich geschönt.“ Das Urteil jedoch folgte den Anträgen der Verteidigung: „Freispruch vom Mord an Bruno Kappi.“ Der Grund: Widersprüchliche Aussagen, fehlende „objektive Tatmerkmale“, widerrufenes Geständnis. Die Tat bleibt ungesühnt.

<https://www.youtube.com/watch?v=ZEEedPSmntW0> / eingesehen am 14. März 2023

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Bundesweit:
80 Jahre „Auschwitz-Erlass“

Vor 80 Jahren, am 16. Dezember 1942, unterzeichnete Heinrich Himmler, Reichsführer SS, den sogenannten „Auschwitz-Erlass“, der die Deportation von Sinti und Roma aus ganz Europa in das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau anordnete. Der „Auschwitz-Erlass“ leitete die letzte Phase der Vernichtungspolitik gegen die „Zigeuner“ ein. Himmler befahl, sämtliche noch im Reichsgebiet und in den besetzten europäischen Ländern lebenden „Zigeunermischlinge, Rom-Zigeuner und nicht deutschblütige Angehörige zigeunerischer Sippen balkanischer Herkunft nach bestimmten Richtlinien auszuwählen und in einer Aktion von wenigen Wochen in ein Konzentrationslager einzuweisen“. In den Ausführungsbestimmungen des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) wurde dann bestimmt, die Betroffenen „ohne Rücksicht auf den Mischlingsgrad familienweise in das Konzentrationslager (Zigeunerlager) Auschwitz“ zu verbringen. Ab März 1943 wurden mehr als 22.000 „Zigeuner“ aus elf Ländern Europas (davon über 10.000 aus dem damaligen Reichsgebiet) in tagelanger Zugfahrt nach Auschwitz-Birkenau deportiert, wo die SS ein eigenes „Zigeunerlager“ in 30 ursprünglich als Pferdeställe gedachte Baracken einrichtete. Im besetzten Europa wurden mehrere Hunderttausend Sinti und Roma in Konzentrationslagern oder durch Einsatzgruppen der SS ermordet.

<https://zentralrat.sintiundroma.de/80-jahrestag-des-auschwitz-erlasses-gedenkveranstaltung-fuer-die-opfer-des-ns-voelkermordes-an-den-sinti-und-roma-in-der-gedenkstaette-sachsenhausen/> / eingesehen am 15. Dezember 2022

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

**Bundesweit:
Verschwörungsglaube und Windkraft-Widerstand korrelieren**

Forschende des Leibniz-Instituts für Wissensmedien (IWM) in Tübingen dokumentieren, dass der Glaube an Verschwörungstheorien einen entscheidenden Anteil an der Ablehnung von Windrädern hat. In Zusammenarbeit mit der University of Queensland (Australien) konnten Forschende des IWM in einer repräsentativen Umfrage in der deutschen Bevölkerung mit über 2.000 Teilnehmenden nun erstmals nachweisen, dass der Glaube an Verschwörungstheorien eine entscheidende Rolle bei der Ablehnung von Windrädern spielt. „Verschwörungsglaube hatte hier einen weitaus größeren Einfluss als demographische Faktoren wie Alter, Bildungsgrad oder die politische Orientierung“, fasst Projektleiter Winter die Studienergebnisse zusammen.

Wissenschaftlicher Ansprechpartner: Dr. Kevin Winter E-Mail: k.winter@iwm-tuebingen.de

<https://www.nature.com/articles/s41560-022-01164-w> / eingesehen am 14. Dezember 2022

**Baden-Württemberg:
Karlsruher Neonazi freigesprochen**

Das Amtsgericht Pforzheim hat in der 50. Kalenderwoche den 33-jährigen Neonazi Cedric E. (Karlsruhe) von der neonazistischen Kleinstpartei Die Rechte vom Vorwurf der Volksverhetzung freigesprochen. Die Rechte hatte im Europawahlkampf 2019 in Baden-Württemberg in provokativer Weise antisemitisch gehetzt. Negativhöhepunkt dieser Provokationen war am 18. Mai 2019 eine mehrstündige Fahrt mit einem Lautsprecherwagen durch Pforzheim. Während eines Stopps vor der Pforzheimer Synagoge wurden die Wahlwerbeposters der Partei und Reden abgespielt.

Darunter war auch eine Rede von Ursula Haverbeck, der Rechte-Spitzenkandidatin. Die rechtskräftig verurteilte Holocaust-Leugnerin war Ehefrau von Werner Georg Haverbeck (1909–1999), der einst in der HJ-Reichsjugendführung verantwortlich für die weltanschauliche Schulung sowie Kulturarbeit war und an der Spitze des Reichsbundes Volkstum und Heimat stand. Am Wahlkampfbus klebten Wahlplakate mit den Slogans „Zionismus stoppen: Israel ist unser Unglück“ und „Wir hängen nicht nur Plakate“, letzteres mit der kleinen Ergänzung „Wir kleben auch Aufkleber“. Der Spruch „Israel ist unser Unglück“ ist eine Abwandlung der antisemitischen Parole „die Juden sind unser Unglück!“ des 1896 verstorbenen Historikers Heinrich von Treitschke. Die Parole wurde später zum Schlagwort des NS-Hetzblattes „Der Stürmer“. E. soll Beifahrer im Lautsprecherwagen gewesen sein, was jedoch nicht gerichtsfest geklärt werden konnte. Der Richter führte aus, dass aus Rechtsstaatsgründen keine Verurteilung zulässig sei. Verteidiger von E. war der Szene-Rechtsanwalt Olaf Klemke, einer der Anwälte des Neonazis Ralf Wohlleben im Prozess um den NSU.

Streib, Daniel: Volksverhetzung vor Synagoge bleibt ungesühnt, in: Badische Neueste Nachrichten, 15. Dezember 2022, S.10

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

**Bayern:
Vor 40 Jahren verstorben:
der ewiggestrige Rechtsextremist
Hans-Ulrich Rudel**

Am 18. Dezember 1982 starb im bayerischen Rosenheim der ewiggestrige Rechtsextremist und ehemalige Fliegeroberst Hans-Ulrich Rudel. Rudel war der einzige Träger der höchsten Verleihungsstufe des Ritterkreuzes, des Eisernen Kreuzes mit goldenem Eichenlaub, Schwertern und Brillanten und damit der höchstdekorierte Soldat der deutschen Wehrmacht. Als Stuka-Pilot hatte Rudel 519 sowjetische Panzer abgeschossen und ein sowjetisches Schlachtschiff versenkt. Der NS-Fluchthelfer wurde bis zu seinem Tod von Rechtsextremisten verehrt. Die Gruppe Freiburg des rechtsextremen Blogs Politically Incorrect gab am 21. Dezember 2022 kund, dass sich Rudel „durch ungewöhnliche Einsatzbereitschaft, Tapferkeit, Kameradschaft und Liebe zum eigenen Land“ ausgezeichnet habe.

Bei Rudels Begräbnis flogen zwei Phantom-Jäger der Luftwaffe über sein Grab. Identifiziert wurden die Piloten bis heute nicht. Fakt ist, dass am Tag der Beerdigung des Altnazis die 1. Staffel des Aufklärungsgeschwaders 51 Immelmann aus dem badischen Bremgarten bei Freiburg im Einsatz war. Genau dieses Aufklärungsgeschwader hatte Rudel 1976 zu einem „Kameradschaftstreffen“ eingeladen. In einer Rudel-Gedächtnis-Kundgebung mit dem Motto „Unser Held lebt in unserem Herzen“ am 9. Januar 1983 in München gab Gerhard Frey, Bundesvorsitzender der Deutschen Volkunion (DVU), vor rund 1.200 Teilnehmern die Gründung des Ehrenbundes Rudel – Gemeinschaft zum Schutz der Frontsoldaten als fünfte Aktionsgemeinschaft der DVU bekannt. Auf der DVU-Mitgliederversammlung am 5. März 1983 in Heidelberg verlieh Frey erstmals den neu gestifteten und mit 10.000,- DM

dotierten Hans-Ulrich-Rudel-Preis. Die DVU wurde 1971 zunächst als Verein, 1987 dann als Partei gegründet. Anfang 2011 fusionierte die zeitlebens von Frey geführte DVU mit der NPD zur NPD – Die Volksunion. Verschiedene Klagen von DVU-Landesverbänden zögerten die Fusion zwar formal hinaus, doch mit der Rücknahme der Klagen im Mai 2012 war das Ende der DVU als eigenständiger Partei besiegelt.

Homepage NPD Oberhausen / eingesehen am 18. Dezember 2022

Homepage PI-Freiburg / eingesehen am 21. Dezember 2022

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Sachsen:

AfD-Politiker verlässt Partei und Landtagsfraktion

Der sächsische AfD-Politiker Ivo Teichmann hat am 21. Dezember seine Partei und die Landtagsfraktion verlassen. „Ich habe heute meinen Austritt aus der AfD und der Landtags- sowie Kreistagsfraktion erklärt. Mein Landtags- und Kreistagsmandat übe ich selbstverständlich weiterhin aus“, schrieb er auf seiner Facebook-Seite. Bereits im Frühjahr 2021 hatten zwei AfD-Abgeordnete des Sächsischen Landtages die Partei und Fraktion verlassen. Die AfD verfügt damit im Parlament noch über 35 Abgeordnete von insgesamt 119. In einem Brief an Partei- und Fraktionschef Jörg Urban begründete Teichmann seine Austritte unter anderem mit einer mangelnden Abgrenzung der AfD zu Personen, Vereinigungen und Parteien wie den rechtsextremen Freien Sachsen. Teichmann hatte schon zuvor gesagt, dass er die Freien Sachsen nach eigenen Angaben für eine „NPD 2.0“ hält. Politiker der AfD waren wiederholt bei Veranstaltungen aufgetreten, bei denen auch die Freien Sachsen Redner stellten; etwa am 3. Oktober im thüringischen Gera. Kampfredner war in Gera neben dem AfD-Politiker Björn Höcke auch der Vorsitzende der rechtsextremen Freien Sachsen, Martin Kohlmann.

<https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/politik/afd-austritt-freie-landtag-teichmann-100.html> / eingesehen am 21. Dezember 2022

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Bundesweit:

Das Deutsche Institut für Menschenrechte (DIMR) warnt vor Polarisierung und Spaltung der Gesellschaft

Das Deutsche Institut für Menschenrechte (DIMR) sieht in der zunehmenden sozialen Spaltung und im „rassistischen, sexistischen, homo- und transfeindlichen sowie behindertenfeindlichen Hass, Gewalt und Diskriminierung verbunden mit Versuchen der Polarisierung und Spaltung der Gesellschaft“ die „große aktuelle Herausforderung“. Das geht aus dem aktuellen Jahresbericht 2021 hervor, den das Institut als unabhängige Stelle in staatlichem Auftrag veröffentlicht hat und die nun als Unterrichtung vorliegt. Die Polarisierung und Spaltung der Gesellschaft führe „zu gesellschaftlicher Ausgrenzung von Teilen der Bevölkerung und bedrohe das Fundament der Menschenrechte, nämlich die Anerkennung der Gleichheit aller Menschen. Denn die Menschenrechte sind mit dem Versprechen einer inklusiven Gesellschaft verbunden, in der jeder Mensch seine Rechte in Anspruch nehmen und mit gleichen Chancen Teil der Gesellschaft sein kann“, so das DIMR.

Unterrichtung durch das Deutsche Institut für Menschenrechte. Jahresbericht 2021, BT-Drs. 20/4983 vom 15. Dezember 2022: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/049/2004983.pdf>

Thüringen / Bundesweit:

88 Fleischgerichte für Deutschland. Kochbuch für die braune Szene

„Ihr steht auf Fleisch und auf Deutschland? Dann kommt Ihr an diesem Buch nicht vorbei“, posaunte das Szene-Gasthaus Goldener Löwe im thüringischen Kloster Veßra (Landkreis Hildburghausen). Schwere deutsche Hausmannskost findet sich in dem Buch „Die 88 besten Fleischgerichte aus dem Reich!“ des Goldenen Löwe-Kochs Tommy Frenck (Jg. 1987). Der Südthüringer Neonazi Frenck, der seine Gesinnung auch auf der Haut trägt, „Aryan“ („Arier“) steht in Großbuchstaben als Tattoo zwischen seinen Schlüsselbeinen, nimmt die kochfreudigen Gleichgesinnten mit „auf eine kulinarische Rundreise durch das Deutsche Reich und seine ehemaligen Kolonien.“ Die Reise geht von „Königsberg über das Holsteiner Ländchen nach Hamburg. Vom Elsaß in den Odenwald übers Vogtland nach Böhmen und Schlesien. Von Sachsen, Thüringen ins Allgäu hinüber nach Kärnten und Wien. Von dort in die Deutsch-Schweiz nach Zürich. Auch findet Ihr Leckeres von der ‚Gustav-Linie‘ sowie aus unseren Übersee-Kolonien.“ Provokativ teilt Frenck mit: „Politisch absolut unkorrekt ist vom Schaschlik ‚Deutsch Samoa‘ bis hin zum ‚Zigeuner-Schnitzel‘ jede vom ‚Cancel-Culture‘ betroffene Speise enthalten.“ „Zigeuner-Schnitzel“ werden als „Der Gutmenschen-Aufreger“ vorgestellt. Süffisant wird die Frage gestellt: „Schnitzel nach Art einer mobilen ethnischen Minderheit oder ‚Sinti und Roma Fleischstückchen‘? Da bleiben wir doch lieber beim Zigeuner-Schnitzel.“

Bei der Zubereitung des Kaninchenbratens notiert der braungesinnte Koch: „Rassekaninchen [...] Wusstet ihr, dass man Kaninchen noch in Rassen unterscheidet? Laut Linken gibt es doch diese aber gar nicht und ist ein soziales Konstrukt?“ Zu Schäuflerla ist zu lesen: „In Franken liegt die Stadt der Reichsparteitage. Schon damals haben sich die Braunhemden das deftige Gericht schmecken lassen.“

Frenck betreibt seit 2015 das Gasthaus Goldener Löwe in Kloster Veßra. Die Szene-Immobilie hat sich in den letzten Jahren als Anlaufpunkt von Rechtsextremisten aller Couleur etabliert. Frenck verfolgt mit der Durchführung verschiedenster Veranstaltungen wie Konzerte, Lieder- und Balladenabende, Vortrags- und Spendenveranstaltungen, politischer Kundgebungen, Kinderweihnachten („KOSTENLOSES Fest für deutsche Kinder“) usw. eine intensive Vernetzungsstrategie der rechtsextremen Szene innerhalb und außerhalb Thüringens. Das Gasthaus Goldener Löwe ist auch ein Treffpunkt der von Frenck geleiteten rechtsextremen Wählervereinigung Bündnis-Zukunft-Hildburghausen (BZH). Für das BZH sitzt der einstige NPD-Politiker im Kreistag von Hildburghausen.

Im benachbarten Themar fand 2017 unter dem Motto „Rock gegen Überfremdung“ eines der größten Neonazi-Festivals statt – mit 6.000 Teilnehmern aus ganz Europa. Anmelder: Frenck. Das Gasthaus ist auch Sitz des von Frenck geführten Szenelabels Druck18. Vor Ort im Goldenen Löwen sind einschlägige Szene-Devotionalien erhältlich, darunter: Aufkleber mit Slogans wie „Ku Klux Klan. Weisse Macht“, „Kein Bock auf grünen Dünnschiss“ oder „Meine 3G-Regel lautet: Grün GEHT Garnicht“, „Lieber Kernkraft als Flüchtlingsstrom“, T-Shirts mit Aufdrucken wie „Victory or Valhalla“, „Ungeimpft und gesund“, „Werwolf“, „Aryan Warrior“, „White Power“ oder „Bis jetzt habt ihr Schafe gejagt aber wir sind Wölfe“, Boxershorts mit dem Aufdruck „German Sport Division“, Snapbacks wie „Rechts – Deutsch – Radikal“ oder „Sonnenstudio 88“ (88 = HH = Heil Hitler), Kissen mit dem Aufdruck der „Schwarzen Sonne“ (Chiffre für das verbotene Hakenkreuz), Gürtel mit dem Aufdruck eines Reichsadlers oder mit der Aufschrift „Invisible Empire Ku Klux Klan“, „Sportgeräte“ wie Baseballschläger, Sturmhauben, Schmuck wie „Thors Hammer“, „Runenkette“ oder „Wikinger Geldbeutel“, Bierkrüge mit Aufdrucken wie „Sturmlokal“, Bücher wie „Die Thule-Gesellschaft“ oder „Runen der Kraft“, Weihnachtsbaum-Kugeln mit Aufdrucken wie „KKK“, KKK-Weihnachtskalender (ein Meter groß), die Biersorte „Deutsches Reichsbräu“, Schnaps mit den Konterfeis von „Panzermeyer“ (= Kurt Meyer, SS-Brigadeführer und Generalmajor der Waffen-SS) oder dem Jagdflieger Josef Priller.

Im September 2021 lieferte Frenck angesichts der anstehenden Bundestagswahl bundesweite Schlagzeilen. O-Ton Frenck: „Wir bleiben dabei: in Südhüringen soll die Erststimme an Hans-Georg Maaßen (CDU) gehen, die Zweitstimme für die Alternative für Deutschland (AfD).“

*Das Gasthaus Goldener Löwe präsentiert: Die 88 besten Fleischgerichte aus dem Reich.
1. Auflage November 2022, Kloster Veßra*

Homepage Gasthaus Goldener Löwe / eingesehen am 23. November 2022

Homepage Tommy Frenck / eingesehen am 14. September 2021

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Schleswig-Holstein: Einer der letzten NS-Prozesse endete

Nach 40 Verhandlungstagen ist vor dem Landgericht Itzehoe der am 30. September 2021 begonnene Prozess gegen die frühere Sekretärin im Konzentrationslager Stutthof bei Danzig Irmgard Furchner am 20. Dezember zu Ende gegangen. Die 97-Jährige, eine ausgebildete Stenotypistin, soll von Juni 1943 bis April 1945 als Zivilangestellte im Vorzimmer des Lagerkommandanten Paul Werner Hoppe gearbeitet und damit den Verantwortlichen des Konzentrationslagers bei der systematischen Tötung von Inhaftierten Hilfe geleistet haben. 1979 hatte der Bundestag die Verjährung von Mord und Beihilfe zum Mord endgültig aufgehoben. Das bedeutet, dass sich Tatverdächtige bei Verhandlungsfähigkeit bis ins hohe Alter einem Verfahren stellen müssen. Furchner begleitete Hoppe bei dessen Flucht 1945 bis zum Lager Wöbbelin in Mecklenburg. Hoppe war 1957 nur wegen Beihilfe zum Mord verurteilt worden. Weil Furchner zur Tatzeit erst 18 bis 19 Jahre alt war, wurde vor einer Jugendkammer verhandelt. Die Strafkammer verurteilte Furchner zu einer Strafe von zwei Jahren zur Bewährung wegen Beihilfe zum heimtückischen und grausamen Mord in mindestens 10.505 Fällen. Erst am letzten Tag des Prozesses, dem 40. Verhandlungstag, äußerte sich Furchner zu den Vorwürfen: „Ich bereue, dass ich zu der Zeit gerade in Stutthof war. Mehr kann ich nicht sagen.“ Im Konzentrationslager Stutthof und seinen 39 Außenlagern wurden während der NS-Zeit mehr als 65.000 Menschen ermordet. Mindestens 1.000 Menschen wurden in Stutthof mit dem Giftgas Zyklon B vergast. Frauen waren auch Akteurinnen des NS-Systems, sei es als KZ-Schreibkraft, als Aufseherin in einem KZ, als Zivilangestellte der Gestapo, als Krankenschwester in einer Euthanasieanstalt oder als Wehrmachtshelferin. Der Zentralrat der Juden in Deutschland teilte zum Prozess-

>>>

ende gegen Furchner mit: „Diese Prozesse tragen zu einer fortdauernden Beschäftigung mit dem Thema Schoa bei, was bei immer weniger werdenden Zeitzeugen sehr wichtig ist. Umfragen, wie die Bertelsmann-Studie dieses Jahres, zeigen, dass die Deutschen das Interesse an der Vergangenheit verlieren, betonte Zentralratspräsident Josef Schuster.“

<https://www.juedische-allgemeine.de/politik/kz-sekretaerin-schuldig-gesprochen/> / eingesehen am 20. Dezember 2022

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Thüringen / Bundesweit:
**„Weihnachtsgruß“ vom
 Rechtsextremisten Höcke**

Der Rechtsextremist und AfD-Politiker Björn Höcke hat auf seiner Facebook-Seite einen „Weihnachtsgruß“ veröffentlicht. Den „Liebe(n) Freunde(n)“, teilt Höcke in seinem „Weihnachtsgruß“ mit, dass „ein turbulentes Jahr“ zu Ende gehe: „Wir haben eine Regierung ertragen müssen, die die Abrißbirne gegen unser Land noch leidenschaftlicher geschwungen hat als zu Merkels unseligen Zeiten. Geballte Inkompetenz und eine regelrechte Lust an der Zerstörung unserer Lebensgrundlagen sind mit dem Katastrophenkabinett Scholz noch einmal gesteigert worden.“ Höcke konstatiert im Jahresrückblick: „Auf ihrem Weg zur Abschaffung Deutschlands sind die antinationalen Machthaber einen großen Schritt weiter vorangekommen. [...] Der Inlandsgeheimdienst namens ‚Verfassungsschutz‘ verkommt immer mehr zu einem ordinären Herrschaftsinstrument [...] Das Machtkartell bläst zum Frontalangriff auf die Volksoption – aber nicht aus Stärke heraus, sondern weil es die Vertrauenserosion in der Bevölkerung spürt, die Möglichkeit des eigenen Sturzes düster ahnt [...] Es sieht so aus, als ob ein zu wanken beginnendes Regime mit Böllscher ‚rattenhafter Wut‘ noch soviel kaputt machen möchte, wie nur irgend möglich. Das ist bitter für diejenigen, die ihr Land in Trümmern versinken sehen. Aber ebenso ist klar: das stete Drehen an der totalitären Schraube führt irgendwann zum Brechen. [...] Auch wenn die uns heute dominierenden Feinde einer lebenswerten Zukunft übermächtig erscheinen, so sind sie doch nur eine negative Macht ohne schöpferische Kraft, ohne inneren Halt und ohne festen Grund unter den Füßen. Wir dagegen haben eine große Kultur und Geschichte im Rücken, sind innerlich von positiver Kraft erfüllt und sind fest mit unserem Heimatboden verwurzelt. [...] Je mehr diese Statthalter des globalistischen Regimes in einen panikartigen Modus verfallen und geradezu hysterisch auf die Bürgeropposition einschlagen, desto ruhiger und optimistischer sollten wir werden. Die Zeit läuft zwar vordergründig gegen uns, denn die Ruinen in unserem Land wachsen bedrohlich und beständig. Aber hintergründig läuft die Zeit ebenso für uns, denn wir werden als Volk im schlimmsten Falle – nicht das erste Mal in unserer wechselvollen Geschichte – wieder ‚auferstehen aus Ruinen‘ und uns zu gegebener Zeit voller Tatendrang an den Wiederaufbau unseres Landes machen.“

Der AfD-Landesverband Thüringen wird vom dortigen Verfassungsschutz seit März 2021 als „erwiesen rechtsextrem“ eingestuft. Der in Thüringen wohnhafte Westimport Höcke war Anführer des 2020 offiziell aufgelösten nationalistisch-völkischen Flügels der AfD. Im 2019 geleakten „Gutachten zu tatsächlichen Anhaltspunkten für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung in der ‚Alternative für Deutschland‘ (AfD) und ihren Teilorganisationen“ des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) wird konstatiert, dass sich „zusammenfassend“ feststellen lässt, dass der Flügel in der Internetpräsenz Positionen vertritt, die „tatsächliche Anhaltspunkte für eine Bestrebung gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung darstellen.“ Positionen des Flügels verstößen demnach „nicht nur gegen die in Art. 1 Abs. 1 GG normierte Garantie der Menschenwürde, sondern auch gegen das in Art. 20 Abs. 1 GG verankerte Demokratieprinzip und das in Art. 20 Abs. 3 GG normierte Rechtsstaatsprinzip.“

<https://netzpolitik.org/2019/wir-veroeffentlichen-das-verfassungsschutz-gutachten-zur-afd/> / eingesehen am 24. Dezember 2022

PI-NEWS / eingesehen am 24. Dezember 2022

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Hessen:

**Erica Ludolph: eine der letzten
verstorbenen Judenretterinnen**

In Frankfurt am Main gab es während der NS-Zeit eine Gruppe von Menschen, die Juden durch Flucht vor der Deportation ins KZ retteten. Erica Ludolph, geboren am 25. März 1921 in Hofheim im Taunus, gehörte zu dieser Gruppe. Mit ihr starb Ende 2022 eine der letzten noch lebenden Retterinnen von NS-Verfolgten. Ludolph gehörte zu einem unsichtbaren Rettungsnetzwerk, zu dem der Arzt Fritz Kahl in Frankfurt-Bockenheim und Pfarrer Heinz Welke von der Bekennenden Kirche gehörten. Erica Ludolph brachte ihre Freundin Margarete Knewitz, die trotz Taufe als Jüdin zur Gestapo vorgeladen wurde, in ein Versteck in Norddeutschland. Petra Bonavita, die zu Rettern und Geretteten während der NS-Zeit recherchierte, stieß auf ihren Namen, fand und besuchte sie in Frankfurt am Main. Erica Ludolph geriet bei ihren Rettungs- und Widerstandsaktionen selbst in Gefahr. Sie wurde zu einem Verhör bei der Gestapo bestellt. Sie hatte schon ein Köfferchen mitgenommen, „falls sie da nicht mehr rauskäme“. Alles, was man ihr vorwarf, stimmte, aber sie leugnete, log, dass „sich die Balken bogen“ und wurde entlassen. Sie besorgte sich einen Ausweis einer belgischen Fremdarbeiterin, um weiter ungefährdet Kurierdienste erledigen zu können. Diesen Ausweis beschafften ihr französische Kriegsgefangene. Sie fuhr mit Briefen an die französische Grenze und gab diese mit ein wenig Geld den Grenzgängern mit, damit sie auf französischer Seite in den Briefkasten geworfen wurden. Sie starb am 29. Dezember 2022 im Alter von 101 Jahren in einem Pflegeheim in Frankfurt. Am 5. Januar 2023 wurde sie in Marxheim/Hofheim beerdigt. Es war wohl eines der letzten Begräbnisse einer Judenretterin.

<http://rettungs-widerstand-frankfurt.de/wenn-menschlichkeit-ueber-angst-triumphiert/>

Petra Bonavita: Mit falschem Pass und Zyankali. Retter und Gerettete aus Frankfurt am Main in der NS-Zeit, Stuttgart 2009

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus – Gespräch mit Dr. Dieter Maier

Index

Institutionen, Parteien, Medien

- Aktionsbüro Rhein-Neckar ... 49
 Alte Leipziger Landsmannschaft Afrania
 im CC zu Heidelberg ... 48
 Alternative für Deutschland (AfD) ... 5, 17,
 18, 19, 21, 22, 23, 24, 27, 28, 29, 30, 32,
 33, 34, 36, 38, 40, 42, 45, 48, 50, 51, 54,
 55, 56
 Amadeu Antonio Stiftung ... 20, 23
 Amtsgericht Dippoldiswalde ... 45
 Amtsgericht Heidelberg ... 48
 Amtsgericht München ... 28
 Amtsgericht Pforzheim ... 42, 53
 Anastasia-Bewegung ... 8
 Antaios ... 22
 Arbeitsgericht Berlin ... 17
 Aufbruch Leverkusen ... 27
 Aufklärungsgeschwader 51 Immelmann ... 53
 Beauftragter der Landesregierung Baden-
 Württemberg gegen Antisemitismus
 ... 26
 Bekennende Kirche ... 57
 Blood & Honour Gang ... 49
 Bundesamt für Verfassungsschutz ... 32, 42, 49
 Bundesgerichtshof (BGH) ... 7, 18, 41, 45
 Bundeskriminalamt (BKA) ... 5, 7, 20, 35, 43, 44
 Bundesverband der Recherche- und
 Informationsstellen Antisemitismus
 RIAS e.V. ... 20
 Bundesverfassungsgericht (BVerfG) ... 18, 27
 Bund für Gotterkenntnis (Ludendorff) e.V.
 (BfG) ... 23, 25, 36
 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ... 21, 28, 47
 Bündnis Deutschland ... 37, 38
 Bündnis-Zukunft-Hildburghausen (BZH)
 ... 55
 Bürgerinitiative Aufbruch Deutschland ... 42
 Burschenschaft Germania ... 48
 Burschenschaft Normannia ... 48
 Camino ... 36
 CeMAS - Center für Monitoring, Analyse
 und Strategie gGmbH ... 22
 Christlich Demokratische Union Deutsch-
 lands (CDU) ... 11, 25, 38, 55
 Christlich-Soziale Union in Bayern (CSU)
 ... 38
 Compact ... 6, 18, 20, 24, 27, 42
 Corona-Protestbewegung ... 5, 6, 15, 19, 29,
 42, 46, 47
 Der III. Weg ... 27, 29, 34, 50
 Der Stürmer ... 53
 Desiderius-Erasmus-Stiftung e.V. (DES) ...
 33, 34
 Deutsche Aktionsgruppen ... 11
 Deutsche Alternative (DA) ... 49
 Deutsches Institut für Menschenrechte
 (DIMR) ... 54
 Deutsches Kulturwerk europäischen Geistes
 (DKEG) ... 36
 Deutsche Stimme ... 52
 Deutsche Volksunion (DVU) ... 38, 53, 54
 Deutsche Zukunft (DZ) ... 11
 Die Bauernschaft ... 36
 Die Kehre ... 24
 DIE LINKE ... 17, 20
 Die Rechte ... 30, 44, 49, 53
 Die Republikaner (REP) ... 13, 27
 documenta ... 20
 Dokumentationsstelle Rechtsextremismus
 ... 23, 47
 Druck18 ... 55
 Ein Prozent e.V. ... 24
 Element of Crime ... 38
 EU-Parlament ... 33
 Europäischer Gerichtshof für Menschen-
 rechte (EGMR) ... 18
 Europäische Union f. Grundrechte (FRA) ... 31
 Ewiger Bund ... 8
 Filmkunstkollektiv ... 24
 Forschungsstelle Rechtsextremismus ... 3, 47
 Fraktion Identität & Demokratie ... 33
 Freie Sachsen ... 18, 20, 27, 32, 42, 52, 54
 Freie Wähler ... 38
 Freiheitlich Deutsche Arbeiterpartei (FAP)
 ... 36, 38, 49
 Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) ... 51
 Freiheitsbewegung Deutsches Reich ... 12
 Freundeskreis Ulrich von Hutten ... 36
 Frontalkraft ... 49
 Gasthaus Goldener Löwe ... 54, 55
 Gedenkstätte Bergen-Belsen ... 43
 Geeinte deutsche Völker und Stämme
 (GdVuSt) ... 9, 10, 11, 41, 42
 Generalbundesanwalt beim Bundesge-
 richtshof ... 5, 6, 7, 8, 9
 Generallandesarchiv Karlsruhe ... 23, 25, 47
 Gesellschaft für freie Publizistik (GfP) ... 36
 Hauptstaatsarchiv Stuttgart ... 23
 Heimat Dortmund ... 44
 Hilfsorganisation für nationale politische
 Gefangene und deren Angehörige
 (HNG) ... 49
 Holocaust-Mahnmal Berlin ... 21
 Identitäre Bewegung Deutschland (IBD) ... 22
 Impfgegner ... 5, 9, 17, 19, 37
 Info-DIREKT ... 24, 48
 Institut für Staatspolitik ... 22
 Internationales Auschwitz Komitee ... 21
 Israelitische Synagogen-Gemeinde zu Berlin
 ... 12
 Jagdstaffel ... 49
 Jüdische Gemeinde zu Berlin ... 12
 Jugendheim Hohenlohe ... 25
 Junge Alternative (JA) ... 17, 24, 29
 Junge Freiheit (JF) ... 11, 33
 Junge Landsmannschaft Ostpreußen (JLO)
 ... 36, 45

- Junge Nationalisten (JN) ... 25, 30, 50
 Jungeuropa Verlag ... 24
 klagemauer-TV ... 25
 Kloster Veßra ... 54
 Kommando Spezialkräfte (KSK) ... 5
 Kommissarische Regierung des Deutschen Reiches ... 13
 Königreich Deutschland (KRD) ... 13
 Konzentrationslager Auschwitz ... 52
 Konzentrationslager Dachau ... 31
 Konzentrationslager Kislau ... 25
 Konzentrationslager Stutthof ... 55
 Kopp Verlag ... 23, 33, 47
 Landesarchiv Baden-Württemberg ... 23, 26, 47
 Landeskriminalamt Baden-Württemberg ... 39, 51
 Landeskriminalamt Sachsen-Anhalt ... 7
 Landgericht Dresden ... 45
 Landgericht Frankfurt am Main ... 34, 57
 Landgericht Halle an der Saale ... 7
 Landgericht Itzehoe ... 55
 Landgericht Leipzig ... 45, 46
 Landgericht Lüneburg ... 41
 Landgericht Mannheim ... 8
 Leibniz-Institut für Wissensmedien (IWM) ... 53
 Liberal-Konservative Reformer (LKR) ... 38
 MC Bandidos ... 49
 Militärischer Abschirmdienst (MAD) ... 24
 Mjölñir ... 17
 Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) ... 4, 11, 12, 25, 30, 34, 36, 38, 41, 45, 49, 50, 52, 54
 Nationalistische Front (NF) ... 49
 Nationalrevolutionäre Kameraden (ANK) ... 49
 Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) ... 18, 23, 27
 Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbund ... 23
 Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) ... 18, 31, 34, 39, 41, 45, 47, 53
 NATO ... 18
 Neue Stärke Partei (NSP) ... 33, 39
 New York Young Republican Club (NYYRC) ... 17
 NS-Rechtswahrerbund (NSRB) ... 23
 Oberlandesgericht (OLG) Koblenz ... 6
 Oberlandesgericht (OLG) München ... 18
 Oberlandesgericht (OLG) Schleswig ... 38
 Oberlandesgericht (OLG) Stuttgart ... 8
 Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz ... 7
 Organisation Todt ... 41
 Osnabrücker Landmark ... 7, 9
 Parlamentarisches Kontrollgremium (PKGr) ... 23
 Patrioten Ostthüringen ... 18, 27, 42
 Patriotische Union ... 5, 6
 Politically Incorrect ... 20, 36, 53
 Polizeipräsidium Freiburg ... 9, 41
 Polizeipräsidium Karlsruhe ... 9
 Polizeipräsidium Mannheim ... 9, 41
 Polizeipräsidium Pforzheim ... 9, 41
 Prepper ... 5, 8
 Propaganda ... 49
 QAnon ... 5
 Querdenker ... 5, 6, 13, 20, 21, 25, 29, 35, 42, 47
 Rassemblement National (RN) ... 33
 Reichsbewegung - Neue Gemeinschaft von Philosophen ... 12, 13
 Reichsbürger ... 4-14, 29, 41, 52
 Reichssicherheitshauptamt (RSHA) ... 52
 Rote Armee Fraktion (RAF) ... 12
 Sächsisches Oberverwaltungsgericht ... 28
 Siegnum ... 49
 Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) ... 34, 47
 Sozialistische Reichspartei (SRP) ... 27
 Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main ... 34
 Staatsanwaltschaft Mannheim ... 8
 Staatsanwaltschaft Stuttgart ... 39
 Staatsanwaltschaft Ulm ... 51
 Statt Partei ... 13
 Stauffenberg-Erinnerungsstätte ... 35
 Stonehead ... 49
 Studienzentrum Weikersheim ... 23
 Sturmvogel - Deutscher Jugendbund ... 25
 SV Waldhof Mannheim ... 49
 Team Todenhöfer ... 25
 The Firm ... 49
 Thüringer Heimatschutz (THS) ... 49
 Thüringer Patrioten ... 42
 Ungetrüb Media ... 27
 Universität Tübingen ... 3
 University of Queensland (Australien) ... 53
 Verein Geeinte deutsche Völker und Stämme (GdStV) ... 7
 Vereinte Patrioten ... 6
 Verein Zentrum Automobil e. V. ... 20, 23
 Verein zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten (VRBHV) ... 36
 Verfassungsgerichtshof des Freistaates Sachsen ... 32
 Verfassungsschutz Baden-Württemberg ... 4
 Verfassungsschutz Bund ... 5, 56
 Verfassungsschutz Thüringen ... 32, 56
 Verlag Antaios ... 24
 Verlag für Volkstum und Zeitgeschichtsforschung ... 36
 Verwaltungsgericht Chemnitz ... 28, 32
 Verwaltungsgericht Köln ... 22
 White Voice ... 49
 Wiking-Jugend (WJ) ... 51
 Zentralrat der Juden in Deutschland ... 13, 55, 56
 Zuerst! ... 24, 51

- Orte**
- Ammerland (Niedersachsen) ... 6
 - Apolda (Thüringen) ... 24
 - Assamstadt (Baden-Württemberg) ... 36
 - Australien ... 53
 - Baden-Württemberg ... 5, 6, 7, 8, 9, 11, 13, 17, 18, 19, 23, 24, 25, 26, 27, 34, 35, 36, 39, 40, 41, 42, 43, 47, 48, 49, 50, 51, 53
 - Bamberg (Bayern) ... 28
 - Bayern ... 5, 6, 7, 9, 28, 29, 31, 39, 41, 46, 51, 53
 - Berlin ... 5, 6, 7, 9, 10, 12, 13, 15, 17, 21, 28, 29, 36, 37, 38, 41
 - Boxberg (Baden-Württemberg) ... 9
 - Brandenburg ... 5, 7, 9, 10, 24, 32, 41
 - Bundesrepublik Deutschland ... 6, 17, 18, 20, 22, 24, 27, 28, 29, 30, 31, 33, 35, 36, 37, 41, 43, 44, 45, 52, 53, 54, 56
 - Burg (Sachsen-Anhalt) ... 51
 - Calw (Baden-Württemberg) ... 5
 - Chemnitz (Sachsen) ... 18, 32
 - China ... 48
 - Colorado Springs (USA) ... 37
 - Dachau (Bayern) ... 31
 - Dresden (Sachsen) ... 45
 - Efringen-Kirchen (Baden-Württemberg) ... 8
 - Enzkreis (Baden-Württemberg) ... 17, 39, 43
 - Erfurt (Thüringen) ... 33, 45
 - Europa ... 12, 24, 31, 32
 - Falkensee (Brandenburg) ... 6
 - Flensburg (Schleswig-Holstein) ... 11
 - Flöha (Sachsen) ... 6
 - Frankreich ... 26, 33
 - Freiburg im Breisgau (Baden-Württemberg) ... 9, 41
 - Georgensgmünd (Bayern) ... 7
 - Gera (Thüringen) ... 18, 19, 33, 54
 - Grebenstein (Hessen) ... 8
 - Gurs (Frankreich) ... 26
 - Halle ... 39
 - Halle (Sachsen-Anhalt) ... 22, 39, 51
 - Hanau (Hessen) ... 39
 - Hannover (Niedersachsen) ... 13
 - Herboldshausen (Baden-Württemberg) ... 25
 - Hessen ... 5, 34, 37, 39, 45, 48, 57
 - Illerkirchberg (Baden-Württemberg) ... 50
 - Iran ... 48
 - Israel ... 15, 20, 53
 - Italien ... 5, 6
 - Karlsruhe (Baden-Württemberg) ... 9, 41, 53
 - Kitzbühel (Österreich) ... 5
 - Landau (Rheinland-Pfalz) ... 26
 - Landshut (Bayern) ... 6
 - Leipzig (Sachsen) ... 42
 - Linz (Österreich) ... 48
 - Ludwigsburg (Baden-Württemberg) ... 39
 - Magdeburg (Sachsen-Anhalt) ... 33
 - Mannheim (Baden-Württemberg) ... 39
 - Massachusetts (USA) ... 36
 - Mecklenburg-Vorpommern ... 33, 34, 38
 - Mölln (Schleswig-Holstein) ... 38
 - Münster (Nordrhein-Westfalen) ... 36
 - Neustadt/Weinstraße (Rheinland-Pfalz) ... 6
 - Niedersachsen ... 5, 6, 9, 21, 22, 25, 27, 41, 43
 - Nordrhein-Westfalen ... 5, 9, 36, 41, 52
 - Österreich ... 5, 48, 51
 - Perugia (Italien) ... 5
 - Pfiffelbach (Thüringen) ... 32
 - Portugal ... 31
 - Pritzler (Mecklenburg-Vorpommern) ... 38
 - Rednitzhembach (Bayern) ... 7
 - Reuden (Sachsen) ... 7
 - Reutlingen (Baden-Württemberg) ... 27
 - Rheinfelden (Baden-Württemberg) ... 11
 - Rheinhessen ... 33
 - Rheinland-Pfalz ... 5, 6, 7, 9, 26, 40, 41, 49
 - Russland ... 18, 19, 48, 51
 - Saalfeld-Rudolstadt (Thüringen) ... 33
 - Saarland ... 5
 - Sachsen ... 5, 9, 13, 18, 28, 29, 31, 32, 33, 41, 42, 45, 52, 54
 - Sachsen-Anhalt ... 13, 22, 27, 33, 41, 42, 51
 - Schleswig-Holstein ... 9, 38, 39, 41, 55
 - Schwäbisch Hall (Baden-Württemberg) ... 42
 - Schwanstetten (Bayern) ... 7
 - Schweinfurt (Bayern) ... 29
 - Serbien ... 19
 - Siegen (Nordrhein-Westfalen) ... 52
 - Solingen (Nordrhein-Westfalen) ... 39
 - Sonneberg (Thüringen) ... 21
 - Stößen (Sachsen-Anhalt) ... 27
 - Stuttgart (Baden-Württemberg) ... 6, 25, 35, 39
 - Themar (Thüringen) ... 55
 - Thüringen ... 5, 7, 9, 18, 19, 21, 24, 32, 33, 41, 45, 54, 55, 56
 - Ukraine ... 18, 19, 20, 29, 51
 - Ungarn ... 19, 31
 - USA ... 12, 15, 17, 18, 19, 21, 32, 36, 37
 - Villingen-Schwenningen (Baden-Württemberg) ... 34
 - Waren (Mecklenburg-Vorpommern) ... 34
 - Wien (Österreich) ... 51
 - Wittenberg (Sachsen-Anhalt) ... 13
 - Worms (Rheinland-Pfalz) ... 49
 - Wülfrath (Nordrhein-Westfalen) ... 41
 - Zwickau (Sachsen) ... 18, 28, 31

Personen

- A., Heiko ... 9
 Aldrich, Anderson Lee ... 37
 Ameer, Tahera ... 20
 Aras, Muhterem ... 50
 Armstroff, Klaus Dieter ... 28
 Arslan, Ayşe ... 38
 Arslan, Bahide ... 38
 Arslan, Yelz ... 38
 Ashton, Daniel Davis ... 37
 Aust, Rene ... 32
 Baerbock, Annalena ... 21
 Balliet, Stephan ... 51
 Ballweg, Michael ... 6, 13
 Bangert, Karl Burghard ... 8
 Bardella, Jordan ... 33
 Başay-Yıldız, Seda ... 34
 Baum, Christina ... 24, 36, 50, 51
 Beck, Gunnar ... 33
 Beer, Tina ... 45
 Beisicht, Markus ... 27
 Berger, Nathan ... 17
 Biden, Jo ... 37
 Blume, Michael ... 26
 B., Matthias ... 32
 Böhlke, Ulrike ... 27
 Böhnhardt, Uwe ... 45
 Bolz, Eugen ... 26
 Bonavita, Petra ... 57
 Born, Daniel ... 26
 Botsch, Gideon, Prof. Dr. ... 3
 Braga, Torben ... 32
 Brandner, Stephan ... 30
 Brandt, Tino ... 49
 Breivik, Anders ... 13
 B., Sven ... 6
 B., Thiemo ... 8
 Büchner, Timo ... 23
 B., Vitalia ... 5
 Chrupalla, Tino ... 21, 48, 49
 C., Lars ... 38
 Clemens, Björn ... 27
 Clemens, Carlo ... 24
 C., Malte ... 36
 Cotar, Joana ... 48
 D., Klaus ... 8
 Dönitz, Karl ... 11
 Druide Burgos von Buchonia ... 8
 Ebel, Wolfgang ... 13
 E., Cedric ... 53
 Eder, Maximilian ... 6
 E., Frank ... 8
 Eisenhardt, Jasmin ... 29
 Elsässer, Jürgen ... 18, 27, 42
 Ermer, Egbert ... 42
 Faeser, Nancy ... 39, 43
 Farle, Robert ... 27, 42
 Feldmann, Julian ... 23
 Fichtenbauer, Peter ... 51
 Fiechtner, Heinrich ... 23, 51
 Filbinger, Hans ... 23
 Fischer, Matthias ... 29
 Fitzek, Peter ... 13
 Frank, Anne ... 13, 21, 43
 Frank, Peter ... 5, 9
 Frenck, Tommy ... 54, 55
 Frey, Gerhard ... 53
 Frohnmaier, Markus ... 50
 Furchner, Irmgard ... 55
 Gabriel, Sigmar ... 7
 Gedeon, Wolfgang ... 23
 Gnauck, Hannes ... 24
 Gögel, Bernd ... 42
 Green, Raymond ... 37
 Große, Steffen ... 38
 Gryglewski, Elke ... 43
 Guterres, António ... 6
 Habeck, Robert ... 21
 Hammerschmidt, Arthur ... 17
 Hartung, Stefan ... 42
 Haußner, Frank ... 18, 27
 Haverbeck, Ursula ... 53
 Haverbeck, Werner Georg ... 53
 Hehl, Christian Rolf ... 49
 Helferich, Matthias ... 48
 Henkel-Waidhofer, Johanna ... 23
 Hester, Rita ... 36
 Heubner, Christoph ... 21
 Heuss, Theodor ... 43
 Himmler, Heinrich ... 52
 Hitler, Adolf ... 11, 35, 38, 40, 51, 55
 H., Michael ... 6
 Höchst, Nicole ... 40
 Höcke, Björn ... 18, 19, 24, 32, 36, 42, 48, 54, 56
 Hoppe, Paul Werner ... 55
 Hunger, Anna ... 23
 J., Manfred ... 8
 John, Hanns-Christian ... 46
 Jongen, Marc ... 21
 Kahl, Fritz ... 57
 Kalbitz, Andreas ... 32
 Kapke, Andre ... 49
 Kappi, Bruno ... 52
 Kaupert, Simon ... 24
 K., Ingo ... 9
 Kipper, Wolf ... 45
 Klar, Christian ... 18
 Klein, Felix ... 44
 Klemke, Olaf ... 53
 Knewitz, Margarete ... 57
 Kochanek, Wolfgang ... 25
 Köhler, Florian ... 28
 Kohler, Martin ... 29
 Köhler, Severin ... 17
 Kohlmann, Martin ... 18, 32, 52, 54
 Korintenberg, Dagmar ... 45
 Krah, Maximilian ... 17
 Krohn, Johann ... 41
 Krolzig, Sascha ... 44

- K., Thomas ... 6
 Kubitschek, Götz ... 22
 Kusterer, Ralf ... 51
 Lang, Ricarda ... 28
 Lauterbach, Karl ... 6
 Le Pen, Marine ... 33
 Liebich, Sven ... 21
 Lindenschmid, Daniel ... 50
 Lobstedt, Jochen ... 24
 Loving, Kelly ... 37
 Lucke, Bernd ... 38, 48
 Ludolph, Erica ... 57
 Ludwig, Stefan ... 10
 Maas, Heiko ... 7
 Maaßen, Hans-Georg ... 55
 Maegerle, Anton ... 47
 Mahler, Horst ... 4, 10, 12, 13
 Maier, Georg ... 29
 Maier, Gerald ... 23
 Maier, Jens ... 45
 M., Alexander ... 34
 Malsack-Winkemann, Birgit ... 5
 Marum, Johanna ... 25, 26
 Marum, Ludwig ... 25, 26
 Meier, Katja ... 31
 Meier, Silvio ... 38
 Merkel, Angela ... 7, 10, 11, 56
 Meuthen, Jörg ... 48
 Meyer, Kurt ... 55
 Möller, Stefan ... 32
 Mölzer, Andreas ... 51
 Münch, Holger ... 5, 35
 Mundlos, Uwe ... 45, 49
 Münnich, Walter ... 38
 Nerling, Nikolai ... 10
 Noll, Birgit ... 32
 Oettinger, Günther ... 23
 O'Flaherty, Michael ... 31
 Orban, Viktor ... 19
 O., Thomas ... 6
 Paugh, Ashley ... 37
 Pescatore, Rüdiger von ... 5
 P., Michael ... 38
 Poggenburg, André ... 27, 42
 Prehn, Rüdiger ... 34
 Priller, Josef ... 55
 Putin, Vladimir ... 19, 48, 51
 P., Wolfgang ... 7
 Rahn, Rainer ... 48, 49
 Räßle, Stefan ... 23
 Rehm, Clemens ... 26, 47
 Remer, Otto Ernst ... 27
 Reuß, Heinrich XIII. Prinz ... 5, 52
 Roeder, Manfred ... 4, 11, 12, 13
 Roth, Claudia ... 31, 39
 Roth, Elisabeth ... 6, 7
 Rudel, Hans-Ulrich ... 53
 Rülke, Hans-Ulrich ... 50
 Rump, Derrick ... 37
 Salomon, Alexander ... 47
 Salomon, Alfred ... 41
 Salzborn, Samuel ... 15, 16
 Sänze, Emil ... 50
 Sasek, Ivo ... 25
 Sayn-Wittgenstein, Doris ... 27
 Scheer, Markus ... 38
 Schimmer, Arne ... 52
 Schittke, Norbert ... 13
 Schmidt, Helmut ... 28
 Schneiders, Nicole ... 28
 Scholz, Olaf ... 56
 Schultze-Rhonhof, Gerd ... 11
 Schuster, Josef ... 56
 Seehofer, Horst ... 9, 10
 Sellner, Martin ... 22
 Sieber, Jonathan ... 38
 Sowa, Ursula ... 28
 Spaniel, Dirk ... 36
 S., Sandro ... 38
 Stadelmann, Niklas ... 37, 38
 Statzberger, Karl-Heinz ... 28
 Stauffenberg, Claus Schenk, Graf von ... 35
 Steinbach, Erika ... 33
 Steinmeier, Frank-Walter ... 28
 Storch, Beatrix von ... 29
 Storch, Sara ... 33
 Strache, Heinz-Christian ... 51
 Strobl, Thomas ... 44, 50, 51
 Sündermann, Helmut ... 18
 Teichmann, Ivo ... 54
 Teidelbaum, Lucius ... 23
 Thews, Christoph ... 33
 Thiel, Ansgar, Prof. Dr. ... 3
 Todenhöfer, Jürgen ... 25
 Touré, Aminata ... 38
 Treitschke, Heinrich von ... 53
 Urban, Jörg ... 54
 Ursache, Adrian ... 7
 Vierfuß, Gerhard ... 22
 Vosgerau, Ulrich ... 33
 Walendy, Udo ... 36
 Walther-Klaus, Ellen ... 38
 Weidel, Alice ... 48
 Weigler, Sebastian ... 25
 Weirauch, Boris ... 47
 Welke, Heinz ... 57
 Werding, Heike ... 9, 10, 11, 41
 Winterstein, Holger ... 21
 Wissenbach, Walter ... 48, 49
 W., Joachim ... 11
 Wohlleben, Ralf ... 41, 49, 53
 Wölfel, Andreas ... 28
 Wundrak, Joachim ... 48
 Zasowk, Ronny ... 30
 Zimmermann, Wolfgang ... 3, 23, 47
 Zschäpe, Beate ... 18, 41, 45, 49
 Zutt, Doris ... 34

Erscheinungsdatum:

April 2025

Impressum:

Landesarchiv Baden-Württemberg
Dokumentationsstelle Rechtsextremismus
www.rechts-geschehen.de

Text / Redaktion:

Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Gestaltung:

Xdream GmbH, Karlsruhe

Das Heft erscheint vierteljährlich und wird als PDF-Datei kostenlos abgegeben.
Ältere Ausgaben finden sie als PDF-Datei unter www.rechts-geschehen.de.
Abonnement-Bestellungen sind unter folgender E-Mail-Anschrift möglich:
dokumentationsstelle@la-bw.de

